WIFO MONATSBERICHTE 10/2026

Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft.
Prognose für 2026 und 2027

Strukturprobleme bremsen das Wirtschaftswachstum, Zinsendienst erschwert die Konsolidierung.
Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2025

Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich anhand des FTI-Monitors

WIFO MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, https://www.wifo.ac.at

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •
Redaktion: Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2026

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2026 • https://monatsberichte.wifo.ac.at

99. Jahrgang, Heft 10/2026

499-514 **Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft.** Prognose für 2026 und 2027

Christian Glocker, Stefan Ederer

Die österreichische Wirtschaft befindet sich auf einem zaghaften Erholungskurs und dürfte trotz des neuerlichen Energiepreisschubs nicht davon abgebracht werden. Das WIFO erwartet für 2026 ein BIP-Wachstum von 0,9%. 2027 beträgt es voraussichtlich 1,3%. Im Prognosezeitraum löst die Industrie den öffentlichen Bereich als Wachstumsträger ab, während die private Konsumnachfrage aufgrund sinkender Reallöhne und anhaltend hoher Unsicherheit schwach bleiben wird.

Industry Drives the Recovery, Energy Prices Dampen Purchasing Power. Economic Outlook for 2026 and 2027

515 **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

517-537 **Strukturprobleme bremsen das Wirtschaftswachstum, Zinsendienst erschwert die Konsolidierung.** Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Mark Sommer

Österreichs Wirtschaft erholt sich schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24. Das WIFO erwartet 2026/2031 ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von 1,2% (Ø 2010/2019 +1,6%) und ein Trendwachstum von 1,0% p. a. Im Vergleich zu anderen Euro-Ländern wird Österreichs Wirtschaft mittelfristig etwas langsamer expandieren. Der demografische Wandel verringert das Arbeitskräfteangebot. Dies trübt einerseits die mittelfristigen Aussichten, dämpft aber andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: die Arbeitslosenquote wird bis 2031 auf voraussichtlich 5,8% zurückgehen (2026: 7,6%). Aufgrund der kräftigen Verteuerung von Mineralölprodukten und Erdgas infolge des Iran-Krieges wird die Inflationsrate 2026 bei 3,3% und 2027 bei 2,6% zu liegen kommen. Das Inflationsziel von 2% wird voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2029 erreicht. Die Neuverschuldung liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 4,1% des nominellen BIP deutlich über der Maastricht-Schwelle von 3%, wodurch die Staatsschuld bis 2031 89% der nominellen Wirtschaftsleistung erreicht (2025: 80,7%). Um die Neuverschuldung unter die 3%-Marke zu drücken und die Einstellung des EU-Defizitverfahrens zu erwirken, bedürfte es daher zusätzlich zu den im Doppelbudget 2027/28 bereits vereinbarten Konsolidierungsschritten weiterer Maßnahmen im Ausmaß von zumindest 1% des nominellen BIP.

Structural Problems are Holding Back Economic Growth, Whilst Interest Payments are Hampering Fiscal Consolidation. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2026 to 2031

99. Jahrgang, Heft 10/2026

539-553 **Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2025**

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

Im Jahr 2025 stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig (+0,5%), nachdem sie 2023 und 2024 kräftig um 11,7% bzw. 9,6% zugelegt hatten. Damit verbesserten sich die relativen Lohnstückkosten sowohl gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (–2,6 Prozentpunkte), als auch gegenüber den EU-Handelspartnern (–3,1 Prozentpunkte) und dem wichtigsten Handelspartner Deutschland (–2,7 Prozentpunkte). Getragen wurde diese Entwicklung von einer deutlichen Erholung der Produktivität (+3,4%) bei zugleich merklich schwächerer Dynamik der Arbeitnehmerentgelte pro Kopf (+3,9% nach +6,4% im Jahr 2024). In den letzten fünf Jahren wuchsen die Lohnstückkosten in der heimischen Warenherstellung gleich rasch wie in Deutschland und um 0,4 Prozentpunkte p. a. schneller als in Westeuropa, aber um 0,7 Prozentpunkte p. a. langsamer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie bzw. zur Abfederung der hohen Inflation sind die Ergebnisse für die letzten fünf Jahre weiterhin mit Vorsicht zu interpretieren.

Relative Unit Labour Costs Stabilised in 2025

555-570 **Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich anhand des FTI-Monitors**

Jürgen Janger

Österreich hat die Ausgaben für Forschung, Technologie und Innovation (FTI) über Jahrzehnte auf ein Niveau über jenes der führenden Innovationsländer der EU gesteigert. Der FTI-Monitor des FORWIT, für den das WIFO die Daten bereitstellt, erlaubt eine indikatorbasierte Evaluierung des gesamten FTI-Systems über die Zeit. Sie zeigt, dass sich die Leistung des Systems seit 2015 kaum verbessert hat: Nur bei der Finanzierung liegt Österreich deutlich vor den führenden Innovationsländern, bei Absolvent:innen, Publikationen, Patenten und Unternehmensgründungen dagegen deutlich dahinter. Als Ursachen kommen eine Überschätzung der Inputs, eine geringe Wirkung der großen Förderinstrumente und eine einseitige Ausrichtung der FTI-Politik auf das Upgrading bestehender Unternehmen in Frage. Für mehr Strukturwandel wären vor allem Wachstumskapital für Start-ups und leistungsfähige Universitäten notwendig.

Austria's Innovation Performance in International Comparison Based on the STI Monitor

Redaktionsschluss für das vorliegende Heft: 23. 10. 2026 • Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

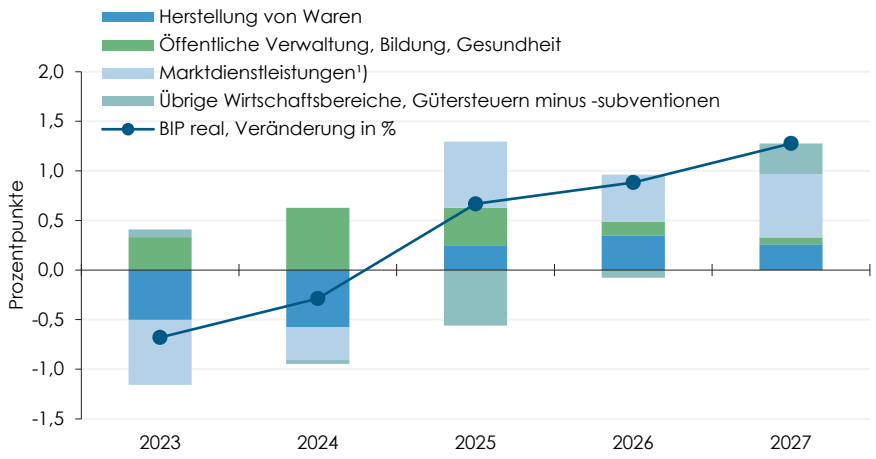
Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft

Prognose für 2026 und 2027

Christian Glocker, Stefan Ederer

- Nach +0,7% im Vorjahr dürfte das reale BIP 2026 um 0,9% und 2027 um 1,3% wachsen; die Erholung setzt sich damit trotz des neuerlichen Energiepreisschubs fort.
- Wachstumsträger ist 2026 die Industrie, die von der Belebung der Auslandsnachfrage profitiert und den Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit in dieser Rolle ablöst.
- Der Krieg im Nahen Osten hat fossile Energieträger abermals verteuert; die Verbraucherpreise steigen daher auch 2026 deutlich (+3,3%; 2027 +2,6%).
- Da die Nominallohnsteigerungen hinter der Inflation (gemäß VPI) zurückbleiben, sinken 2026 die Reallöhne; den schwachen Konsum stützt ein Rückgang der Sparquote.
- Die Wirtschaftspolitik wirkt konjunkturdämpfend: Die EZB strafft ihre Geldpolitik und der Staatshaushalt wird konsolidiert; die makroprudenzielle Politik ist tendenziell neutral ausgerichtet.

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche zum realen BIP



"2026 löst die Industrie den öffentlichen Bereich als Wachstumsträger ab; die weitere Entwicklung der Industriewertschöpfung ist allerdings von der Auslandsnachfrage und den Energiepreisen abhängig."

In den Jahren 2023 bis 2025 stützte der öffentliche Bereich die Wirtschaftsleistung, während die Industrie 2023 und 2024 schrumpfte. 2026 kehrt sich dieses Muster um: Die Industrie liefert den größten Wachstumsbeitrag, jener des öffentlichen Bereiches sinkt auf gut ein Drittel des Vorjahreswertes (Q: WIFO; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2026 und 2027: Prognose. – ¹) ÖNACE 2008, Abschnitte G bis N).

Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft

Prognose für 2026 und 2027

Christian Glocker, Stefan Ederer

Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft. Prognose für 2026 und 2027

Die österreichische Wirtschaft befindet sich auf einem zaghaften Erholungskurs und dürfte trotz des neuerlichen Energiepreisschubs nicht davon abgebracht werden. Das WIFO erwartet für 2026 ein BIP-Wachstum von 0,9%. 2027 beträgt es voraussichtlich 1,3%. Im Prognosezeitraum löst die Industrie den öffentlichen Bereich als Wachstumsträger ab, während die private Konsumnachfrage aufgrund sinkender Reallöhne und anhaltend hoher Unsicherheit schwach bleiben wird.

Industry Drives the Recovery, Energy Prices Dampen Purchasing Power. Economic Outlook for 2026 and 2027

The Austrian economy is on a tentative path to recovery and is unlikely to be derailed by the renewed surge in energy prices. WIFO forecasts GDP growth of 0.9 percent for 2026. In 2027, it is expected to reach 1.3 percent. Over the forecast period, industry will replace the public sector as the main driver of growth, while private consumer demand will remain weak due to falling real wages and persistently high uncertainty.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf. • Bei der Erstellung der Abbildung 3 und der sprachlichen Überarbeitung der Rohfassung dieses Beitrags wurde Claude Opus 5.5 unterstützend eingesetzt. Die inhaltliche Prüfung und die Verantwortung für den veröffentlichten Text liegen bei den Autor:innen.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 12. 10. 2026

Kontakt: Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at), Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

1. Einleitung

Die österreichische Wirtschaft befindet sich nach der langen Schwächephase der Jahre 2023 und 2024 in einer zaghaften Erholung, deren Charakter sich im laufenden Jahr grundlegend verändert. Bis 2025 wurde das Wachstum zu einem wesentlichen Teil vom Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit getragen, dessen Beitrag nunmehr deutlich zurückgeht. An seine Stelle tritt die Industrie (Herstellung von Waren, ÖNACE 2008, Abschnitt C), die von einer spürbaren Belebung der Auslandsnachfrage profitiert. Zugleich belastet ein neuerlicher Angebotsschock das Umfeld: Der Krieg im Nahen Osten und die anhaltende Blockade der Straße von Hormus haben die Preise für Rohöl, Erdgas und Strom kräftig steigen lassen. Anders als 2022 trifft dieser Schock die heimische Wirtschaft in einer Phase ohnehin schwacher Kaufkraft und restriktiv ausgerichteter Wirtschaftspolitik.

Für 2026 erwartet das WIFO ein Wachstum der Wirtschaftsleistung von 0,9%. Getragen wird es von den Exporten (+2,3%), die sich mit der Industriekonjunktur auf den wichtigsten Absatzmärkten beleben. Über Produktion und Einkommen überträgt sich dieser Impuls erst allmählich auf die Inlandsnachfrage: Der private Konsum wächst weiterhin schwach (+0,4%), weil die Reallöhne sinken und die gestiegene Unsicherheit die Ausgabenbereitschaft der Haushalte dämpft.

2027 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 1,3% beschleunigen, da dann der außenwirtschaftliche Impuls deutlicher auf die Binnennachfrage durchschlagen sollte: Die Bauinvestitionen werden 2027 erstmals seit fünf Jahren wieder zulegen, die Ausrüstungsinvestitionen weiter expandieren, und die Bruttoreallöhne pro Kopf wieder leicht steigen. Die Straffung der Geldpolitik und die fortgesetzte fiskalische Konsolidierung dämpfen die Dynamik allerdings über den gesamten Prognosezeitraum.

Im Inland produzierte Güter und Dienstleistungen verteuern sich 2026 um 2,2% und 2027 um 2,4% (2025 +3,0%). Der BIP-Deflator unterzeichnet damit den Preisauftrieb, dem die privaten Haushalte gegenüberstehen, denn die Verteuerung importierter Energieträger erhöht zwar die Verbraucherpreise,

nicht aber den Preis der heimischen Wertschöpfung. Die Verbraucherpreise steigen 2026 um 3,3% und 2027 um 2,6% (2025 +3,6%). Mit der unterstellten Entspannung auf den Energiemärkten lässt der Preisauftrieb gegen Ende des Prognosezeitraumes nach.

Der Arbeitsmarkt reagiert mit Verzögerung auf die Konjunkturbelebung. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten steigt 2026 um 0,5% und 2027 um 0,7%. Da das Arbeitskräfteangebot vor allem durch Zuwanderung weiter zunimmt, erhöht sich die Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) 2026 auf 7,6% und sinkt erst im Folgejahr auf 7,3%.

Übersicht 1: **Hauptergebnisse der Prognose**

		2022	2023	2024	2025	2026	2027
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real		+ 5,5	– 0,7	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3
Herstellung von Waren		+ 9,4	– 3,0	– 3,7	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,7
Handel		+ 0,9	– 6,6	– 4,2	+ 1,9	± 0,0	+ 1,0
Private Konsumausgaben[1]), real		+ 6,1	– 0,1	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Dauerhafte Konsumgüter[2])		– 2,5	– 5,0	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen, real		– 0,1	– 1,7	– 2,4	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,7
Ausrüstungen[3])		+ 1,6	+ 3,0	+ 1,2	+ 4,8	+ 1,9	+ 2,2
Bauten		– 1,9	– 6,6	– 6,6	– 2,9	– 0,6	+ 1,0
Exporte, real		+ 9,4	– 0,4	– 1,9	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,7
Warenexporte, fob		+ 5,6	– 0,6	– 3,8	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,6
Importe, real		+ 7,8	– 4,2	– 2,5	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,7
Warenimporte, fob		+ 4,1	– 6,6	– 4,8	+ 2,9	+ 1,6	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt, nominell		+ 10,6	+ 6,8	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,7
	Mrd. €	449,38	479,91	499,95	518,20	534,08	553,64
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	– 1,5	1,5	2,8	2,5	2,3	2,0
Verbraucherpreise		+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,6
BIP-Deflator		+ 4,9	+ 7,5	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,4
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	– 3,4	– 2,6	– 4,6	– 4,1	– 4,0	– 3,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte[4])		+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		6,3	6,4	7,0	7,4	7,6	7,3
Realwert des BIP pro Kopf[5])		+ 1,5	– 1,3	+ 0,0	+ 0,8	– 0,1	+ 0,8
Armutsgefährdungsquote[6])	in %	14,9	14,3	15,9	15,8	15,7	15,8
Einkommensquintilsverhältnis[6])	Verhältniszahl	4,3	4,3	4,2	4,3	4,3	4,2
Treibhausgasemissionen[7])		– 5,9	– 6,6	– 3,0	+ 0,7	– 0,6	– 3,1
	Mio. t CO_2-Äquivalent	73,51	68,67	66,64	67,09	66,67	64,60

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2]) WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – [3]) Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – [4]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – [5]) Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – [6]) Eurostat-Definition (siehe Glossar zur WIFO-Konjunkturberichterstattung), dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet, ab 2025 Prognose. – [7]) 2025: Schätzung Umweltbundesamt, ab 2026: Prognose.

2. Die Ausgangslage

Die Ende September 2026 vorgelegte Jahresrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) von Statistik Austria zeichnet ein günstigeres Bild der Vorjahre als bisherige Datenlieferungen: Die Rezession fiel 2024 mit –0,3% weit milder aus als zuvor ausgewiesen (–0,7%), 2025 wuchs das BIP um 0,7%. Die Industrie überwand 2025 ihre zweijährige Rezession (+1,6% nach –3,7%), begleitet von einer kräftigen Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen (+7,9%). Die Bauwirtschaft schrumpfte dagegen abermals, die Bauinvestitionen sanken um 2,9%. Maßgeblich gestützt wurde die Wirtschaftsleistung seit 2023 vom Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit (siehe Kasten "Der öffentliche Bereich als Wachstumsträger – und was 2026 davon bleibt"). Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sanken 2025 um 1,6%; dass der private Konsum dennoch leicht expandierte (+0,5%), lag am Rückgang der Sparquote von 11,5% auf 9,7%. Die Exporte nahmen um 1,3% zu, die Importe infolge der regen Investitionstätigkeit um 2,8%, sodass der Außenhandel das Wachstum rechnerisch dämpfte.

Nach überdurchschnittlichen Reallohnzuwächsen im Jahr 2024 (+4,2%) stagnierten die Bruttoreallöhne pro Kopf im darauffolgenden Jahr. Die bereinigte Lohnquote stieg 2025 dennoch auf 65,3%, da die

Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen infolge der schwachen Ertragslage vieler Betriebe hinter den Arbeitseinkommen zurückblieben. Die Inflation (gemäß VPI) beschleunigte sich auf 3,6% (2024 +2,9%). Ausschlaggebend waren das Auslaufen der Energiehilfen, die Anhebung von Abgaben und Gebühren sowie der anhaltend kräftige Preisauftrieb bei Dienstleistungen. Der BIP-Deflator stieg um 3,0% (2024 +4,5%) und damit schwächer als die Verbraucherpreise.

Auf dem Arbeitsmarkt hinterließ die Konjunkturflaute deutliche Spuren. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten nahm 2025 lediglich um 0,2% zu; der Zuwachs entfiel zur Gänze auf ausländische Arbeitskräfte (+26.800), während die Beschäftigung von Inländer:innen um 19.800 schrumpfte. Die Arbeitslosenquote erreichte 7,4% (2024: 7,0%).

3. Die Rahmenbedingungen der Prognose

Die vorliegende Prognose stützt sich in den Annahmen über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik sowie über die Entwicklung der Weltwirtschaft, der Wechselkurse, der Rohstoffpreise und der Zinssätze auf den Informationsstand von Mitte bis Ende September 2026. Der Prognosezeitraum reicht vom III. Quartal 2026 bis zum IV. Quartal 2027.

3.1 Rahmenbedingungen der internationalen Konjunktur

Der Krieg im Nahen Osten hält die Energiepreise hoch. Die Industriekonjunktur auf den Exportmärkten belebt sich dennoch spürbar.

Die internationalen Rahmenbedingungen werden seit dem Frühjahr 2026 von geopolitischen Verwerfungen infolge des Angriffskrieges Israels und der USA im Nahen Osten bestimmt. Der Schiffsverkehr in der Region ist daher stark eingeschränkt; nach einer neuerlichen Eskalation notierte der Preis für Rohöl der Sorte Brent ab der zweiten Septemberwoche wieder über 100 $ je Barrel. Die vorliegende Prognose unterstellt für 2026 einen Rohölpreis von durchschnittlich 94 $ je Barrel (Brent); für 2027 wird im Zuge einer allmählichen Entspannung auf den Energiemärkten ein Rückgang auf 85 $ angenommen. Erdgas bleibt dagegen in beiden Prognosejahren teuer (Dutch TTF: 58 € bzw. 62 € je MWh). Der Großhandelspreis für Strom (Grundlast) in Österreich dürfte in beiden Jahren bei rund 140 € je MWh liegen; preistreibend wirkt auch die geringe Stromerzeugung aus Wasserkraft infolge der Dürre. Für den Wechselkurs werden 1,16 $ (2026) bzw. 1,17 $ je Euro (2027) unterstellt.

Angesichts des energiebedingt beschleunigten Preisauftriebs hat die EZB die Lockerung ihrer Geldpolitik beendet und die Leitzinssätze wieder angehoben.

Die Industriekonjunktur hat sich trotz des Energiepreisschubs international belebt. Im Euro-Raum zogen die Einkaufsmanagerindizes für die Sachgütererzeugung im Sommer spürbar an; in Deutschland erreichte der Index im August 2026 den höchsten Wert seit über vier Jahren, und das ifo-Geschäftsklima verbesserte sich im September zum fünften Mal in Folge. Die deutsche Wirtschaft profitiert vom schuldenfinanzierten Investitionsprogramm in Infrastruktur und Verteidigung; Deutschlands BIP dürfte 2026 um 1,3% und 2027 um 1,2% wachsen. Für den Euro-Raum insgesamt erwartet das WIFO in beiden Jahren +1,1%, für die USA +2,1% bzw. +2,2%. In China schwächt sich das Wachstum auf 4,5% bzw. 4,2% ab: Die Immobilienkrise dämpft dort die Binnennachfrage, während die kräftige Ausweitung der chinesischen Exporte den Wettbewerbsdruck auf dem Weltmarkt erhöht. Die Handelspolitik der USA bleibt ein Unsicherheitsfaktor, hat aber an Brisanz verloren, da die Zollsätze auf die meisten Importe aus der EU auf 15% begrenzt sind.

Insgesamt wachsen die für Österreich relevanten Exportmärkte 2026 um 3,6%; 2027 dürfte sich das Marktwachstum auf 1,4% abschwächen, da die Impulse aus den Vorzieheffekten der Anhebung der Zollsätze in den USA und der Lagerbildung auslaufen. Ein Teil der rezenten Auftragszuwächse in der Industrie dürfte allerdings auf Vorsorgekäufe zurückgehen, mit denen sich Unternehmen gegen weitere Lieferengpässe und Preissteigerungen abzusichern versuchen.

3.2 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die vorliegende Prognose berücksichtigt alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bereits verabschiedet oder hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung somit als wahrscheinlich eingestuft wird.

3.2.1 Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im laufenden Jahr ihren geldpolitischen Kurs geändert: Nach einer Anhebung im Juni 2026 – der ersten seit 2023 – erhöhte sie die Leitzinssätze im September um weitere 25 Basispunkte; der Hauptrefinanzierungssatz beträgt seither 2,65%. Die Projektionen der EZB vom September erwarten für den Euro-Raum eine Inflation von 3,0% im Jahr 2026 und von 2,5% 2027; damit wird der Zielwert von 2% über den gesamten Prognosezeitraum überschritten. Der Abbau der Anleihebestände aus den beiden Ankaufprogrammen (Asset Purchase Programme – APP und Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) setzt sich fort. Das WIFO unterstellt einen weiteren Zinsschritt im Dezember 2026 und eine schrittweise Straffung im Jahr 2027. Im Jahresdurchschnitt steigt der Hauptrefinanzierungssatz damit von 2,4% (2026) auf 3,2% (2027), der Dreimonatszinssatz von 2,5% auf 3,3%.

Übersicht 2: **Internationale Konjunktur**

	Gewicht 2025 in %		2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Waren-exporte[1])	Welt-BIP[2])	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	67,8	14,0	+ 3,6	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3
Euro-Raum	53,0	11,4	+ 3,7	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1
Deutschland	29,5	2,9	+ 1,9	– 1,0	± 0,0	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,2
Italien	6,6	1,8	+ 4,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,2
Frankreich	3,5	2,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6
Spanien	1,7	1,3	+ 6,4	+ 2,4	+ 3,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,1
MOEL 5[3])	15,5	1,7	+ 4,2	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2
Polen	3,8	1,0	+ 5,3	+ 0,2	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 2,7
Tschechien	3,8	0,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,5
Ungarn	3,7	0,2	+ 4,2	– 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,0
USA	6,8	14,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2
Schweiz	5,5	0,4	+ 3,5	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0
Vereinigtes Königreich	2,8	2,2	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,5
China	2,7	19,6	+ 3,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,2
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet[4])		51	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6
Exportgewichtet[5])	85		+ 3,1	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4
Marktwachstum Österreich[6])			+ 5,7	– 3,2	+ 0,5	+ 3,8	+ 3,6	+ 1,4
Annahmen zur Prognose								
Rohölpreis								
Brent, $ je Barrel			98,9	82,2	79,8	68,2	94	85
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			135,0	42,2	34,5	36,7	58	62
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			261,6	102,2	82,1	99,2	140	140
Peak, € je MWh			275,5	103,9	81,4	92,1	138	148
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,054	1,082	1,082	1,129	1,16	1,17
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz[7]), in %			0,6	3,8	4,1	2,4	2,4	3,2
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			1,1	2,4	2,3	2,6	3,2	4,3

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, ICE, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Österreichische Warenexporte. – [2]) Kaufkraftgewichtet. – [3]) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – [4]) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2024. – [5]) EU-Länder, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2024. – [6]) Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – [7]) Fixzinssatz.

Die Straffung der Geldpolitik überträgt sich auch auf die langfristigen Zinssätze (siehe Kasten "Warum die langfristigen Zinssätze steigen"). Die Rendite zehnjähriger österreichischer Staatsanleihen dürfte von 3,0% (2025) auf 3,5% (2026) und weiter auf 4,5% (2027) zulegen; der Renditeabstand zu deutschen Bundesanleihen halbiert sich von rund 0,4 Prozentpunkten (2025) bis 2027 auf 0,2 Prozentpunkte. Höhere Finanzierungskosten dämpfen im Prognosezeitraum die Investitionen und die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern. Überdies werden die Banken an ihrer restriktiven Kreditvergabe festhalten.

3.2.2 Makroprudenzielle Politik

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) stellte in seiner Sitzung vom 14. September 2026 fest, dass die systemischen Risiken seit der Einführung des Systemrisikopuffers gesunken sind. Insbesondere das Klumpenrisiko aus dem Engagement heimischer Banken in Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat sich u. a. infolge besserer Länderbonitäten deutlich verringert. Das FMSG empfahl der Finanzmarktaufsicht daher, die entsprechende Komponente des Systemrisikopuffers in zwei Schritten auf 0% zu senken und jene für die systemische Verwundbarkeit bei 0,75% zu belassen. Der antizyklische Kapitalpuffer bleibt bei 0% der risikogewichteten Aktiva, da im II. Quartal 2026 nur 3 von 16 Indikatoren erhöhte Risiken signalisierten. Offen bleiben aus Sicht des FMSG die Tragfähigkeit der jüngsten Übernahmen durch heimische Banken und die Risikovorsorge für notleidende Kredite. Bei Gewerbeimmobilien ist die Quote notleidender Kredite weiterhin hoch (8,3%, Juni 2026); diesem Risiko versucht man durch eine Anhebung der sektoralen Kapitalpuffer zu begegnen.

Das FMSG empfiehlt eine Senkung des Systemrisikopuffers; der antizyklische Kapitalpuffer bleibt bei 0%.

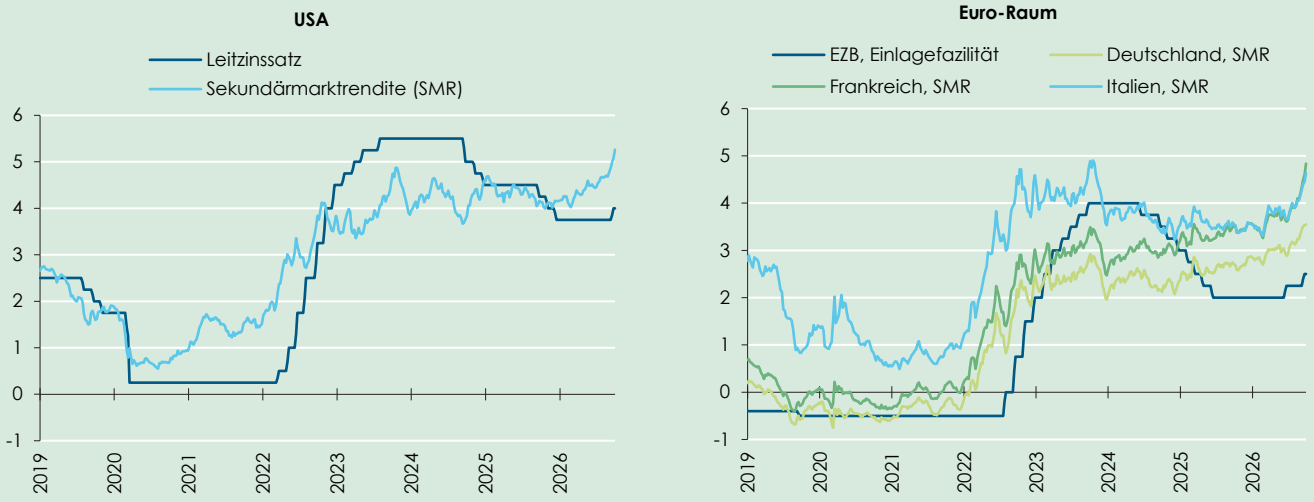
Die Kreditvergabe für Wohnbauzwecke hat seit dem Auslaufen der KIM-Verordnung Mitte 2025 deutlich angezogen: Das Neugeschäft lag mit rund 18 Mrd. € um 20% über dem Vorjahreswert, der Bestand an Wohnbaukrediten war zuletzt um 2,2% höher (August 2026). Der Anteil der Neukredite außerhalb der FMSG-Vergabekriterien blieb unter 20%. Real schrumpft der Kreditbestand allerdings noch leicht, und die Bauleistung hat auf die Kreditwende bislang nicht reagiert. Insgesamt ist die makroprudenzielle Politik im Prognosezeitraum tendenziell neutral ausgerichtet.

Warum die langfristigen Zinssätze steigen

Die Zinssätze auf langfristige Schuldtitel sind in den vergangenen Monaten in vielen Industrieländern merklich gestiegen. In den USA und im Euro-Raum liegen die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen nunmehr wieder über den kurzfristigen Geldmarktzinssätzen. Dies stellt den historischen Normalfall dar, da langfristige Schuldtitel üblicherweise höher verzinst werden als kurzfristige, hatte sich aber im Zuge der Leitzinssatzanhebungen ab Mitte 2022 umgekehrt, sodass die langfristigen Zinssätze in den Jahren 2023 und 2024 niedriger waren als die kurzfristigen. Grund für diese Invertierung der Zinsstrukturkurve war die Erwartung auf den Finanzmärkten, dass die Zinsanhebungen nur von kurzer Dauer sein würden. Daher war die schrittweise Leitzinssenkung ab dem Jahr 2024 in den langfristigen Zinssätzen bereits eingepreist.

Abbildung 1: **Kurz- und langfristige Zinssätze in den USA und im Euro-Raum**

In %



Q: Federal Reserve, U.S. Department of Treasury; Europäische Zentralbank (EZB); Macrobond. Letzter Datenpunkt: Kalenderwoche 40. SMR . . . Sekundärmarktrendite für 10-jährige Staatsanleihen (Benchmark).

Der 2026 beobachtete Anstieg der Renditen auf Staatsanleihen hat mehrere Gründe: Zum einen dürften die Anleger:innen mit weiteren Leitzinssenkungen gerechnet haben, insbesondere in den USA. Infolge des Energiepreisschocks senkte die dortige Zentralbank ihren Leitzins jedoch nicht, sondern hob ihn im September 2026 erstmals wieder an. Weitere Zinsschritte dürften folgen. Im Euro-Raum erfolgte der erste Zinsschritt nach oben bereits im Juni 2026, ein weiterer folgte im September. Dies wurde in die langfristigen Zinssätze eingepreist.

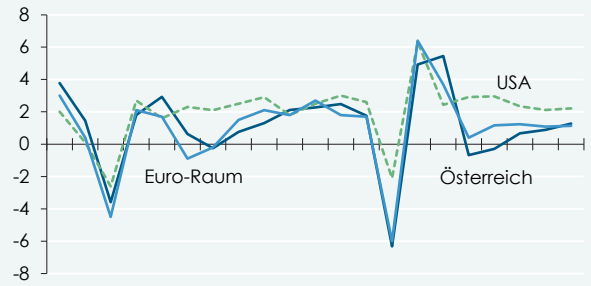
Ihr Anstieg dürfte allerdings auch dem Boom der Künstlichen Intelligenz (KI) zuzuschreiben sein. Die Aktienkurse in den USA sind seit dem Frühjahr 2025 deutlich gestiegen. Diese Aufwärtsbewegung ist Teil eines längerfristigen Trends, der bereits im Jahr 2022 eingesetzt hatte. Seither hat der KI-Einsatz beträchtlich zugenommen und die Anbieter sind in einen Wettlauf um die Entwicklung neuer Modelle und einen Ausbau der Rechenkapazitäten eingetreten. Dies schürte Erwartungen auf hohe Gewinne und beflügelte die Aktienmärkte, dämpfte jedoch die Nachfrage nach Staatsschuldtiteln, was für sich genommen die Zinssätze erhöhte.

Nicht zuletzt dürfte sich in manchen Ländern die Risikowahrnehmung verändert haben. So hat sich etwa der Zinsabstand französischer Staatsanleihen zu deutschen Bundesanleihen – ein Indikator für die Einschätzung des Zahlungsausfallrisikos durch die Anleger:innen – seit Mitte 2024 merklich vergrößert. Hingegen verkleinerte er sich für italienische Anleihen spürbar. Die Zinsdifferenziale zwischen den einzelnen Ländern des Euro-Raumes, und zwischen lang- und kurzfristigen Zinssätzen, sind allerdings deutlich geringer als in den Jahren 2009 bis 2012, dem Zeitraum der Euro-Krise. In den USA spielt die Höhe der Staatsverschuldung in der historischen Betrachtung nur eine untergeordnete Rolle für die Verzinsung der Staatsanleihen, der langfristige Zinssatz wird dort vor allem durch den Leitzins beeinflusst.

Abbildung 2: **Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik**

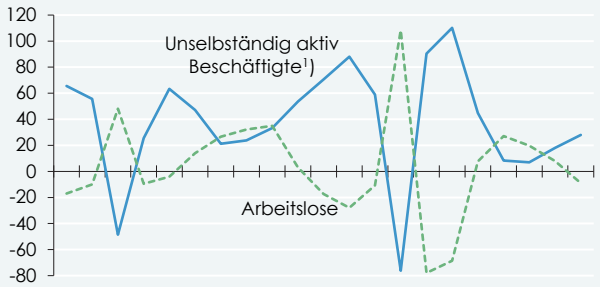
Wirtschaftswachstum

In %



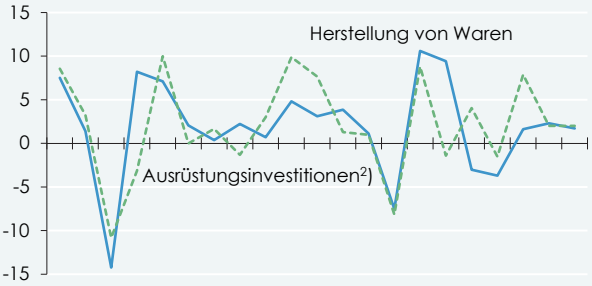
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



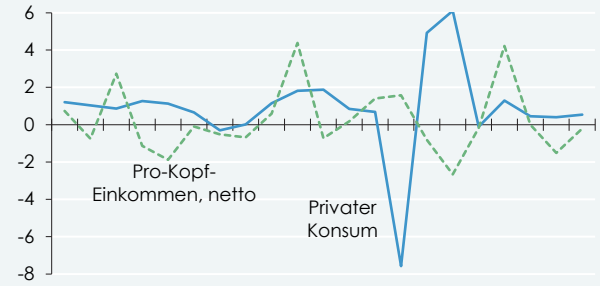
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



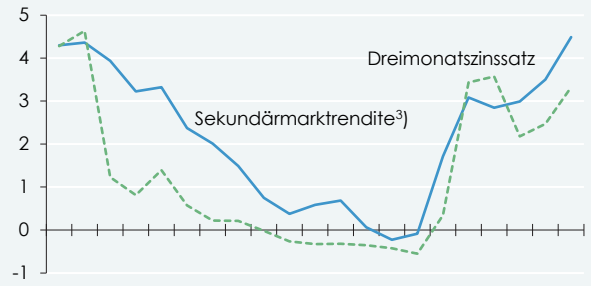
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



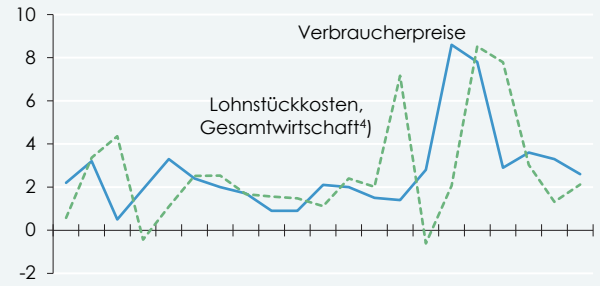
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



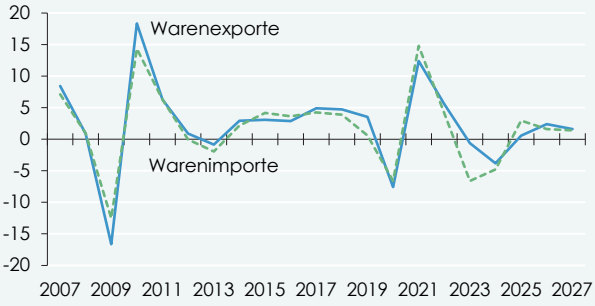
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



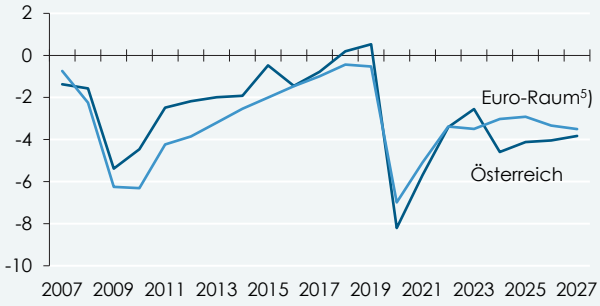
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – [2]) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – [3]) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – [4]) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – [5]) Prognose: Europäische Kommission.

3.2.3 Fiskalpolitik

Die Budgetkonsolidierung setzt sich fort, das Defizit bleibt jedoch über der Maastricht-Obergrenze.

Seit Juli 2025 unterliegt Österreich einem EU-Verfahren wegen eines übermäßigen Defizites. Das mit dem Doppelbudget 2027/28 beschlossene Konsolidierungspaket ergänzt die Sparmaßnahmen des Doppelhaushaltes 2025/26 auf der Ausgabenseite, etwa bei Förderungen, Sachausgaben der Ressorts und Sozialleistungen, durch weitere Schritte, welche größtenteils erst 2027 ihre Wirkung entfalten werden. Die Pensionsanpassung blieb 2026 unter der rollierenden Inflation (gemäß VPI). Die Entlastung durch die Senkung des Dienstgeberbetrages zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ab 2028 wird durch die Einführung eines progressiven Körperschaftsteuertarifs gegenfinanziert. Weitere einnahmenseitige Maßnahmen sind die Einführung einer Paketabgabe und die Erhöhung der Alkoholsteuer. Dem stehen weitere diskretionäre Maßnahmen gegenüber, die zwar die Teuerung abfedern sollen, aber das Budget belasten. Die Elektrizitätsabgabe wurde für 2026 befristet gesenkt, seit Juli 2026 gilt für Grundnahrungsmittel ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von 4,9% statt 10%, und die Spritpreisbremse verringert die Mineralölsteuer seit April 2026 abhängig von der aktuellen Preisentwicklung, im Oktober und November etwa vorübergehend um 6,7 Cent je Liter. Die Dürrehilfen für die Landwirtschaft belasten 2026 vor allem einnahmenseitig den Staatshaushalt; ab 2027 werden sich auch die Maßnahmen zur Attraktivierung der Arbeit im Alter negativ auf den Finanzierungssaldo auswirken.

Übersicht 3: **Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
			In % des BIP			
Fiskalpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates[1])	– 3,4	– 2,6	– 4,6	– 4,1	– 4,0	– 3,8
Primärsaldo des Staates	– 2,5	– 1,4	– 3,1	– 2,5	– 2,3	– 1,9
Staatseinnahmen	49,6	49,5	50,1	50,4	50,4	50,4
Staatsausgaben	53,0	52,1	54,6	54,6	54,4	54,2
Schuldenstand des Staates[1])	78,1	77,4	79,0	80,7	82,3	83,5
			In%			
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	0,3	3,4	3,6	2,2	2,5	3,3
Sekundärmarktrendite[2])	1,7	3,1	2,8	3,0	3,5	4,5

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Laut Maastricht-Definition. – [2]) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Erschwert wird die Konsolidierung zudem durch die stark steigenden Zinsausgaben. Mit der steigenden Sekundärmarktrendite erhöhen sich die Zinsausgaben im Prognosezeitraum von 1,6% auf 2% des BIP. Das gesamtstaatliche Defizit sinkt daher kaum: Es beträgt 2026 4,0% des BIP (2025 –4,1%) und geht 2027 auf 3,8% zurück; die Maastricht-Obergrenze von 3% wird somit im Prognosezeitraum nicht unterschritten. Die Schuldenquote steigt von 80,7% (2025) bis 2027 auf 83,5% des BIP. Der öffentliche Konsum wächst real nur noch um 1,1% bzw. 0,8%, nach 2,0% im Jahr 2025, und die Arbeitnehmerentgelte des Staates steigen ebenfalls schwächer als in den Vorjahren (2026 +2,3%, 2027 +1,6%). Die Konsolidierung trifft somit auch jenen Bereich, der die Konjunktur in den Vorjahren gestützt hatte.

4. Perspektiven der österreichischen Volkswirtschaft

Die Stimmung in der Industrie hellt sich weiter auf. Die Unsicherheit ist jedoch infolge der anhaltenden geopolitischen Spannungen hoch.

Vorlaufindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der Konjunkturerholung in der zweiten Jahreshälfte 2026 hin. Laut WIFO-Konjunkturtest vom September verbesserten sich die unternehmerischen Erwartungen abermals, vor allem in der Sachgütererzeugung (–1,0 Punkte nach –6,5 Punkten im August). Die aktuellen Lagebeurteilungen gaben hingegen leicht nach, und der Anteil der Industrieunternehmen mit zumindest ausreichenden Auftragsbeständen sank von 60,9% auf 58,7% – wohl ein Spiegel der neuerlichen Eskalation im Nahen Osten Anfang September. In der Bauwirtschaft war die Stimmung zuletzt überdurchschnittlich, im Einzelhandel dagegen weiterhin getrübt. Ein besonders günstiges Bild für die Industrie zeichnete zuletzt der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex: Er stieg im September auf 54,9 Punkte (August 54,4 Punkte) und erreichte damit den höchsten Wert seit dem Frühjahr 2022. Der Indikator der Neuaufträge notierte mit 55,3 Punkten auf dem günstigsten Niveau seit fünf Jahren, jener der Exportaufträge bei 53,6 Punkten. Auch die Erwartungen lagen mit 59,4 Punkten deutlich über dem langfristigen Durchschnitt.

Die Produktionshemmnisse haben sich verschoben: Laut WIFO-Konjunkturtest verlor der Mangel an Nachfrage etwas an Bedeutung, wenngleich er das wichtigste Hemmnis

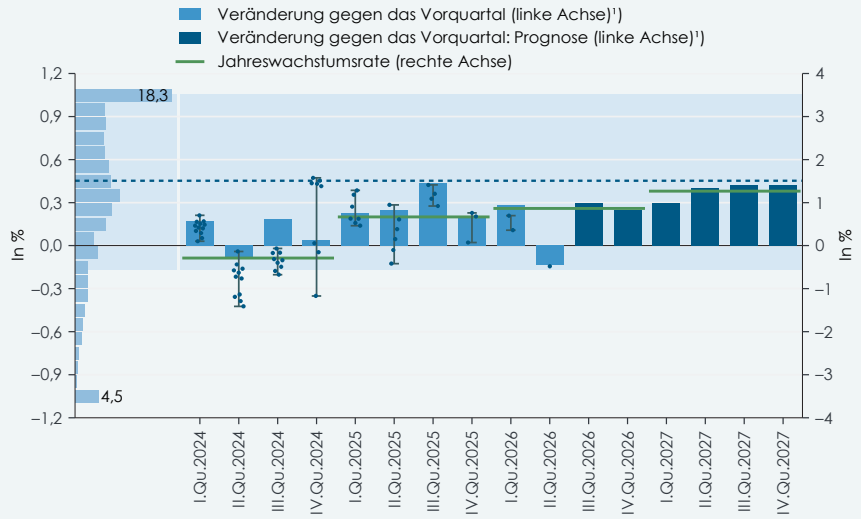
blieb, während die Unternehmen vermehrt Material- und Kapazitätsengpässe sowie den Mangel an Arbeitskräften beklagten. Zusammen mit den Einkaufspreisen, die laut dem UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex deutlich rascher steigen als die Verkaufspreise und so die Margen schmälern, ergibt das die Eigenschaft eines Angebotsschocks: Die Mengen sinken, die Preise steigen. Die unternehmerische Unsicherheit ist weiterhin hoch, und das Verbrauchervertrauen blieb im August mit –19,1 Punkten klar unter seinem langjährigen Durchschnitt und unter dem Wert im Euro-Raum (–16,5 Punkte).

4.1 Industrie löst öffentlichen Bereich als Wachstumsträger ab

Den VGR-Quartalsdaten zufolge verlor die Erholung der Wirtschaft im 1. Halbjahr 2026 an Schwung, im II. Quartal schrumpfte das BIP sogar gegenüber dem Vorquartal. Die Wertschöpfung der Industrie expandierte jedoch deutlich, und jene des Bauwesens stagnierte nach sechs Rückgängen in Folge.

Abbildung 3: **Konjunkturbild Österreich**

BIP, real



Q: WIFO. Die Fehlerindikatoren und Punkte zeigen die Bandbreite der bisherigen Revisionen der realisierten BIP-Veränderungsraten durch Statistik Austria. Da die Revisionen in der VGR erheblich sein können, eignen sich die aktuell realisierten Werte nur bedingt als Vergleichsmaßstab für die prognostizierten Zuwachsraten. Das Histogramm am linken Rand zeigt daher die Verteilung aller seit der Umstellung auf das ESVG 2010 im Jahr 2014 veröffentlichten Quartalswachstumsraten (1995 bis aktuelles Quartal) und setzt die WIFO-Prognose in den Kontext des langfristigen Medians (+0,5%, dunkelblau strichlierte Linie) und des 68%-Intervalls (schattierte Fläche). Die Randklassen sind offen, die beiden Werte weisen die Prozentanteile der auf die Randklassen entfallenden Wachstumsraten aus. – ¹) Saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat.

Für das 2. Halbjahr 2026 erwartet das WIFO eine Wachstumsbeschleunigung. Da Statistik Austria die realisierten Wachstumsraten noch erheblich revidieren könnte (Abbildung 2), eignen sie sich nur bedingt als Vergleichsmaßstab für die im Prognosezeitraum erwarteten Zuwachsraten. Aussagekräftiger ist ein Vergleich mit der langfristigen Verteilung der Quartalswachstumsraten ab dem II. Quartal 1995 auf Grundlage aller VGR-Veröffentlichungen seit der Umstellung auf das ESVG 2010 im Jahr 2014, die das Histogramm am linken Rand von Abbildung 2 zeigt: Die erwarteten Zuwachsraten bleiben durchwegs unter dem historischen Median (rund +0,5%). Die aktuelle Entwicklung ist daher bestenfalls als Konjunkturerholung zu werten, nicht als Aufschwung. Getragen wird die Erholung von der Industrie, deren Wertschöpfung 2026 um 2,3% und 2027 um 1,7% zunimmt. Damit übernimmt die Industrie jene Rolle, die in den Jahren 2023 bis 2025 der öffentliche Bereich innehatte (siehe Kasten "Der öffentliche Bereich als Wachstumsträger – und was 2026 davon bleibt"). Die Marktdienstleistungen wachsen 2026 um 1,1% und 2027 um 1,4%, wobei Handel und Verkehr im laufenden Jahr stagnieren.

Das Quartalsmuster impliziert für 2026 einen Wachstumsüberhang aus dem Vorjahr von 0,4 Prozentpunkten und eine Jahresverlaufsrate von +0,7%, woraus sich eine Jahreswachstumsrate von 0,9% ergibt. 2027 ermöglichen ein ähnlich hoher Überhang und eine deutlich höhere Jahresverlaufsrate (+1,5%) ein BIP-Wachstum von 1,3%.

Da das für 2026 prognostizierte Wirtschaftswachstum nahe am Potenzialwachstum liegt, bleibt die durch die Rezession 2023/24 entstandene Produktionslücke vorerst nega-

tiv; sie dürfte sich erst 2027 etwas verkleinern, aber nicht schließen. Die Unterauslastung der Produktionsfaktoren dämpft somit weiterhin den Preisauftrieb im Inland.

Übersicht 4: **Entwicklung der Bruttowertschöpfung**

Zu Herstellungspreisen

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,43	4,48	4,43	4,48	+ 1,2	+ 1,1	– 1,0	+ 1,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	70,68	71,76	73,42	74,66	– 3,6	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,7
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	11,47	9,64	9,16	9,43	+ 0,6	–16,0	– 5,0	+ 3,0
Bauwirtschaft	15,64	15,37	15,28	15,43	– 2,2	– 1,7	– 0,6	+ 1,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,37	39,10	39,10	39,49	– 4,2	+ 1,9	± 0,0	+ 1,0
Verkehr	19,49	19,62	19,62	19,82	– 2,1	+ 0,7	± 0,0	+ 1,0
Beherbergung und Gastronomie	10,84	10,92	10,98	11,10	– 1,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,1
Information und Kommunikation	17,26	17,66	18,05	18,23	+ 5,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,73	15,98	16,41	16,89	– 1,0	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	32,58	33,21	33,81	34,15	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen[1])	36,05	36,17	36,57	37,37	– 0,3	+ 0,3	+ 1,1	+ 2,2
Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit[2])	62,54	63,93	64,44	64,70	+ 3,9	+ 2,2	+ 0,8	+ 0,4
Sonstige Dienstleistungen[3])	8,81	8,90	8,86	8,90	+ 0,6	+ 1,1	– 0,5	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche[4])	343,04	345,21	348,09	352,52	– 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,3
Bruttoinlandsprodukt	382,45	385,00	388,40	393,36	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – [2]) Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – [3]) Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – [4]) Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 5: **Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP**

		2024	2025	2026	2027
Wachstumsüberhang[1])	Prozentpunkte	– 0,7	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3
Jahresverlaufsrate[2])	in %	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,5
Jahreswachstumsrate	**in %**	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3
Bereinigte Jahreswachstumsrate[3])	in %	– 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,2
Kalendereffekt[4])	Prozentpunkte	+ 0,2	– 0,1	+ 0,0	+ 0,0

Q: WIFO. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. – [2]) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. – [3]) Saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – [4]) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Übersicht 6: **Revision der Wachstumsprognose**

BIP, real

		2026	2027
WIFO-Konjunkturprognose Juni 2026	in %	+ 0,9	+ 1,1
Datenrevision[1])	Prozentpunkte	+ 0,1	– 0,0
Prognosefehler für das II. Quartal 2026[2])	Prozentpunkte	– 0,2	– 0,1
Prognoserevision	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,2
WIFO-Konjunkturprognose Oktober 2026	**in %**	**+ 0,9**	**+ 1,3**

Q: WIFO. – [1]) Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Juni 2026 herangezogen wurde. – [2]) Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Juni 2026 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

4.2 Auslandsnachfrage zieht kräftig an

Nach +1,3% im Vorjahr steigen die realen Exporte 2026 um 2,3% und 2027 um 1,7%. Ausschlaggebend ist die gesteigerte Warenausfuhr (+2,4% bzw. +1,6%, laut VGR), die u. a. von der Belebung der Industriekonjunktur in Deutschland und in den ostmitteleuropäischen Nachbarländern profitiert. 2026 bleibt ihr Wachstum gleichwohl hinter dem Marktwachstum zurück, denn die in den Vorjahren aufgelaufenen Verluste an preislicher Wettbewerbsfähigkeit wirken nach. Mit den maßvollen Lohnabschlüssen beginnt sich diese Position zu verbessern: Die Lohnstückkosten in der Industrie sinken 2026 (–0,6%) und steigen 2027 nur geringfügig (+0,5%). Auch der Reiseverkehr entwickelt sich lebhaft; von Jänner bis August 2026 wurden so viele Nächtigungen ausländischer Gäste verzeichnet wie nie zuvor in diesem Zeitraum.

Die Exporte sind der wichtigste Impulsgeber der heimischen Konjunktur. Ihr Aufschwung überträgt sich nur allmählich auf die Inlandsnachfrage.

Übersicht 7: **Entwicklung der Nachfrage**

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	275,49	277,98	279,70	281,43	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6
Private Haushalte[1])	195,86	196,75	197,53	198,60	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Staat	79,66	81,26	82,19	82,84	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,8
Bruttoinvestitionen	86,37	90,12	89,76	92,65	– 7,8	+ 4,3	– 0,4	+ 3,2
Bruttoanlageinvestitionen	89,33	90,58	91,34	92,90	– 2,4	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,7
Ausrüstungen[2])	30,44	32,84	33,50	34,17	– 1,5	+ 7,9	+ 2,0	+ 2,0
Bauten	35,59	34,54	34,34	34,68	– 6,6	– 2,9	– 0,6	+ 1,0
Sonstige Anlagen[3])	24,10	24,37	24,78	25,40	+ 4,9	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,5
Inländische Verwendung	362,69	367,95	369,64	374,30	– 0,6	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,3
Exporte	226,15	229,04	234,35	238,27	– 1,9	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,7
Reiseverkehr	14,98	15,23	15,62	15,85	+ 0,3	+ 1,7	+ 2,6	+ 1,5
Minus Importe	207,45	213,18	216,59	220,19	– 2,5	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,7
Reiseverkehr	10,58	10,56	10,43	10,43	+ 6,4	– 0,2	– 1,2	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	382,45	385,00	388,40	393,36	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3
Nominell	499,95	518,20	534,08	553,64	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,7

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2]) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – [3]) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken, Urheberrechte).

Die Importe steigen 2026 real um 1,6% und 2027 um 1,7%. Der Außenhandel trägt damit 2026 rechnerisch 0,4 Prozentpunkte zum Wachstum bei, 2027 wird sein Beitrag neutral ausfallen. Infolge der Verteuerung von Energie verschlechtern sich allerdings die Terms-of-Trade deutlich (2026 –1,3%, 2027 –0,3%), wodurch ein Teil des Volkseinkommens ins Ausland abfließt. Der Überschuss der Leistungsbilanz sinkt daher von 2,5% des BIP (2025) auf 2,0% (2027). Der Kaufkraftverlust schlägt sich im Realwert des BIP nieder – dem nominellen BIP, deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung: Er nimmt 2026 nur um 0,2% und 2027 um 1,1% zu und bleibt damit um 0,7 bzw. 0,2 Prozentpunkte hinter dem realen BIP zurück. Pro Kopf sinkt er 2026 leicht (–0,1%) und steigt 2027 um 0,8%.

4.3 Inlandsnachfrage bleibt verhalten

Die Exporte sind in der kleinen offenen Volkswirtschaft Österreich der wichtigste Bestimmungsfaktor der Inlandskonjunktur. Ein Exportimpuls erhöht unmittelbar die Wertschöpfung in der Industrie und den unternehmensnahen Dienstleistungen. Über die steigende Auslastung regt er Investitionen in Ausrüstungen und Bauten an, und über höhere Gewinne stärkt er die Eigenkapitalbasis der Unternehmen, was ihnen die Finanzierung von Investitionsprojekten erleichtert. Die höhere Wertschöpfung erhöht in der Folge die Arbeitseinkommen und damit den privaten Konsum, allerdings mit Verzögerung, weshalb der Exportaufschwung des Jahres 2026 erst 2027 in einer höheren Inlandsnachfrage münden wird.

Nach dem kräftigen Anstieg im Vorjahr expandieren die Ausrüstungsinvestitionen auch in den beiden Prognosejahren. Vor allem die steigende Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung spricht für eine Ausweitung der Investitionstätigkeit, die höheren Finanzierungskosten und die nach wie vor hohe Unsicherheit wirken dagegen dämpfend. Die Bauinvestitionen sinken 2026 nur noch geringfügig (–0,6%) und werden 2027 wieder ausgeweitet (+1,0%). Die Wende bei den Wohnbaukrediten sollte verzögert auch den Wohnbau beleben, während der Tiefbau unter der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leidet. Insgesamt nehmen die Bruttoanlageinvestitionen 2026 um 0,8% und 2027 um 1,7% zu.

Der private Konsum wächst 2026 real um lediglich 0,4% und 2027 um 0,5%. Für private Haushalte mit nicht-Ricardianischem Ausgabeverhalten ist die Reallohnentwicklung prägend. Die realen Nettolöhne pro Kopf sinken in beiden Prognosejahren. Haushalte mit

Sinkende Reallöhne und die gestiegene Unsicherheit dämpfen den privaten Konsum. Die Bauinvestitionen erholen sich erst 2027.

Ricardianischem Konsumverhalten können ihren Konsum hingegen über die Zeit mittels Anpassung ihrer Sparquote glätten und orientieren sich am ex ante realen Zinssatz sowie an der Unsicherheit über ihre künftigen Einkommen; die beiden Faktoren weisen derzeit jedoch in unterschiedliche Richtungen. Der reale Zinssatz (Dreimonatszinssatz abzüglich der erwarteten Inflation) ist 2026 noch negativ (–0,8%) und damit förderlich für den Konsum, steigt aber 2027 infolge der geldpolitischen Straffung auf 0,7%, was das Sparen attraktiver machen und den Konsum dämpfen wird. Die weiterhin hohe Unsicherheit der privaten Haushalte dürfte hingegen vor allem 2026 das Vorsichtssparen begünstigen und damit den Konsum schmälern. Die hohen Finanzierungsüberschüsse der Vorjahre stabilisieren hingegen die Konsumnachfrage. Nicht zuletzt stützt das erwartete Bevölkerungswachstum von 0,3% pro Jahr den aggregierten Konsum, unabhängig vom Ausgabeverhalten der einzelnen Haushalte. Pro Kopf stagniert der private Konsum 2026 somit annähernd.

Übersicht 8: **Konsum, Einkommen und Preise**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben[1])	+ 6,1	– 0,1	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Dauerhafte Konsumgüter	– 2,5	– 5,0	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 7,1	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,2	– 0,4	+ 4,2	– 1,6	– 1,0	+ 0,3
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,0	8,9	11,5	9,7	8,4	8,2
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,4	8,1	10,7	8,8	7,5	7,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 5,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,3
Verbraucherpreise						
National	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,6
Harmonisiert	+ 8,6	+ 7,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,6
Kerninflation[2])	+ 5,1	+ 7,3	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,5

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 20207: Prognose. – [1]) Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2]) Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

4.4 Energiepreise treiben die Inflation, Reallöhne sinken

Der Energiepreisschub erhöht die Verbraucherpreise, während die moderaten Lohnabschlüsse die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Die Verbraucherpreise stiegen laut Schnellschätzung von Statistik Austria im September 2026 um 3,6% gegenüber dem Vorjahr, angetrieben von den Energiepreisen (+14,5%). Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Grundnahrungsmittel im Juli sorgte dagegen für einen nur moderaten Anstieg der Preise für Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak (+1%). Die Kerninflation lag bei 3,0%, die Teuerung der Dienstleistungen bei 4,2%.

Die Vorlaufindikatoren deuten auf einen aufwärtsgerichteten Preisdruck hin: Im UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex stieg der Index der Einkaufspreise im September auf 72,1 Punkte (August 68,8 Punkte), während jener der Verkaufspreise mit 57,9 Punkten deutlich schwächer notierte. Die Preisschere öffnete sich somit wieder und ein Teil der Kostensteigerungen muss erst noch an die Abnehmer:innen weitergegeben werden. Im WIFO-Konjunkturtest lagen die Verkaufspreiserwartungen der Konsumgüterhersteller im September bei 24,4 Punkten (August 25,6 Punkte) und notierten damit rund zweieinhalbmal so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 2015/2019 (9,6 Punkte); da die Verkaufspreise der Konsumgüterindustrie verzögert in die Verbraucherpreise eingehen, ist für die kommenden Monate mit einem anhaltend lebhaften Preisauftrieb bei industriell gefertigten Konsumgütern zu rechnen.

Im Jahresdurchschnitt 2026 erwartet das WIFO einen Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3%, 2027 um 2,6%. Die höheren Großhandelspreise für Erdgas und Strom erreichen die privaten Haushalte über die Tarifanpassungen der Versorger mit Verzögerung. Mit der unterstellten Normalisierung der Lieferungen aus dem Persischen Golf dürften sich Mineralölprodukte 2027 wieder verbilligen. Gegenläufig wirken 2027 die Rückführung der Elektrizitätsabgabe auf den früheren Steuersatz und das Auslaufen des Basiseffektes der Mehrwertsteuersenkung ab Juli,

das die Inflation im Bereich Nahrungsmittel um 1 bis 1½ Prozentpunkte erhöhen wird. Der BIP-Deflator steigt mit 2,2% (2026) bzw. 2,4% (2027) schwächer als die Verbraucherpreise, denn er misst nur die Preisveränderung der heimischen Wertschöpfung.

Der öffentliche Bereich als Wachstumsträger – und was 2026 davon bleibt

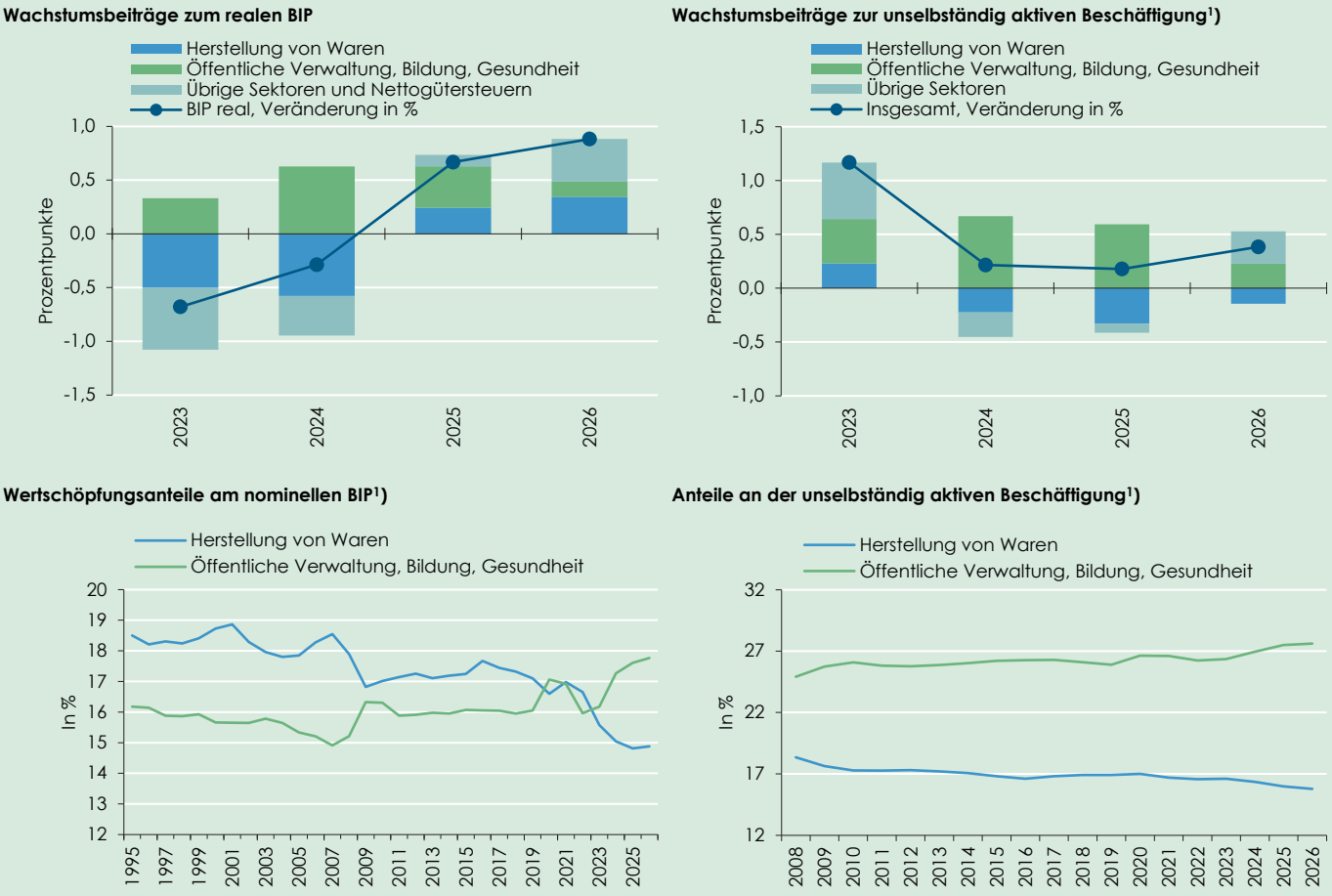
In den Jahren 2023 bis 2025 stützte im Wesentlichen ein einziger Bereich die österreichische Wirtschaft. Öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q) steuerten in diesen drei Jahren kumuliert 1,3 Prozentpunkte zum realen BIP bei, das insgesamt um 0,3% schrumpfte (Abbildung 4, linke obere Grafik). 2023 verringerte der öffentliche Bereich den BIP-Rückgang um 0,3 Prozentpunkte, 2024 um 0,6 Prozentpunkte, und 2025 trug er mit 0,4 Prozentpunkten mehr als die Hälfte zum Wachstum von 0,7% bei.

Dieses Muster ist kein statistisches Artefakt, hat aber eine messtechnische Ursache: Die Produktion des öffentlichen Bereiches wird nicht auf dem Markt verkauft; die VGR bewertet sie deshalb zu ihren Kosten, im Wesentlichen über die Arbeitnehmerentgelte. Das Wachstum der Wertschöpfung entspricht daher in diesem Fall annähernd jenem der Beschäftigung: Der öffentliche Bereich erweiterte seinen Personalstand in den Jahren 2023 bis 2025 jährlich um 16.000 bis 26.000 unselbständig aktiv Beschäftigte, während die Industrie 2024 und 2025 insgesamt 21.700 Stellen abbaute (Abbildung 4, rechts oben).

Damit setzte sich eine langfristige Verschiebung der Wirtschaftsstruktur fort (linke untere Grafik): 1995 erwirtschaftete die Industrie noch 18,5% des BIP, der öffentliche Bereich 16,2%. 2020, im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie, drehte sich das Verhältnis erstmals. Seit 2023 stellt der öffentliche Bereich einen größeren Anteil am BIP: 2025 standen seinen 17,6% 14,8% der Industrie gegenüber. Bei den Beschäftigten ist der Abstand noch größer (rechte untere Grafik): Kumuliert von Jänner bis August 2026 arbeiteten 27,6% der unselbständig aktiv Beschäftigten im öffentlichen Bereich und 15,8% in der Industrie (2008: 24,9% versus 18,3%).

2026 wird der öffentliche Bereich allerdings nur noch 0,1 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum beitragen; sein Beschäftigungsaufbau halbierte sich bis August 2026 auf 12.800 Personen (Jänner bis August 2025 +25.000). Die Rolle des Wachstumsträgers übernimmt die Industrie: Sie leistet 2026 mit 0,3 Prozentpunkten den größten Wachstumsbeitrag aller Wirtschaftsbereiche – auch deshalb erwartet das WIFO für 2026 einen soliden BIP-Zuwachs von 0,9%, obwohl der öffentliche Sektor als Stütze entfällt. Anders als in den Jahren 2023 bis 2025 entstammt das Wachstum damit wieder einem konjunkturabhängigen und, wie der Energiepreisschub 2022 zeigte, störungsanfälligen Wirtschaftsbereich.

Abbildung 4: **Wachstum, Beschäftigung und Größe des öffentlichen Bereiches**



Q: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO. – [1]) Für 2026 werden die Daten kumuliert bis August (Beschäftigung) bzw. dem II. Quartal (Wertschöpfungsanteile) dargestellt.

Übersicht 9: **Löhne, Wettbewerbsfähigkeit**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf[1])						
Nominell, brutto	+ 4,9	+ 7,2	+ 7,3	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,9
Real[2])						
Brutto	– 3,4	– 0,6	+ 4,2	+ 0,1	– 0,9	+ 0,3
Netto	– 2,7	– 0,2	+ 4,2	– 0,0	– 1,5	– 0,2
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde[3])						
Real[2]), netto	– 2,4	– 0,1	+ 5,0	– 0,7	– 1,8	– 0,1
	In %					
Lohnquote, bereinigt[4])	61,9	62,7	64,8	65,3	65,0	65,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten[5]), nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,1	+ 8,5	+ 7,8	+ 3,0	+ 1,3	+ 2,1
Herstellung von Waren	– 1,6	+11,7	+ 9,7	+ 0,7	– 0,6	+ 0,5
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren[6])						
Nominell	– 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,5
Real	– 1,8	+ 3,4	+ 0,9	+ 2,2	+ 0,7	+ 0,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – [2]) Deflationiert mit dem VPI. – [3]) Laut VGR. – [4]) Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – [5]) Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – [6]) Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Die Nominallöhne pro Kopf steigen 2026 um 2,4% und 2027 um 2,9% (brutto). Die Lohnabschlüsse orientieren sich zwar an der rollierenden Inflation, fielen zuletzt angesichts der schwachen Ertragslage der Industrie aber moderat aus: So werden etwa in der Metalltechnischen Industrie die Ist-Löhne ab November 2026 bei einer rollierenden Inflation von 3,3% nur um 1,9% angehoben. Die Bruttoreallöhne sinken daher 2026 um 0,9% und wachsen 2027 nur leicht um 0,3%. Gemessen an der Benya-Formel, welche die VPI-Inflation und Produktivitätsveränderungen als Orientierungsgrößen für nominelle Lohnanpassungen vorsieht, bleiben die Abschlüsse damit hinter dem Verteilungsspielraum zurück. Sie tragen jedoch zur Wiederherstellung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bei, die in den Jahren hoher Lohnzuwächse gelitten hatte; die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten steigen 2026 nur um 1,3% und 2027 um 2,1%. Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass Reallohnerhöhungen langfristig gesehen mitunter ein wichtiger Bestimmungsfaktor für Produktivitätszuwächse sind.

4.5 Arbeitslosigkeit erreicht 2026 ihren Höhepunkt

Die Beschäftigung wächst nur verhalten. Da das Arbeitskräfteangebot weiter steigt, nimmt die Arbeitslosigkeit 2026 nochmals zu.

Der Arbeitsmarkt reagiert verzögert auf die Konjunktur. Seit Juni 2026 liegt die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (nationale Berechnung) mit 7,7% auf dem höchsten Niveau seit Mitte 2021; die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten stagnierte im September gegenüber dem Vormonat. Mit der Belebung der Industrie wird sich der Beschäftigungsabbau im sekundären Sektor verlangsamen und 2027 in einen leichten Aufbau übergehen. Vorlaufindikatoren signalisieren bereits eine Wende: Im WIFO-Konjunkturtest vom September hellten sich die Beschäftigungserwartungen in der Sachgütererzeugung von –10,5 auf –6,0 Punkte auf, blieben aber noch unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Der Beschäftigungsindex des UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex lag im September mit 51,1 Punkten den zweiten Monat in Folge über der Wachstumsschwelle, die er im August erstmals seit rund 40 Monaten überschritten hatte.

Insgesamt steigt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten 2026 um 18.000 (+0,5%) und 2027 um 28.000 (+0,7%). Der Zuwachs wird zur Gänze auf ausländische Arbeitskräfte entfallen, während die Beschäftigung von Inländer:innen infolge der demografischen Entwicklung – die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft 2026 um 12.600 und 2027 um 18.900 Personen – weiter zurückgehen wird.

Das Arbeitskräfteangebot nimmt dennoch zu, vor allem infolge der Zuwanderung und des steigenden Frauenpensionsantrittsalters: 2026 wächst es mit +30.000 Personen stärker als die Beschäftigung, wodurch die Zahl der Arbeitslosen um 8.000 auf 325.500 steigt und die Arbeitslosenquote mit 7,6% ihren Höchstwert erreicht (Eurostat-Definition 6,0%). Dass ein Wirtschaftswachstum am oder knapp über dem Potenzialwachstum die Arbeitslosigkeit noch nicht senkt, entspricht dem für

Österreich empirisch belegten Okun'schen Zusammenhang (Schwellenwert bei rund 1,6% BIP-Wachstum). 2027 wird sich das Verhältnis umkehren: Die Beschäftigung wird kräftiger ausgeweitet als das Arbeitskräfteangebot (+23.000 Personen), und die Arbeitslosenquote sinkt auf 7,3% (Eurostat-Definition 5,7%).

Übersicht 10: **Arbeitsmarkt**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige[1])	+ 116,2	+ 47,9	+ 13,0	+ 10,0	+ 22,0	+ 32,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte[1])	+ 110,2	+ 44,8	+ 8,4	+ 6,9	+ 18,0	+ 28,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 22,9	– 9,0	– 16,7	– 19,8	– 12,0	– 6,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 87,4	+ 53,8	+ 25,0	+ 26,8	+ 30,0	+ 34,0
Selbständige[2])	+ 6,0	+ 3,1	+ 4,6	+ 3,1	+ 4,0	+ 4,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 48,6	+ 36,9	+ 5,6	– 12,5	– 12,6	– 18,9
Erwerbspersonen[3])	+ 47,6	+ 55,6	+ 40,0	+ 29,7	+ 30,0	+ 23,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	– 68,6	+ 7,7	+ 27,1	+ 19,7	+ 8,0	– 9,0
Personen in Schulung	– 0,8	+ 1,0	+ 5,0	+ 1,0	– 3,0	– 1,0
			In%			
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)[4])	4,8	5,1	5,2	5,7	6,0	5,7
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	5,6	5,7	6,2	6,6	6,7	6,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,3	6,4	7,0	7,4	7,6	7,3
			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Erwerbspersonen[3])	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte[1])	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7
Arbeitslose (laut AMS)	– 20,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 6,6	+ 2,5	– 2,8
Stand in 1.000	263,1	270,8	297,9	317,5	325,5	316,5

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – [2]) Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – [3]) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – [4]) Labour Force Survey.

Übersicht 11: **Produktivität**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 5,5	– 0,7	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3
Erwerbstätige[1])	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6
Produktion je Erwerbstätigen	+ 2,5	– 1,6	– 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen[2])	– 0,3	– 0,2	– 0,7	+ 0,6	+ 0,0	– 0,3
Stundenproduktivität[3])	+ 2,8	– 1,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,8	+ 1,0
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	+ 9,4	– 3,0	– 3,7	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,7
Erwerbstätige[1])	+ 2,3	+ 1,3	– 0,8	– 1,7	– 0,8	+ 0,5
Produktion je Erwerbstätigen	+ 7,0	– 4,3	– 2,9	+ 3,4	+ 3,1	+ 1,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen[2])	– 0,8	– 0,5	+ 0,5	– 0,1	+ 1,0	± 0,0
Stundenproduktivität[3])	+ 7,8	– 3,8	– 3,4	+ 3,5	+ 2,1	+ 1,2

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – [2]) Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – [3]) Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

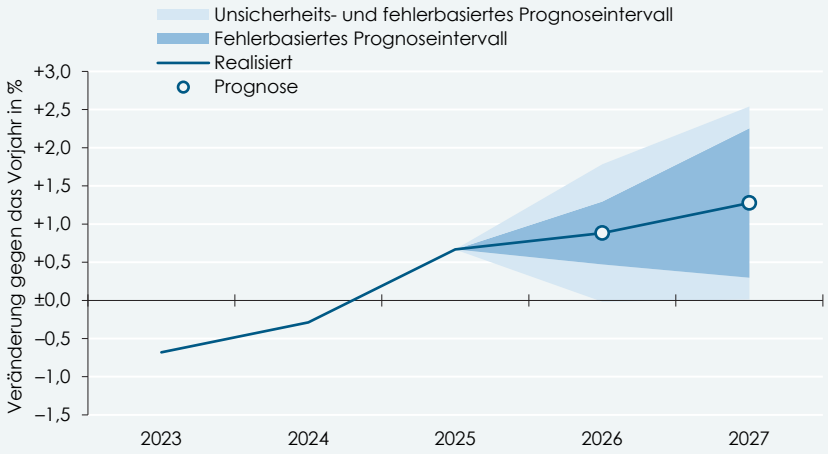
5. Das Risikoumfeld

Die hier vorgestellte Projektion beschreibt das aus heutiger Sicht unter den getroffenen Annahmen wahrscheinlichste Szenario für die Wirtschaftsentwicklung. Die tatsächliche Entwicklung kann allerdings aufgrund einer Vielzahl von Faktoren davon abweichen.

Die größten Abwärtsrisiken gehen vom Krieg im Nahen Osten aus. Die Prognose unterstellt, dass sich die Lage im Laufe des Jahres 2027 allmählich entspannt und der Rohölpreis sinkt. Die jüngsten Angriffe auf Förder-, Transport- und Raffinerieanlagen zeigen jedoch, wie anfällig das Angebot für Rückschläge bleibt; der Preis für Rohöl der Sorte Brent notierte Anfang Oktober bei rund 108 $ je Barrel und damit deutlich über dem für 2026 unterstellten Durchschnitt. Die europäischen Gasspeicher sind vor dem Winter so schwach gefüllt wie seit Jahren nicht. Ein anhaltend hohes Energiepreisniveau würde die Inflation erhöhen, die Reallöhne weiter schmälern und über die Terms-of-Trade zusätzliches Einkommen ins Ausland verlagern. Sollten sich die höheren Preise in den Lohnabschlüssen niederschlagen, drohen Zweitrundeneffekte und abermals stärkere Preisanstiege.

Ein weiteres Risiko betrifft die Erholung in der Industrie. Ein Teil der jüngsten Auftragszuwächse geht auf Vorsorgekäufe zurück, die sich in den kommenden Quartalen in einen Lagerabbau verkehren könnten. Zudem erhöhen die kräftig steigenden Exporte Chinas den Wettbewerbsdruck, und die Handelspolitik der USA bleibt schwer berechenbar. Auf der Angebotsseite belasten die nach wie vor extrem geringen Niederschläge neben der Landwirtschaft auch die Stromerzeugung aus Wasserkraft.

Abbildung 5: **Unsicherheitsintervalle für die Prognose des realen Bruttoinlandsproduktes**



Q: WIFO. Berechnet auf Grundlage früherer Prognosefehler (fehlerbasiertes Intervall) bzw. unter zusätzlicher Berücksichtigung aktueller Unsicherheit (Abschätzbarkeit der Geschäftslage in der Sachgütererzeugung gemäß WIFO-Konjunkturtest). Zur Methodik siehe Glocker, C., & Kaniovski, S. (2025). Enhancing Macroeconomic Forecasts with Uncertainty-Informed Intervals. *WIFO Working Papers*, (710). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62151322.

Auch die Fiskalpolitik birgt Risiken. Wenn die für 2027 angekündigten, aber noch nicht spezifizierten Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt werden, kann das die Inlandsnachfrage zusätzlich dämpfen. Darüber hinaus könnte eine rigidere Konsolidierung notwendig werden, wenn die Länder und Gemeinden höhere Defizite ausweisen als geplant. Die steigenden Renditen erhöhen überdies die Zinsausgaben des Staates. Auch international sind die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen zuletzt kräftig gestiegen, etwa in Frankreich und den USA. Sollte dies dort eine entschlossenere fiskalische Konsolidierung erzwingen, bliebe die Auslandsnachfrage hinter den Annahmen dieser Prognose zurück und das Wachstum der österreichischen Exporte entsprechend schwächer.

Den zahlreichen Abwärtsrisiken stehen auch Aufwärtsrisiken gegenüber. Eine rasche diplomatische Lösung im Nahen Osten würde die Energiepreise sinken lassen, die Inflation dämpfen und die Kaufkraft der privaten Haushalte stärken. Zudem könnte die Industriekonjunktur in Deutschland, gestützt durch das Investitionsprogramm, kräftiger anziehen als unterstellt. Schließlich könnten die privaten Haushalte ihre Ersparnisse rascher abbauen als angenommen, was den Konsum beleben, zugleich aber den Inflationsdruck erhöhen würde.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauninger@wifo.ac.at, victoria.ploechl@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleichen gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, liegen um Saison- und Kalendereffekte (bewegliche Feiertage oder eine unterschiedliche Zahl an Arbeitstagen in der Periode) bereinigte Daten zugrunde.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und kalenderbereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Bereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang gibt an, wie stark das BIP im Folgejahr t_1 (auf Basis saison- und kalenderbereinigter Werte) wachsen bzw. schrumpfen würde, wenn die Wirtschaftsleistung das gesamte Jahr hindurch auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres t_0 verharrt. Er beschreibt damit den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf des Vorjahres auf die Veränderungsrate des Folgejahres.

Durchschnittliche Veränderungsraten

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2020/2025 als 1. Veränderungsrate jene von 2020 auf 2021, als letzte jene von 2024 auf 2025 (geometrisches Mittel).

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) gegenüber dem Vorjahr. Der VPI ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb des Euro-Raumes (siehe auch https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist international nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Positionen Lebensmittel, Alkohol und Tabak und Energie zu verwenden. So werden rund 80% der im österreichischen VPI-Warenkorb (VPI 2025) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 2.000 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Er ist Teil des gemeinsamen harmonisierten Programms der EU für Konjunkturumfragen bei Unternehmen und Verbrauchern (BCS) und wird von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt.

Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (https://www.konjunkturtest.at). Die Indikatoren sind entweder Anteile oder Salden zwischen dem Anteil positiver und negativer Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot (Summe aus Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildiener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen befinden sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen. Für die Berechnung der gängigen Arbeitslosenquote wird ihre Zahl nicht berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Armutsgefährdungsquote und S80/S20-Verhältnis

Als armutsgefährdet gelten gemäß EU-Definition Personen, deren bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) unter 60% des nationalen Medianeinkommens liegt. Die Quote bezeichnet den Anteil dieser Personen an der Bevölkerung in privaten Haushalten.

Der S80/S20-Indikator, ein Maß der Einkommensungleichheit, beschreibt das Verhältnis der gesamten Äquivalenzeinkommen im obersten Einkommensquintil der privaten Haushalte zu jenem im untersten Einkommensquintil. Die Zeitangabe bezieht sich auf das Einkommensreferenzjahr der Datenbasis (Eurostat, EU-SILC 2024) bzw. der Simulation (EUROMOD J2.0+). Für alle Schlussfolgerungen sind ausschließlich die Autor:innen verantwortlich.

Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines ausgewogenen Drei-Säulen-Modells in der Altersvorsorge

Thomas Url



WIFO

Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines ausgewogenen Drei-Säulen-Modells in der Altersvorsorge

Thomas Url

Wissenschaftliche Assistenz: Nathalie Fischer, Ursula Glauninger

Oktober 2026
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Jedes Pensionssystem verfolgt neben der Konsumglättung zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand Versicherungs- und Umverteilungsziele. Eine ausgewogene Kombination von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren ermöglicht eine Erreichung dieses Zielbündels mit geringen Nebenwirkungen auf Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkten. Im europäischen Vergleich zeigt Österreich hohe Einkommensersatzraten in einem überwiegend im Umlageverfahren finanzierten Pensionssystem. Dies hat Auswirkungen auf kleinere Anleihe- und Aktienmärkte, einen größeren Anteil von Klein- und Mittelbetrieben, einen höheren Einfluss von Kernaktionären auf die Unternehmensführung, einen höheren Immobilienanteil im Nettovermögen der Privathaushalte und einen kleineren Risikokapitalmarkt. Eine Kapitaldeckung der Pensionsansprüche kann dazu beitragen, die Pensionsleistungen von der heimischen Wirtschaftskraft unabhängiger zu machen. Portfolioanalysen zeigen, dass der optimale Anteil des Kapitaldeckungsverfahrens in den meisten Ländern positiv ist. In manchen Berechnungen erreicht der Anteil 100% des Pensionsportfolios.

Im Auftrag des Verbands der Versicherungsunternehmen Österreichs • Oktober 2026 • 55 Seiten • Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72363889

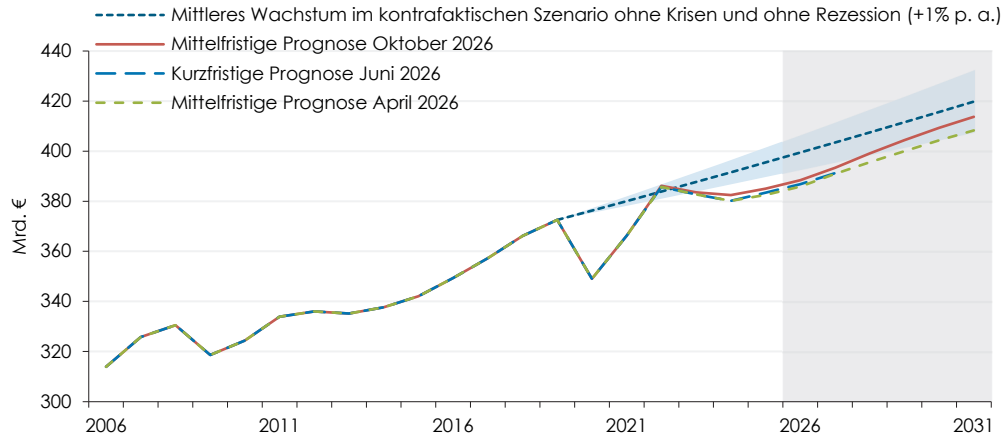
Strukturprobleme bremsen das Wirtschaftswachstum, Zinsendienst erschwert die Konsolidierung

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Mark Sommer

- Für 2026/2031 erwartet das WIFO ein reales BIP-Wachstum von 1,2% pro Jahr. Es liegt leicht über dem Trendwachstum (+1,0% p. a.). Folglich schließt sich die Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraums.
- Das Arbeitskräfteangebot nimmt demografisch bedingt nur geringfügig zu, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2031 auf voraussichtlich 5,8% zurückgehen wird.
- Wegen des neuerlichen Energiepreisschocks infolge des Iran-Krieges wird die Inflationsrate 2026 bei 3,3% zu liegen kommen. Der Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2% wird voraussichtlich erst ab der zweiten Jahreshälfte 2029 erreicht.
- Das Budgetdefizit wird über den Prognosehorizont durchschnittlich 4,1% des BIP betragen, womit Österreich die EU-Vorgaben ohne weitere Maßnahmen klar verfehlen wird. Die Staatsschuld dürfte in diesem Fall bis 2031 auf 89% des BIP anwachsen.

Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Die österreichische Wirtschaft erlebte 2023/24 eine der längsten Rezessionen der Nachkriegszeit. Im Zeitraum 2026/2031 beträgt das BIP-Wachstum voraussichtlich 1,2% p. a. (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Blaue Schattierung: Wachstumstrichter im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession: Obergrenze +1,25% jährliches BIP-Wachstum, Untergrenze +0,75% jährliches BIP-Wachstum).

"Durch die Krisen der vergangenen Jahre – COVID-19-Krise, Energiepreisschocks (2022/23 und 2026) und die Rezession 2023/2024 – büßte die österreichische Wirtschaft deutlich an Wertschöpfung ein. Die Einbußen in den Jahren 2020/2031 liegen – je nach den Annahmen zum durchschnittlichen Wachstum in einem kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession – bei rund 112 Mrd. € (±78 Mrd. €)."

Strukturprobleme bremsen das Wirtschaftswachstum, Zinsendienst erschwert die Konsolidierung

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Mark Sommer

Strukturprobleme bremsen das Wirtschaftswachstum, Zinsendienst erschwert die Konsolidierung. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Österreichs Wirtschaft erholt sich schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24. Das WIFO erwartet 2026/2031 ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von 1,2% (Ø 2010/2019 +1,6%) und ein Trendwachstum von 1,0% p. a. Im Vergleich zu anderen Euro-Ländern wird Österreichs Wirtschaft mittelfristig etwas langsamer expandieren. Der demografische Wandel verringert das Arbeitskräfteangebot. Dies trübt einerseits die mittelfristigen Aussichten, dämpft aber andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: die Arbeitslosenquote wird bis 2031 auf voraussichtlich 5,8% zurückgehen (2026: 7,6%). Aufgrund der kräftigen Verteuerung von Mineralölprodukten und Erdgas infolge des Iran-Krieges wird die Inflationsrate 2026 bei 3,3% und 2027 bei 2,6% zu liegen kommen. Das Inflationsziel von 2% wird voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2029 erreicht. Die Neuverschuldung liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 4,1% des nominellen BIP deutlich über der Maastricht-Schwelle von 3%, wodurch die Staatsschuld bis 2031 89% der nominellen Wirtschaftsleistung erreicht (2025: 80,7%). Um die Neuverschuldung unter die 3%-Marke zu drücken und die Einstellung des EU-Defizitverfahrens zu erwirken, bedürfte es daher zusätzlich zu den im Doppelbudget 2027/28 bereits vereinbarten Konsolidierungsschritten weiterer Maßnahmen im Ausmaß von zumindest 1% des nominellen BIP.

Structural Problems are Holding Back Economic Growth, Whilst Interest Payments are Hampering Fiscal Consolidation. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2026 to 2031

Austria's economy is recovering slowly from the recession of 2023-24. WIFO forecasts average annual GDP growth of 1.2 percent for 2026-2031 (Ø 2010-2019 +1.6 percent) and trend growth of 1.0 percent p.a. Compared with other euro area countries, Austria's economy is expected to grow more slowly in the medium term. Demographic change is reducing the labour supply. Whilst this clouds the medium-term outlook on the one hand, it also significantly reduces unemployment: the unemployment rate is forecast to fall to 5.8 percent by 2031 (2026: 7.6 percent). Due to the sharp rise in prices for mineral oil products and natural gas caused by the war in Iran, the inflation rate is projected to reach 3.3 percent in 2026 and 2.6 percent in 2027. The inflation target of 2 percent is not expected to be met until the second half of 2029. Over the forecast period, net borrowing is projected average 4.1 percent of nominal GDP, well above the Maastricht threshold of 3 percent, causing public debt to reach 89 percent of nominal GDP by 2031 (2025: 80.7 percent). In order to bring net borrowing below the 3 percent mark and ensure the closure of the EU excessive deficit procedure, further measures of at least 1 percent of nominal GDP would therefore be required, in addition to the consolidation measures already agreed in the 2027-28 biennial budget.

JEL-Codes: E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Der vorliegende Beitrag basiert für die Jahre 2026 und 2027 auf der WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2026 (Glocker & Ederer, 2026, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 15. September 2026 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 2. Oktober 2026 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonometrischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf.

Begutachtung: Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Victoria Plöchl (victoria.ploechl@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 23. 10. 2026

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Marian Fink (marian.fink@wifo.ac.at), Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at), Mark Sommer (mark.sommer@wifo.ac.at)

Geopolitische Konflikte (Iran-Krieg, Ukraine-Krieg) und die damit einhergehenden Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten belasten weiterhin die Weltwirtschaft. Rohöl, Erdgas und darauf beruhende Güter wie Mineralölprodukte, Kunstdünger und Helium haben sich infolge des Iran-Krieges seit Ende Februar 2026 deutlich verteuert (Glocker & Ederer, 2026, in diesem Heft). Daneben setzen die Handelspolitik der USA und die Exportpolitik Chinas, das auf Subventionen und eine permanente Unterbewertung des Yuan setzt, die Industrieländer merklich unter Druck.

Die vorliegende Vorausschau bis 2031 fußt auf der WIFO-Konjunkturprognose für die Jahre 2026/27 (siehe Glocker & Ederer, 2026) und schreibt den dort präsentierten Ausblick bis 2031 fort[1]). Die Aussichten für die österreichische Wirtschaft haben sich seit dem Update der mittelfristigen Prognose vom April 2026 (Baumgartner et al., 2026) leicht aufgehellt. Sie erholt sich aber weiterhin nur schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24 (–½% p. a.). Für den **Prognosezeitraum 2026/2031** erwartet das WIFO einen **durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachs** von **1,2%** (Ø 2010/2019 +1,6% p. a.; Übersicht 2). Österreichs Wirtschaft dürfte damit um 0,1 Prozentpunkte p. a. schwächer expandieren als der Durchschnitt der Euro-Länder (Abbildung 1).

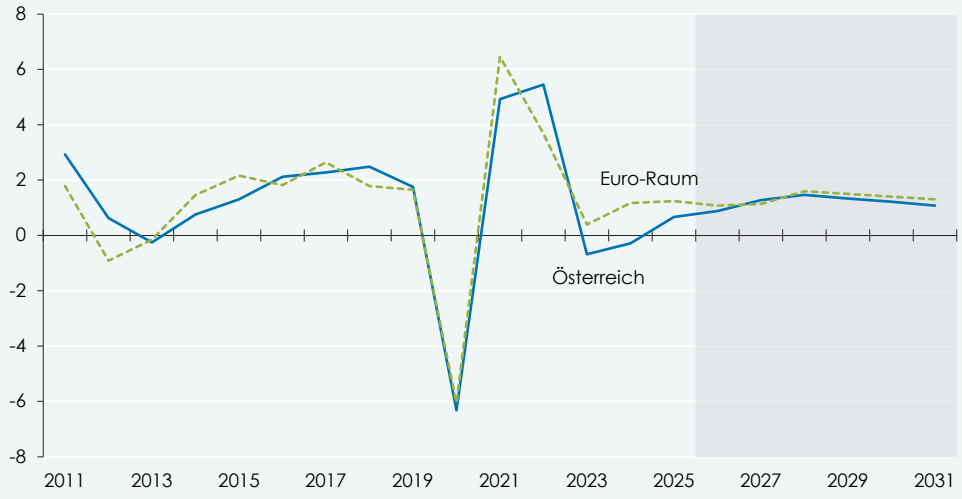
Mittelfristig werden nach Einschätzung des WIFO strukturelle Faktoren das Wachstum bremsen. Dazu zählen neben der eingeschränkten preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel, infolge höherer Lohn- und Energiepreissteigerungen als bei wichtigen Handelspartnern, auch Probleme hinsichtlich der Integration von Migrant:innen in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt sowie die geringe Erwerbsbeteiligung von Älteren. Des Weiteren sind europäische Industrieunternehmen mit vermehrter Konkurrenz aus Asien konfrontiert, und der Zugang zum Markt der USA wird angesichts der dortigen Zollpolitik eingeschränkt bleiben. Zudem bringen der technologische und der demografische Wandel sowohl Mismatch-Probleme als auch einen Fachkräftemangel mit sich. Andererseits erleichtert der Rückgang der Erwerbsbevölkerung den Abbau der Arbeitslosigkeit, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2031 auf 5,8% zurückgehen wird (2026: 7,6%).

Der Preisauftrieb bei Konsumgütern liegt 2026 wegen des Iran-Krieges noch bei hohen 3,3%[2]). Ohne weitere Maßnahmen als jenen, die von der österreichischen Bundesregierung bis Oktober 2026 bereits getroffen bzw. angekündigt wurden, wird die Inflationsrate auch 2027 (2,6%) über dem angestrebten Zielwert von 2% bleiben; dieser wird erst in der zweiten Jahreshälfte 2029 erreicht (Ø 2026/2031: 2,4% p. a.).

Die Defizitquote wird unter den derzeitigen Rahmenbedingungen über den gesamten Prognosezeitraum bei durchschnittlich 4,1% des nominellen BIP liegen. Die Konsolidierungsmaßnahmen im Doppelbudget 2027/28 werden durch den höheren Zinsendienst konterkariert. Um den Maastricht-Schwellenwert von 3% zu erreichen, sind daher in der Budgeterstellung für die Jahre ab 2028 weitere Konsolidierungsschritte von mindestens 1% des nominellen BIP notwendig[3]).

Abbildung 1: **Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

[1]) Gemäß den Markterwartungen dürften die Preise von Rohöl und Erdgas bis 2031 wieder auf den Pfad zurückkehren, der vor dem Iran-Krieg unterstellt wurde (Abbildung 2).
[2]) Auf Basis der Inflationsraten im Jänner und Februar 2026 hatte das WIFO vor Ausbruch des Iran-Krieges für das Jahr 2026 eine Teuerung von rund 2% erwartet; siehe dazu Selektiv (2026).
[3]) Auch der Fiskalrat (2026) kommt in seiner Analyse des Staatshaushaltes 2026/27 zu einem sehr ähnlichen Ergebnis.

1. Internationale Rahmenbedingungen

1.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

Erdgas dürfte im Zeitraum 2026/2031 gut doppelt und Strom 2¾-mal so viel kosten wie noch 2018/2020.

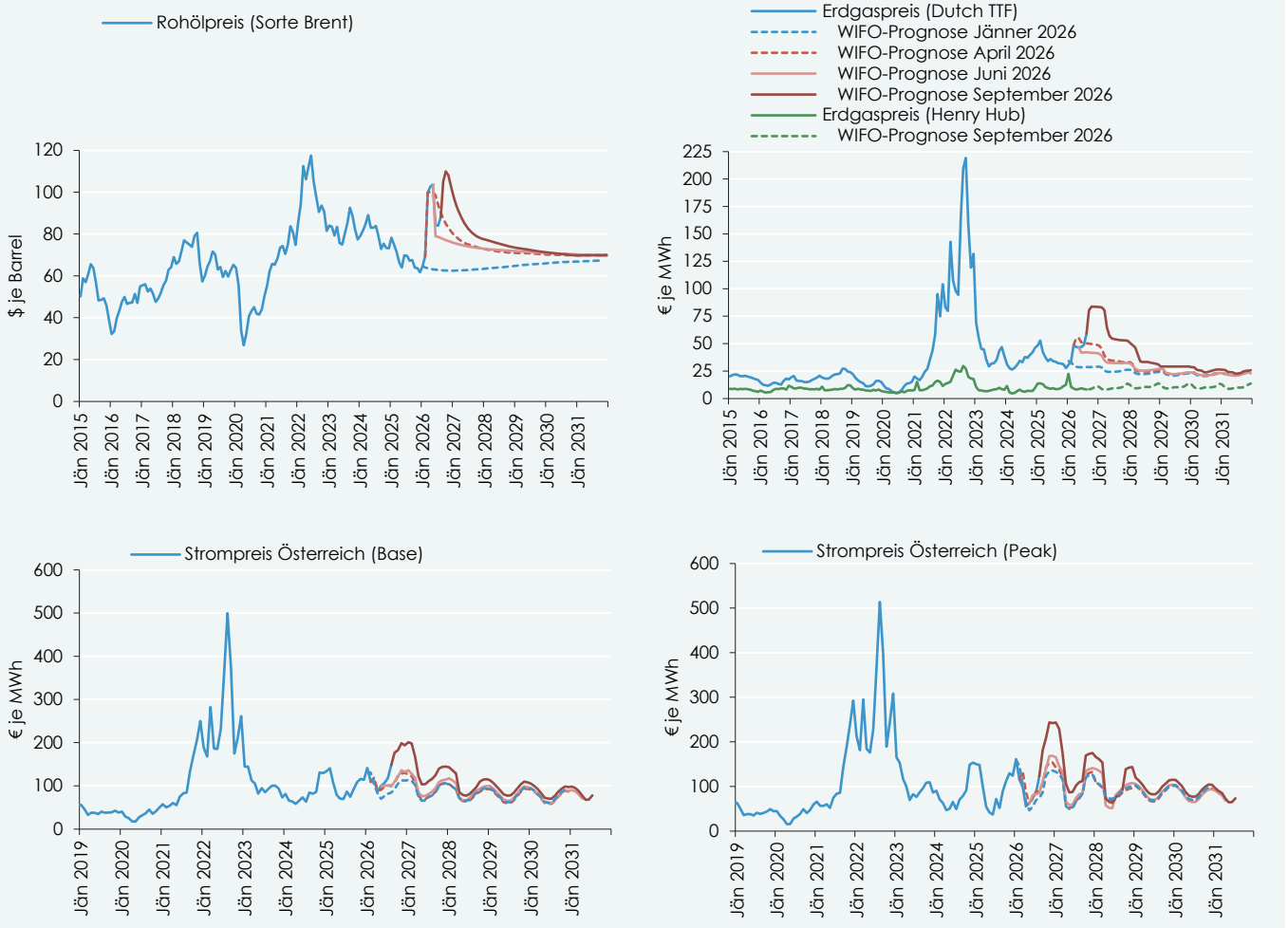
Die Dauer und der weitere Verlauf des Iran-Krieges beeinflussen maßgeblich den Ausblick für die internationalen Energiepreise. Die vorliegende Prognose geht auf der Basis der Markterwartungen (Futures) davon aus, dass die Kampfhandlungen am Persischen Golf im Laufe des Jahres 2027 dauerhaft eingestellt werden. Die unterstellten Preispfade für Rohöl, Erdgas und Strom entsprechen für 2026/27 jenen der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose (Glocker & Ederer, 2026) und basieren für die Jahre 2028/2031 auf den (durchschnittlichen) Markterwartungen gemäß den Futures-Notierungen (Übersicht 1, Abbildung 2).

Das WIFO unterstellt für 2026 einen **Rohölpreis** von 93,5 $ je Barrel (Sorte Brent; Jahresdurchschnitt) und nach Kriegsende einen schrittweisen Rückgang auf 70 $ je Barrel bis 2031. Die Großhandelspreise für **Erdgas und Strom** (gemäß Dutch TTF bzw. den Strom-Futures für Österreich) dürften nach einem Anstieg im Jahr 2026 in den Folgejahren ebenfalls wieder zurückgehen.

Energie wird jedoch auch mittelfristig teurer bleiben als vor dem Energiepreisschock 2021/22: Erdgas dürfte im europäischen Großhandel 2026/2031 durchschnittlich rund 2⅓-mal so viel, Strom fast 2¾-mal so viel kosten wie im Zeitraum 2018/2020. In den USA dürften die Großhandelspreise für Erdgas (gemäß Henry Hub; Abbildung 2) dagegen nur leicht über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu liegen kommen. Damit werden der deutliche Kostenvorteil gegenüber Europa (2026 –82%, 2031 –57%) und damit der Wettbewerbsnachteil der europäischen energieintensiven Exportwirtschaft gegenüber der Konkurrenz in den USA über den gesamten Prognosehorizont bestehen bleiben.

Abbildung 2: **Energiepreise**

Monatliche Entwicklung internationaler Notierungen



Q: HWWI, IWF, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, US Energy Information Administration, CME Group, Macrobond, OeNB, WIFO-Berechnungen.

1.2 Annahmen zur Geldpolitik

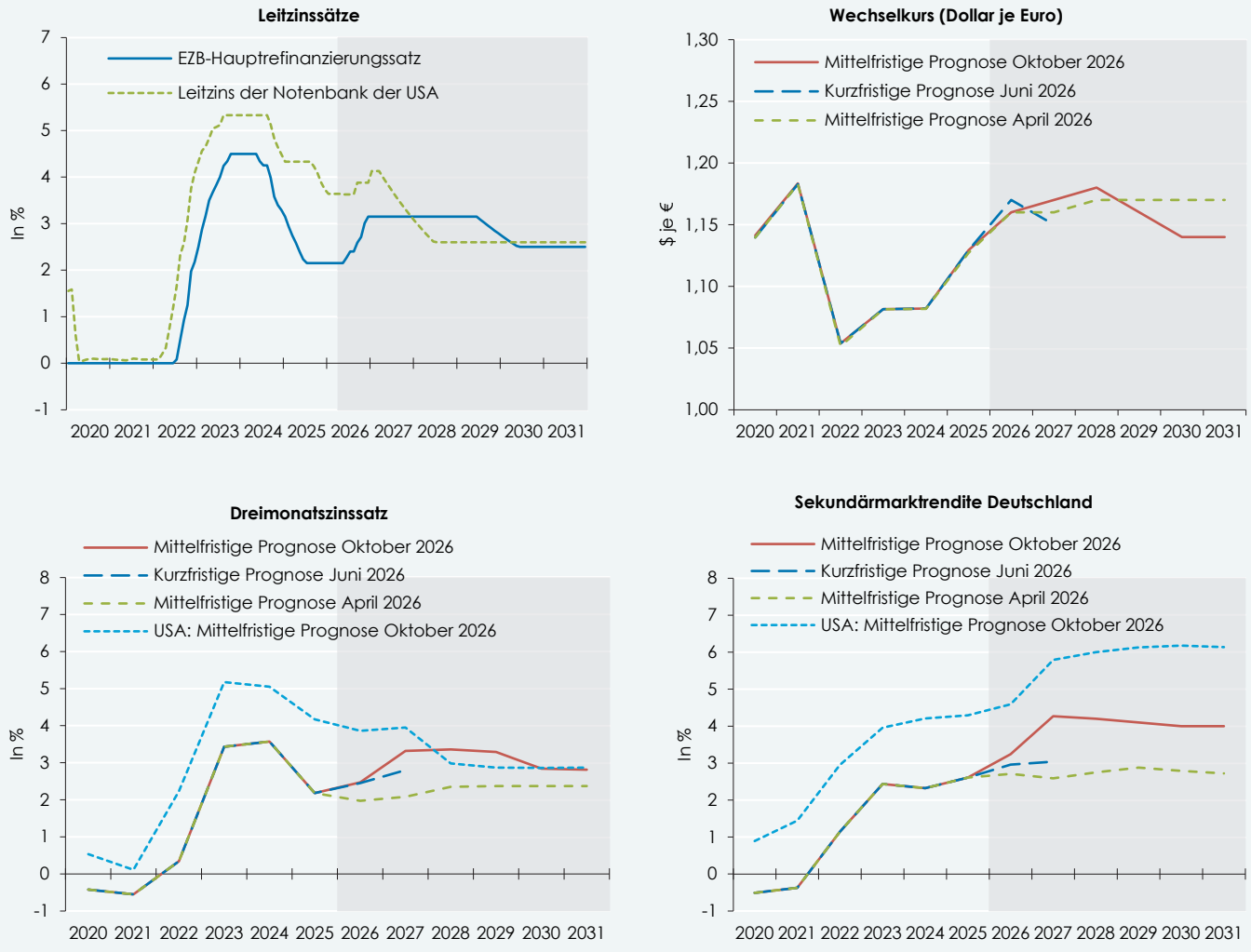
Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** erwartet das WIFO für das IV. Quartal 2026 eine weitere Leitzinserhöhung um ¼ Prozentpunkt. Auf der Basis eines adaptierten Taylor-Regel-Modells wird bis zum I. Quartal 2027 mit weiteren Zinsschritten gerechnet, wodurch die Federal Funds Rate (FFR) 4,1% erreicht. Für die Folgejahre wird eine Absenkung der FFR auf 2,6% ab Mitte 2028 unterstellt (Abbildung 3).

Die **EZB** dürfte ihre **Geldpolitik** im IV. Quartal 2026 und im Jahr 2027 weiter straffen. Das WIFO unterstellt, dass der Hauptrefinanzierungssatz für Geschäftsbanken von 2,2% im II. Quartal 2026 auf 3,2% zu Jahresanfang 2027 ansteigt und erst ab der zweiten Jahreshälfte 2029 wieder sinkt (2031: 2,5%). Folglich steigt der Dreimonatsgeldmarktsatz von 2,2% (2025) auf 3,3% (2027/2029) und geht danach leicht zurück (2,8%). Die Sekundärmarktrendite auf 10-jährige deutsche Bundesanleihen kletterte von 2,6% 2025 auf 3,3% im III. Quartal 2026 (zu den Ursachen siehe Glocker & Ederer, 2026). 2027/2029 dürfte sie durchschnittlich 4,2% betragen und in den Folgejahren leicht auf 4% zurückgehen.

Der **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** verharrt auf Basis der Konjunktur- und Zinsentwicklung in den beiden Wirtschaftsräumen im Zeitraum 2026/2029 bei durchschnittlich rund 1,17 $ je Euro und sinkt danach auf 1,14 $ je Euro.

Die EZB wird ihre Geldpolitik 2026/27 weiter straffen. Der Dreimonatszinssatz wird von 2,2% im Jahr 2025 auf 3,3% (2027/2029) steigen.

Abbildung 3: **Monetäre Rahmenbedingungen**



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Oxford Economics, WIFO-Berechnungen.

1.3 Annahmen zur internationalen Konjunktur

In den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländern wird 2026/2031 ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1¾% p. a. erwartet.

In den **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Ländern bzw. Ländergruppen** (Euro-Raum, MOEL 5, USA, China, Schweiz) bleibt das reale BIP-Wachstum aufgrund der anhaltenden Verwerfungen in der Weltwirtschaft (Energiepreise, Handelspolitik der USA) mittelfristig verhalten (exportgewichtet Ø 2026/2031 +1¾%, Ø 2010/2019 +2,1% p. a.; Übersicht 1)[4]).

Im **Euro-Raum** wird sich das Wachstum nach einer Schwächephase in den Jahren 2023/2027 (+1,0% p. a.) auf voraussichtlich 1½% p. a. (Ø 2028/29) beschleunigen. In den **MOEL 5** wird der BIP-Zuwachs 2025/2027 2,4% betragen und sich bis 2031 auf 2,2% verlangsamen (Übersicht 1, Abbildung 4).

Der massive Ausbau der Rechenkapazitäten für **Künstliche Intelligenz** und der damit verbundenen Energieinfrastruktur beflügeln vor allem in den USA und China die Konjunktur (siehe Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2026, Kasten 11). **Chinas** Wirtschaft ist 2023/2025 noch um rund 5% gewachsen. Angesichts der Handelskonflikte, insbesondere mit den USA und möglicherweise auch mit der EU, und verschiedenen strukturellen Herausforderungen (Lui, 2024) erwartet das WIFO für 2026/2031 ein Wirtschaftswachstum von 4,1% p. a.

Die **USA** könnten infolge ihrer Zollpolitik auch mittelfristig noch von Standortverlagerungen energieintensiver Industriezweige aus Übersee profitieren. Zusätzlich kommt ihnen weiterhin die Verschiebung der europäischen Energienachfrage von russischem Erdgas zu Flüssiggas (LNG) zugute. Darüber hinaus wurde durch den Angriff Israels und der USA auf den Iran und die daraus folgende Sperre der Straße von Hormus das Flüssiggasangebot aus den Golfstaaten (vor allem Qatar) deutlich verknappt. Daraus dürften amerikanische LNG-Produzenten noch länger einen Nutzen ziehen. Gebremst wird das Wirtschaftswachstum in den USA von einer Verringerung des Arbeitskräftepotenzials infolge der Rückführung von Migrant:innen ohne Aufenthaltstitel und des insgesamt restriktiveren Zugangs zum Arbeitsmarkt. Am härtesten trifft dies arbeitsintensive Produktionsbereiche (z. B. die Landwirtschaft) und die Dienstleistungen. Alles in allem wird die Wirtschaft der USA im Zeitraum 2026/2031 um durchschnittlich rund 2½% p. a. expandieren (Ø 2021/2025 +3,3% p. a.).

Übersicht 1: **Internationale Konjunktur**

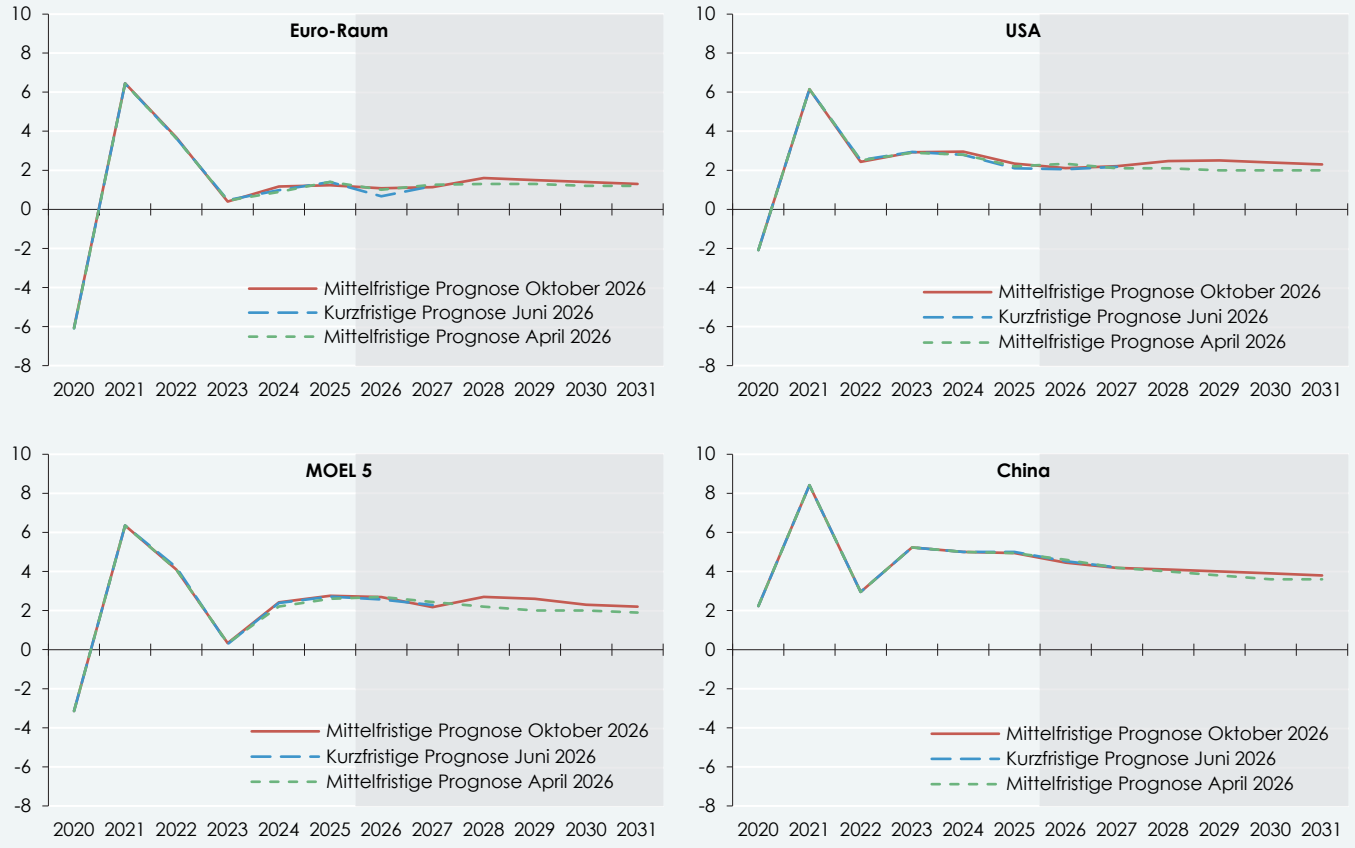
		Ø 2010/2019	Ø 2021/2025	Ø 2026/2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
		BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Euro-Raum		+ 1,4	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3
MOEL 5[1])		+ 3,2	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2
USA		+ 2,4	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3
Schweiz		+ 1,9	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7
China		+ 7,7	+ 5,3	+ 4,1	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,8
Insgesamt, exportgewichtet[2])		+ 2,1	+ 2,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7
Annahmen zur Prognose											
Rohölpreis, Brent	$ je Barrel	80	80	78	68	94	85	76	73	71	70
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	–	59	39	37	58	62	37	29	26	25
Strompreis Österreich											
Base	€ je MWh	–	130	108	99	140	140	105	95	87	82
Peak	€ je MWh	–	134	112	92	138	148	113	101	94	78
Wechselkurs	$ je €	1,23	1,11	1,16	1,13	1,16	1,17	1,18	1,16	1,14	1,14
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	1,8	3,0	2,2	2,5	3,3	3,4	3,3	2,8	2,8
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	1,6	4,0	2,6	3,2	4,3	4,2	4,1	4,0	4,0

Q: WIFO-Berechnungen. – [1]) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – [2]) Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

[4]) Für die Jahre 2026/27 wurden die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft von Glocker & Ederer (2026, in diesem Heft) übernommen. Für die Periode 2028 bis 2031 basieren sie auf einer durch das WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 21. 9. 2026.

Abbildung 4: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in vier wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen, Oxford Economics. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

2. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

2.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Die Prognose der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Österreich bis 2031 baut auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose für 2026/27 auf (Glocker & Ederer, 2026) und stützt sich auf die Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur österreichischen Fiskalpolitik (Kapitel 2.5). Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme[5]).

Das **real verfügbare Haushaltseinkommen** dürfte **2026/27** aufgrund der durch den Iran-Krieg erneut angefachten Inflation **um ¼% p. a. schrumpfen.** Ein **Rückgang** der im langjährigen Vergleich (Ø 2010/2019: 8,0%) hohen **Sparquote** der privaten Haushalte von fast 10% 2025 auf 7,6% im Jahr 2031 ermöglicht dennoch eine Ausweitung des **privaten Konsums** um **¾%** pro Jahr (Übersichten 2 und 3, Abbildungen 5 und 6). Gestützt wird der Rückgang der Sparquote durch das hohe Sparvolumen der Vorjahre und einen anhaltenden Abbau der Arbeitslosigkeit (siehe Kapitel 2.3).

Auf die dreijährige Konjunkturschwäche (Ø 2023/2025 –0,1% p. a.) folgt eine zaghafte Erholung; das mittelfristige Wirtschaftswachstum beträgt voraussichtlich 1,2% p. a.

Die **Warenexporte** hängen von der internationalen Konjunktur ab. Für die Jahre 2026/2031 unterstellt das WIFO für die wichtigsten Zielregionen ein durchschnittliches Marktwachstum von 1¾% p. a. (siehe Kapitel 1). Die Exporte (i. w. S.) nehmen folglich jährlich um voraussichtlich 2,1% zu (Ø 2021/2025 +3,5% p. a.; Übersicht 3). Die **Importe** i. w. S., die von der Inlandskonjunktur, den Exporten sowie der Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern abhängen,

Gestützt vom Rückgang der Sparquote zieht der private Konsum nach der rezessionsbedingten Schwächephase wieder etwas an und wächst über den Prognosehorizont um durchschnittlich ¾% p. a.

[5]) Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint), und zweitens, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan als auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

dürften 2026/2031 um 1,9% p. a. ausgeweitet werden. Der Überschuss im **Außenbeitrag** gemäß ESVG verringert sich damit leicht von 2,4% (2025) auf 2,1% des nominellen BIP (2031).

Übersicht 2: **Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
					Veränderung in % p. a.					
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Nominell	+ 3,3	+ 6,4	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,3	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0
Lohn- und Gehaltssumme[1])	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,0	+ 3,8	+ 2,1	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,6
Pro Kopf, real[2])	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1	– 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR[3])	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,4	± 0,0	– 0,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte[4])	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
					In %					
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen[5])	5,6	5,4	5,4	5,7	6,0	5,7	5,5	5,3	5,1	4,9
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,7	7,4	7,6	7,3	6,9	6,5	6,2	5,8
					In % des BIP					
Außenbeitrag	3,2	1,3	2,0	2,4	2,1	1,9	2,0	2,1	2,1	2,1
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	– 1,5	– 4,1	– 4,1	– 4,1	– 4,0	– 3,8	– 4,2	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission[6])	– 1,5	– 3,9	– 3,8	– 3,4	– 3,3	– 3,3	– 3,9	– 3,8	– 4,1	– 4,2
WIFO-Methode[7])	– 1,5	– 3,9	– 3,8	– 3,5	– 3,4	– 3,4	– 4,0	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission[6])	– 1,1	– 3,9	– 3,8	– 3,4	– 3,3	– 3,3	– 3,9	– 3,8	– 4,1	– 4,2
WIFO-Methode[7])	– 1,2	– 4,0	– 3,8	– 3,5	– 3,4	– 3,4	– 4,0	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Staatsschuld	81,1	79,5	85,7	80,7	82,3	83,5	85,2	86,2	87,6	89,1
					In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte	8,0	10,1	8,1	9,7	8,4	8,2	8,2	8,1	7,9	7,6
					Veränderung in % p. a.					
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission[6])	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
WIFO-Methode[7])	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
					In % des Trendoutputs					
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission[6])	– 0,1	– 0,4	– 0,5	– 1,2	– 1,2	– 0,9	– 0,6	– 0,3	± 0,0	± 0,0
WIFO-Methode[7])	± 0,0	– 0,2	– 0,4	– 1,1	– 1,1	– 0,8	– 0,4	– 0,1	+ 0,1	+ 0,1
					Veränderung in % p. a.					
Armutsgefährdungsquote[8]) in %	14,1	15,1	15,4	15,8	15,7	15,8	15,5	15,5	15,1	14,8
Einkommensquintilsverhältnis[8]), Verhältniszahl	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2
Treibhausgasemissionen[9])	± 0,0	– 2,2	– 2,7	+ 0,7	– 0,7	– 3,1	– 3,4	– 3,6	– 3,5	– 1,8
Mio. t CO_2-Äquivalent	81,0	70,8	61,4	67,1	66,6	64,5	62,3	60,1	57,9	56,9

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – [2]) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – [3]) Beschäftigungsverhältnisse. – [4]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – [5]) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – [6]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026. – [7]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. – [8]) Laut Eurostat-Definition (siehe Glossar zur WIFO-Konjunkturberichterstattung), dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet, ab 2025 Prognose. – [9]) 2025: Schätzung des Umweltbundesamtes, ab 2026: WIFO-Prognose.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) legten in den Rezessionsjahren 2023/24 im Durchschnitt um gut 2,0% p. a. zu. Trotz der Erholung der Gesamtwirtschaft und der für eine emissionsärmere Produktionsweise notwendigen Steigerung der Investitionen bleiben die Produktionserwartungen angesichts der geopolitischen Unsicherheit und der im EU-Vergleich nach wie vor höheren Strom- und Erdgas-

preise[6]) gedämpft. Österreichs Industrie wird daher für eine Erholungsphase nach einer mehrjährigen Rezession weiter zurückhaltend investieren: der Investitionszuwachs wird im Prognosezeitraum 2,1% p. a. betragen.

Übersicht 3: **Komponenten der realen Nachfrage**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben	+ 0,8	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,7
Private Haushalte[1])	+ 0,9	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7
Staat	+ 0,7	+ 2,7	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5
Ausrüstungen[2])	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 4,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
Bauten	+ 1,1	– 2,8	+ 0,8	– 2,9	– 0,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Exporte	+ 4,4	+ 3,5	+ 2,1	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,9
Importe	+ 4,2	+ 3,4	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2]) Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die Rezession in der Bauwirtschaft, die im 2. Halbjahr 2020 eingesetzt hatte, ließ die **Bauinvestitionen** bis 2026 (mit Ausnahme des Jahres 2021) durchgängig schrumpfen (Ø 2021/2025 –2,8% p. a.). Der Rückgang konzentrierte sich vor allem auf den Wohnbau: durch die hohe Teuerung sanken die real verfügbaren Haushaltseinkommen und der Realwert der Ersparnisse, während die deutlich höheren Baupreise, die verschärften Kreditvergaberegeln und die gestiegenen Kreditzinssätze die Finanzierung von Wohnraum erschwerten und somit die Wohnbaunachfrage drückten. Der Anstieg der langfristigen Zinssätze wird die Bauinvestitionen in den kommenden Jahren weiterhin dämpfen. Andererseits sind angesichts der schwachen Bautätigkeit der vergangenen Jahre Nachholeffekte zu erwarten, welche die Baunachfrage mittelfristig stützen (2026/2031 +¾% p. a.).

2.2 Trendoutput und Outputlücke

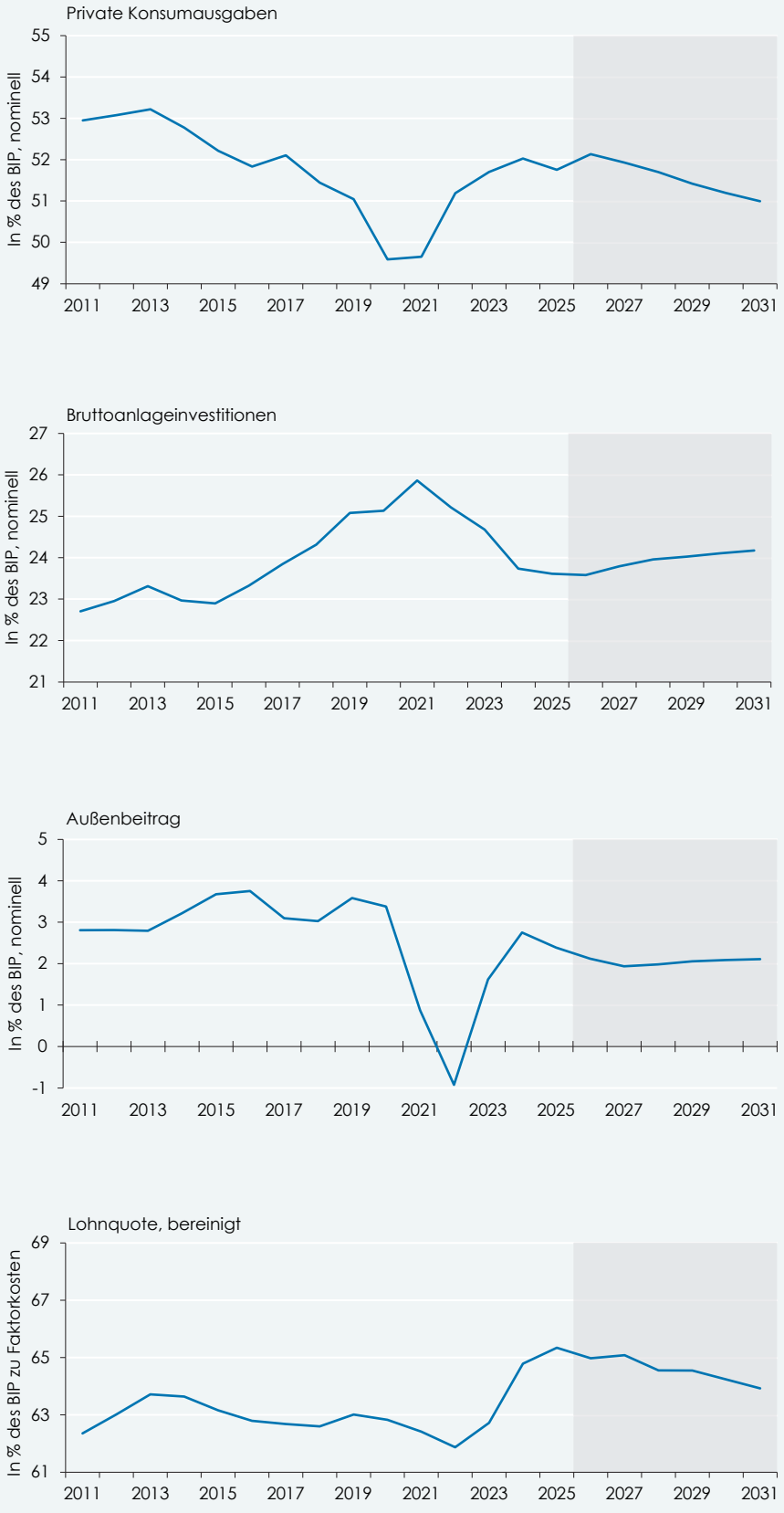
Der **Trendoutput** bildet das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft bei stabiler Inflation und nachhaltiger Auslastung der Produktionsfaktoren ab. Er wird wesentlich durch die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung, die Kapitalakkumulation und das Produktivitätswachstum bestimmt. Eine zentrale Bestimmungsgröße ist die Gesamtfaktorproduktivität (TFP), die jenen Teil des Produktionswachstums erfasst, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital allein nicht erklärt werden kann (Abbildung 7). Der Trend des Arbeitsvolumens ergibt sich aus der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, ihrer Beteiligung am Erwerbsleben, der durchschnittlichen Arbeitszeit und der strukturellen Arbeitslosenquote (NAWRU – Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment). Die NAWRU entspricht jener Arbeitslosenquote, bei der die Lohninflation stabil bleibt. Ihre Höhe wird insbesondere durch strukturelle und institutionelle Merkmale des Arbeitsmarktes beeinflusst.

Da das Produktionspotenzial nicht direkt messbar ist, wird es ökonometrisch geschätzt. Die Europäische Kommission verwendet hierfür einen Produktionsfunktionsansatz, bei dem Arbeitsvolumen und TFP um Konjunkturschwankungen bereinigt werden. Die WIFO-Berechnungen folgen diesem Ansatz und beruhen auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für den Zeitraum von 1976 bis 2025. Für die Jahre 2026 und 2027 werden die entsprechenden WIFO-Prognosen herangezogen.

Die **Outputlücke** misst die prozentuale Abweichung des tatsächlichen BIP vom Trendoutput und dient als Indikator der Konjunkturlage und der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung. Eine Unterauslastung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit führt zu einer negativen Outputlücke und deutet auf eine schwache Konjunktur sowie einen tendenziell sinkenden Inflationsdruck hin. Eine Überauslastung der Produktionsfaktoren resultiert hingegen in einer positiven Outputlücke und signalisiert verstärkten Inflationsdruck.

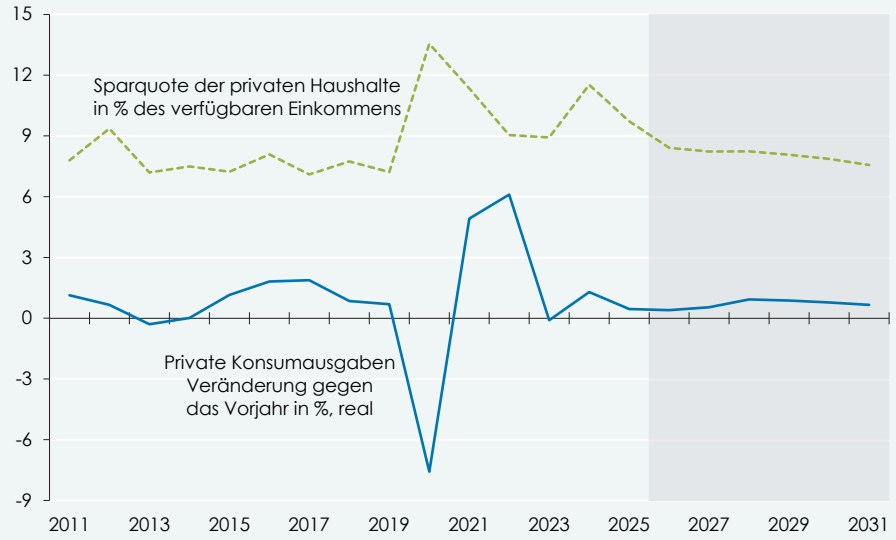
[6]) Siehe die europäische Energiepreisstatistik von Eurostat für Unternehmen (Nichthaushaltskund:innen, 1. Halbjahr 2007 bis 1. Halbjahr 2026): Für Strom siehe https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_205/default/table?lang=de, für Erdgas https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_203/default/table?lang=de.

Abbildung 5: **Nachfrage und Einkommen**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: **Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Für den Zeitraum 2026/2031 ermittelt das WIFO nach der Methode der Europäischen Kommission ein durchschnittliches Trendwachstum von 1,0% p. a. Die Outputlücke ist seit dem Jahr 2024 negativ, ein Ausdruck der langanhaltenden Unterauslastung der Gesamtwirtschaft. Entsprechend der technischen Annahme der Europäischen Kommission wird sich diese Lücke bis 2031 schließen. Die mittelfristige Prognose des WIFO vom April 2026 ging für die Jahre 2026/2031 noch von einem Trendwachstum von 0,9% p. a. aus (Baumgartner et al., 2026). Die Schätzung der Europäische Kommission vom Mai 2026 war mit +0,7% p. a. deutlich pessimistischer (Europäische Kommission, 2026; Abbildung 7)[7]).

Übersicht 4 schlüsselt die Beiträge von TFP, Arbeit und Kapital zum Trendwachstum gemäß der aktuellen WIFO-Schätzung (nach der Methode der Europäischen Kommission) bzw. der Schätzung der Europäischen Kommission vom Mai 2026 auf. Das nach der Kommissionsmethode ermittelte Trendwachstum von 1,0% p. a. (2026/2031) wird durch Wachstumsbeiträge des Faktors Arbeit (0,1 Prozentpunkte), des Kapitals (0,4 Prozentpunkte) sowie der TFP (0,5 Prozentpunkte) getragen. Die Aufwärtsrevision des Trendwachstums gegenüber April geht auf ein höheres Produktivitätswachstum zurück.

Die WIFO-Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt ausgehend von –1,2% (2026) eine Schließung der Outputlücke bis Ende 2031 (Abbildung 8). In einer alternativen Schätzung leitet das WIFO die Entwicklung der Outputlücke aus dem prognostizierten BIP-Verlauf und dem geschätzten Trendoutput ab. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Havik et al., 2024; Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung gemäß **WIFO-Methode** ergibt ein durchschnittliches **Trendwachstum von 1,0% p. a.** (2026/2031). Die Outputlücke dreht ausgehend von –1,1% (2026) bis zum Ende des Prognosezeitraums ins Positive (2031 +0,1%).

Das WIFO erwartet für den Prognosezeitraum 2026/2031 gemäß eigener Methode ein durchschnittliches Trendwachstum von 1,0% pro Jahr. Die Outputlücke dreht von –1,1% im Jahr 2026 bis Ende 2031 ins Positive (+0,1%).

[7]) Die zugrundeliegenden Wirtschaftsdaten haben sich seit der Schätzung der Europäischen Kommission vom Mai 2026 durch die Revision der jährlichen und quartalsweisen VGR für die Jahre 2022 bis 2025 merklich geändert. Mit der Aufwärtsrevision des BIP hat sich auch das durchschnittliche jährliche Trendwachstum erhöht.

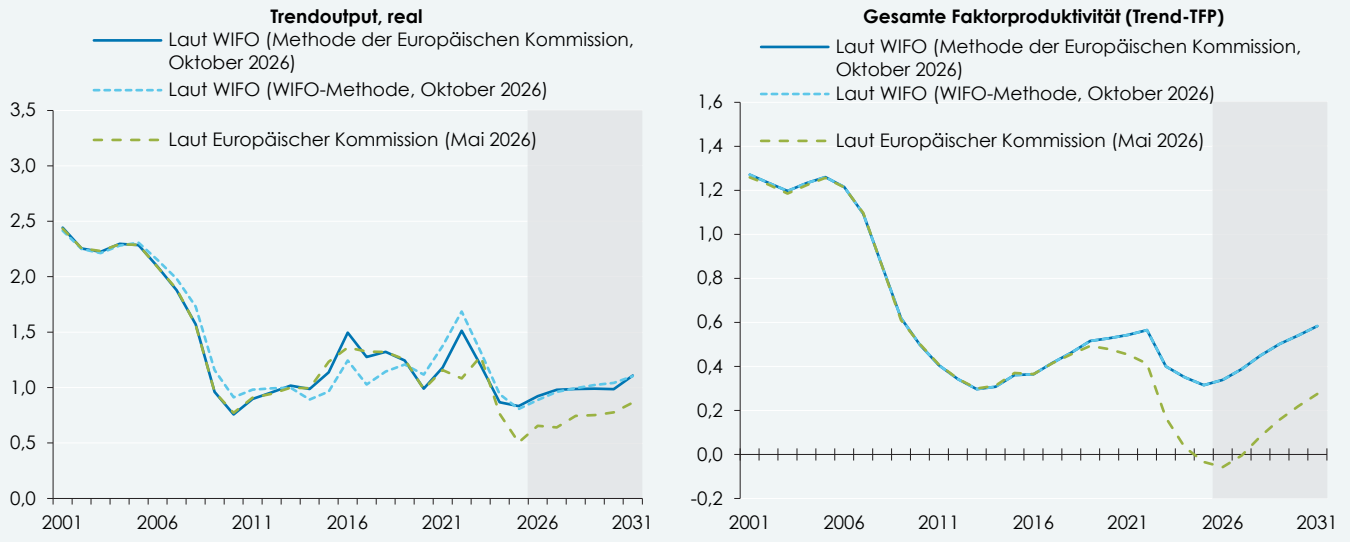
Übersicht 4: **Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs**

		Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Methode der Europäischen Kommission[1])											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	− 0,1	− 0,4	− 0,5	− 1,2	− 1,2	− 0,9	− 0,6	− 0,3	± 0,0	± 0,0
WIFO-Methode[2])											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	± 0,0	− 0,2	− 0,4	− 1,1	− 1,1	− 0,8	− 0,4	− 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2026)											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	− 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	− 0,1	− 0,3	− 0,5	− 1,1	− 1,2	− 0,9	− 0,6	− 0,3	± 0,0	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026. – [2]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 7: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

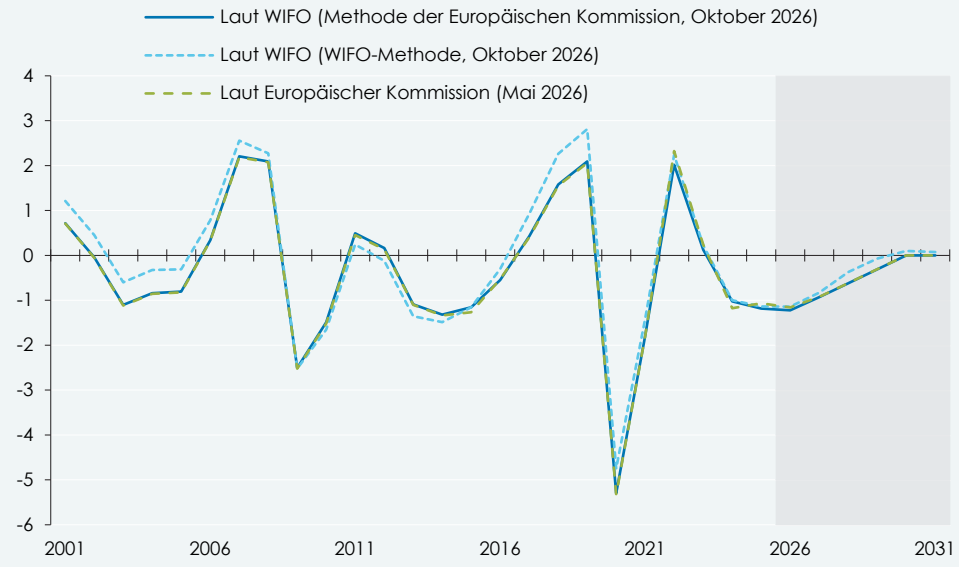
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026.

Abbildung 8: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026.

2.3 Arbeitsmarkt

Aufgrund der Rezession **schrumpfte** die unselbständige **Beschäftigung** im **privaten Sektor** in den Jahren **2024/2026** kumuliert um **1,2%** (laut VGR). Allerdings hielt der **Beschäftigungszuwachs** im **öffentlichen Sektor** (**+1,5% p. a.**; kumuliert +4,6%) die Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse (laut VGR rund 4,245 Mio.) und das Arbeitsvolumen auf dem Niveau von 2023. Mit der leichten Konjunkturbelebung ergibt sich 2026/2031 ein Zuwachs von ½% p. a. (Übersicht 5). Der demografische Wandel verschärft im Prognosezeitraum den Fachkräftemangel. Die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) schrumpft mittelfristig um durchschnittlich 0,3% p. a., wodurch sich das Wachstum des **Arbeitskräfteangebotes** von 0,6% (2025) auf 0,1% (2031) abschwächen wird. Die leichte Ausweitung trotz der ungünstigen demografischen Entwicklung liegt an der Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren. Sie folgt u. a. aus der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen seit 2024 und der Erhöhung des Antrittsalters für die Korridorpension von 62 auf 63 Jahre.

Zusätzlich unterstellt das WIFO einen anhaltenden Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Getragen wird er u. a. durch Einpendler:innen aus den Nachbarländern und Vertriebene aus der Ukraine, die zunehmend in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen anhalten bzw. sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern[8]). Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2031 auf rund 30% ansteigen (2010: 13,8%).

Da geburtenstarke Jahrgänge ins Pensionsalter vorrücken und jüngere Kohorten schwächer besetzt sind, werden die Abgänge aus der Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath et al., 2022, 2025). Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung wird sich in vielen Branchen auch der qualitative Mismatch verschärfen: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (Lehrabschluss und betrieblicher Weiterbildung; Handwerk) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden Arbeitskräfte deutlich öfter über höhere Ausbildungsabschlüsse. Insbesondere im Handwerk und im Handel dürfte es damit zunehmend schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu finden (Horvath et al., 2024). Der seit Mitte der 1970er-Jahre beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen wurde durch die COVID-19-Krise massiv beschleunigt, verlief danach aber deutlich langsamer als vor der Krise. Sollte er sich erneut beschleunigen, würde dies das Arbeits-

Die Arbeitslosenquote dürfte nach der Schwächephase der letzten Jahre bis 2031 auf 5,8% zurückgehen (2026: 7,6%).

[8]) Der Iran-Krieg und die damit einhergehende Instabilität im Nahen und Mittleren Osten bergen das Potenzial für erneute Flüchtlingsströme nach Europa. Daraus könnten sich zum einen weitere Probleme bei der Integration ergeben, zum anderen aber auch Chancen, das Arbeitsangebot zu erhöhen.

angebot zusätzlich schmälern und die Arbeitskräfteknappheit noch weiter vergrößern (Statistik Austria, 2026).

Die mittelfristige Verknappung des Arbeitskräfteangebotes dämpft einerseits das Trendwachstum und erzeugt andererseits Druck zur Mobilisierung bislang ungenutzter Arbeitskräftereserven. Mit geeigneten (Re-)Qualifizierungsmaßnahmen durch Unternehmen und die öffentliche Hand (AMS) könnten arbeitslose Personen verstärkt in den Arbeitsmarkt (re-)integriert werden. Unter der Annahme, dass dies gelingt, wird die **Arbeitslosenquote** von 7,6% im Jahr 2026 bis 2031 auf 5,8% zurückgehen.

Übersicht 5: **Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
					In %					
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen[1])	5,6	5,4	5,4	5,7	6,0	5,7	5,5	5,3	5,1	4,9
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,7	7,4	7,6	7,3	6,9	6,5	6,2	5,8
					Veränderung in % p. a.					
Unselbständig Beschäftigte laut VGR[2])	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,4	± 0,0	– 0,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte[3])	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
Selbständige[4])	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
Arbeitslose	+ 1,5	– 5,0	– 3,7	+ 6,6	+ 2,5	– 2,8	– 5,1	– 5,3	– 5,1	– 6,0
Produktivität[5])	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Lohn- und Gehaltssumme[6])	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,0	+ 3,8	+ 2,1	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,6
Pro Kopf, real[7])	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1	– 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,7	+ 4,3	+ 1,8	+ 3,2	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,3	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – [2]) Beschäftigungsverhältnisse. – [3]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – [4]) Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – [5]) BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – [6]) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – [7]) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

2.4 Inflation und Löhne

Die Inflationsrate erreicht erst im Jahr 2029 nachhaltig den Zielwert von 2% und dürfte bis 2031 nahe daran verharren.

Im Jänner und Februar 2026 war die Inflationsrate in Österreich auf durchschnittlich 2,1% gesunken (laut Verbraucherpreisindex, IV. Quartal 2025 +3,9%). Vor Ausbruch des Iran-Krieges Ende Februar 2026 und dem folgenden Energiepreisanstieg lag die WIFO-Schätzung für die Jahresinflationsrate 2026 daher noch bei rund 2% (siehe Selektiv, 2026). Der mittlerweile seit einem Dreivierteljahr andauernde Krieg am Persischen Golf und die Sperre der Straße von Hormus trieben die internationalen Rohöl- und Erdgaspreise nach oben. Das WIFO hat seine Inflationsprognose für das laufende Jahr daher auf 3,3% angehoben. Der Zielwert der EZB von 2% dürfte nun erst in der zweiten Jahreshälfte 2029 erreicht werden (Ø 2026/2031: 2,4% p. a.; Übersicht 5).

Im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raumes wird die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2026 etwas geringer ausfallen. Dafür sind zum einen die inflationsdämpfenden Maßnahmen, der Bundesregierung verantwortlich, welche den Preisauftrieb um etwa 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte verringern. Zum anderen werden sich die internationalen Energiepreisschocks angesichts der in Österreich üblichen Fixverträge bei Strom und Erdgas erst merklich verzögert auf die Arbeitspreise der privaten Haushalte und der Klein- und Mittelbetriebe auswirken, beginnend ab September 2026 und verstärkt im I. Quartal 2027. 2027 und 2028 dürfte die Inflationsrate dann allerdings höher ausfallen als im Durchschnitt der Euro-Länder, da die verzögerte Preisüberwälzung die Inflationsbeiträge der Bereiche Gas und Strom erhöht. Zudem werden Maßnahmen entweder nicht länger dämpfend auf die Inflationsrate wirken – so wird etwa der Basiseffekt der Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ab Juli 2027 entfallen – oder überhaupt zurückgenommen, womit sich ihre Wirkung auf die Inflation 2027 umkehrt (Energieabgabe, Ökostromförderbeiträge ab Jänner 2027).

In Österreich ist der Preisauftrieb bei Dienstleistungen ausgeprägter als in anderen Euro-Ländern. Da Dienstleistungen in den meisten Fällen arbeitsintensiv sind, spiegelt dies zunächst die Arbeitskostendynamik wider. Es bestehen aber auch länderspezifische Unterschiede in der Gewichtungsstruktur des (H)VPI-Warenkorbs, wobei in Österreich insbesondere dem Teilbereich Beherbergung und Gastronomie ein höheres Gewicht zukommt. Daneben ist auch der Einfluss der

Indexierung, z. B. von Mieten oder Mobilfunkverträgen, in Österreich höher. Zusammengenommen tragen die drei angeführten Faktoren zu einer in Österreich ausgeprägteren Inflationspersistenz, vor allem bei Dienstleistungen, bei (Moser et al., 2025). Darüber hinaus trägt im Jahr 2026 der Anstieg der administrierten Preise, z. B. der Tarife und Gebühren im öffentlichen Personennahverkehr, der Parkgebühren (im Besonderen in Wien), des Preises für das Klimaticket und Bahnfahrten, oder der Kosten für die Wasserver- und -entsorgung und die Müllabfuhr, 0,4 Prozentpunkte zur Gesamtinflation bei. Aufgrund der Sparvorgaben dürften die Gebietskörperschaften ihre Spielräume bei der Gestaltung der Tarife und Gebühren auch 2027/28 größtmöglich ausreizen.

In Österreich liegt den zeitlich gestaffelten Tarifverhandlungen (Bittschi, 2023) üblicherweise die Inflationsrate der letzten 12 Monate (rollierende Inflation) zugrunde. Infolge etwas schwächerer nomineller Lohnsteigerungen als in den beiden Vorjahren dürften die arbeitsintensiven touristischen Dienstleistungen 2027 weniger zur Teuerung beitragen als noch in den Vorjahren.

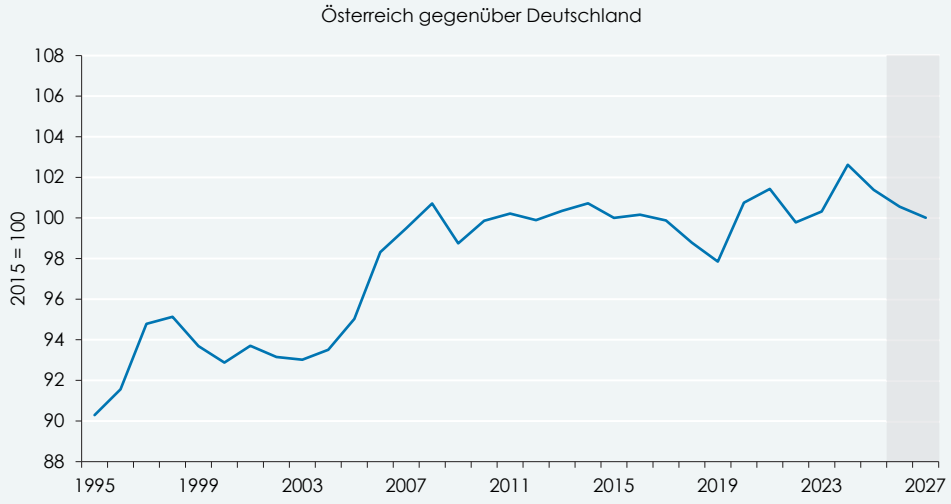
Für die Jahre 2026 bis 2031 erwartet das WIFO einen Anstieg der **Produzentenreallöhne pro Stunde** von ¼% pro Jahr, womit rund vier Zehntel des Produktivitätsanstiegs auf den Faktor Arbeit entfallen werden. Der langfristige Strukturwandel, der einen Beschäftigungsabfluss aus der güterproduzierenden Industrie (mit höherem durchschnittlichem Lohnniveau) zu den Dienstleistungen mit sich bringt, dämpft den durchschnittlichen Lohnzuwachs.

Die Lohnsteigerungen in den Jahren 2023/24 haben die **Lohnstückkosten** (2023/24 +8¼% p. a.) in Österreich markant und nachhaltig erhöht, wodurch sich die **relative Lohnstückkostenposition** gegenüber den europäischen Handelspartnern deutlich verschlechtert hat. Im Jahr 2025 stabilisierten sich die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung und die relative Position gegenüber den EU-Handelspartnern verbesserte sich wieder (Bittschi & Meyer, 2026).

Für 2026 (–0,9%) und 2027 (+0,3%) dürfte es aufgrund der Lohnzurückhaltung (z. B. zweijähriger Abschluss der Metallindustrie und -gewerbe und dreijähriger Abschluss im öffentlichen Dienst; beide liegen im Durchschnitt der Jahre unter der Inflationsrate) zu Verlusten bzw. nur mäßigen Zuwächsen der **Konsumentenreallöhne** pro Kopf kommen. Dies dürfte, zumindest gegenüber Deutschland, die relative Lohnstückkostenposition (insgesamt) verbessern, und in der exportorientierten Industrie den in den Vorjahren aufgebauten Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit wieder etwas verringern (Abbildung 9)[9]. Für 2028 (+0,6%; getragen vom privaten Sektor) und 2029 (+0,5%; getragen vom öffentlichen Sektor) erwartet das WIFO als Gegenbewegung zur Lohnzurückhaltung im Zeitraum 2026/2028 wieder höhere Reallohnzuwächse je Erwerbstätigen.

Die Bruttoreallöhne pro Kopf werden nach einem Rückgang 2026 bis zum Ende der Prognoseperiode um 0,2% p. a. steigen.

Abbildung 9: **Entwicklung der relativen Lohnstückkosten**



Q: Statistik Austria, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026), WIFO-Berechnungen.

[9]) Diese Einschätzung fußt auf einem Vergleich der Lohnstückkosten auf der Basis der vorliegenden WIFO-Prognose und der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026) für Deutschland. Für einen Vergleich mit einer größeren Ländergruppe wären die Länderprognosen der Europäischen Kommission oder der OECD geeignete Quellen, diese werden aber erst nach der Fertigstellung dieses Beitrags veröffentlicht.

2.5 Öffentlicher Sektor

Das gesamtstaatliche Defizit liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 4,1% des nominellen BIP deutlich über den EU-Vorgaben. Die Staatsschuldenquote dürfte von 80¾% (2025) bis 2031 auf 89% des BIP steigen.

Die Bestrebungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte werden im Prognosezeitraum weitergeführt, eine deutliche Verbesserung der gesamtstaatlichen Budgetposition ist jedoch nicht zu erwarten. Die im Vorjahr eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen im Doppelbudget 2025/26 des Bundes wurden mit dem Doppelbudget 2027/28 fortgesetzt und ergänzt. Auch Länder und Gemeinden sind im Rahmen des österreichischen Stabilitätspaktes 2025 zu einer stärkeren Budgetdisziplin verpflichtet. Die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen dämpfen zwar die Ausgabendynamik, allerdings erschweren die schwache Konjunktur, ausgabensteigernde demografische Entwicklungen und insbesondere die zunehmende Zinsbelastung die Budgetsanierung.

Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit sinkt von 4,1% des BIP im Jahr 2025 auf 4,0% im Jahr 2026 und 3,8% im Jahr 2027. 2028 verschlechtert sich der Finanzierungssaldo aufgrund eines buchungstechnischen Sondereffektes vorübergehend auf –4,2% des BIP[10]). Für 2030 und 2031 erwartet das WIFO dann wieder Defizite von 4,1% bzw. 4,2% des BIP. Der Maastricht-Schwellenwert von –3% wird somit im gesamten Prognosezeitraum verfehlt. Die bereits beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen reichen damit nicht aus, um das Defizit dauerhaft zu reduzieren. Insbesondere ab 2028 belasten neben der nachlassenden Einnahmendynamik die stark wachsenden Zinsausgaben zunehmend den Finanzierungssaldo.

Die gesamtstaatliche Schuldenquote steigt von 80,7% des BIP im Jahr 2025 auf 83,5% im Jahr 2027 und erreicht 2031 89,1%. Damit setzt sich der Anstieg der vergangenen Jahre fort. Die anhaltend hohe Neuverschuldung und das im Verhältnis zur Schuldenentwicklung schwache nominelle Wirtschaftswachstum verhindern einen Rückgang oder wenigstens die Stabilisierung der Schuldenquote. Die zunehmende Verschuldung verengt zugleich den fiskalpolitischen Handlungsspielraum, da ein wachsender Anteil der öffentlichen Mittel für den Schuldendienst aufgewendet werden muss.

Die Wirkungen der 2025 eingeleiteten Konsolidierungsprogramme zeigen sich insbesondere in der Entwicklung der Primärausgaben. Die Primärausgabenquote – die Staatsausgaben ohne Zinszahlungen in Relation zum nominellen BIP – sinkt von 53,0% im Jahr 2025 auf 51,0% im Jahr 2031. Die Staatsausgabenquote insgesamt verringert sich im selben Zeitraum von 54,6% auf 53,5% des BIP. Dazu tragen Maßnahmen auf Bundesebene ebenso bei wie die Konsolidierungsanstrengungen der Länder und Gemeinden. Gedämpft wird der Anstieg der öffentlichen Ausgaben u. a. durch restriktivere Förderungen und Sachausgaben sowie durch die unter der Inflation liegenden Lohnzuwächse im öffentlichen Dienst, zurückhaltende Pensionsanpassungen und die Begrenzung der Valorisierung von Familienleistungen. Gleichzeitig wird die Ausgabendynamik in Bereichen wie Pensionen, Gesundheit und Pflege aufgrund der demografischen Entwicklung trotz gewisser Reformbemühungen hoch bleiben (Schiman-Vukan et al., 2025).

Die rückläufige Primärausgabenquote schlägt sich auch in einer Verbesserung des Primärsaldos von –2,5% des BIP im Jahr 2025 auf –1,9% im Jahr 2027 nieder. Nach einer weiteren Verbesserung liegt er 2030 und 2031 bei jeweils –1,7% des BIP. Trotz der Konsolidierungsmaßnahmen bleibt der Primärsaldo durchgehend negativ: Auch ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen reichen die laufenden Einnahmen somit nicht aus, um die Primärausgaben zu decken. Anzustreben wäre ein im Primärsaldo ausgeglichener Staatshaushalt bei geschlossener Outputlücke zum Ende des Prognosehorizontes.

Die Zinsausgaben entwickeln sich zunehmend zu einem zentralen Belastungsfaktor der öffentlichen Haushalte. Infolge der steigenden Sekundärmarktrenditen und der bereits hohen Staatsverschuldung erhöht sich die Zinsausgabenquote von 1,6% des BIP im Jahr 2025 auf 2,5% der Wirtschaftsleistung im Jahr 2031. Damit wird die durch die Konsolidierung erzielte Entlastung aufgezehrt. Wachsende Zinsausgaben begrenzen zunehmend die Möglichkeiten, zusätzliche Ausgabenbedarfe zu finanzieren oder auf konjunkturelle und strukturelle Herausforderungen sowie kurzfristige Krisen zu reagieren.

Auch die Einnahmenentwicklung erschwert eine nachhaltige Verbesserung der Budgetposition. Die Staatseinnahmenquote sinkt von 50,4% des BIP im Jahr 2025 auf 49,4% im Jahr 2031. Neben der verhaltenen Konjunktur tragen dazu mehrere fiskalpolitische Maßnahmen bei, die erst nach der Verabschiedung des Doppelbudgets 2027/28 beschlossen wurden. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel dämpft die Verbrauchsteuereinnahmen. Dürrehilfen für die Landwirtschaft belasten das Budget 2026 insbesondere durch geringere Sozialversicherungsbeiträge der Bäuer:innen, wobei die Gegenfinanzierung ab 2027 noch offen ist. Ab 2027 vermindert das Programm zur Attraktivierung des Arbeitens im Alter die Einnahmen aus Lohnsteuer, Einkommensteuer und Sozialbeiträgen. Die Senkung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenaus-

[10]) Die Umstellung von der nationalen CO_2-Abgabe auf das EU-Emissionshandelssystem 2 (EU-ETS 2) wirkt sich 2028 vorübergehend negativ auf das Maastricht-Defizit aus, da die ESVG-mäßige Erfassung der Erträge aus dem Zertifikatverkauf erst bei der Nutzung für realisierte Emissionen im Folgejahr, und damit um ein Jahr verzögert, erfolgt.

gleichsfonds ab 2028 belastet die Einnahmenseite zusätzlich. Die buchungstechnischen Einnahmen aus der Umstellung der nationalen CO_2-Bepreisung auf das europäische Emissionshandelssystem ab 2028 schlagen sich erst ab 2029 nieder. Diese Faktoren begrenzen das Einnahmenwachstum, obwohl einzelne steuerpolitische Maßnahmen, etwa die Einführung eines progressiven Körperschaftsteuertarifs oder einer Paketsteuer, gegenfinanzierend wirken.

Wie die Entwicklung des strukturellen Budgetsaldos zeigt, haben die bisherigen Konsolidierungsanstrengungen noch keine nachhaltige Verbesserung der Haushaltslage bewirkt. Nach der Berechnungsmethode des WIFO liegt der strukturelle Saldo 2025 bei –3,5%, 2026 und 2027 bei jeweils –3,4% und verschlechtert sich bis 2031 auf –4,2% des BIP. Die strukturellen Salden bleiben deutlich negativ und weisen im gesamten Prognosezeitraum auf einen anhaltenden zusätzlichen Konsolidierungsbedarf hin. Auch nach Bereinigung um konjunkturelle Einflüsse ist somit keine nachhaltige Annäherung an einen ausgeglichenen Haushalt erkennbar.

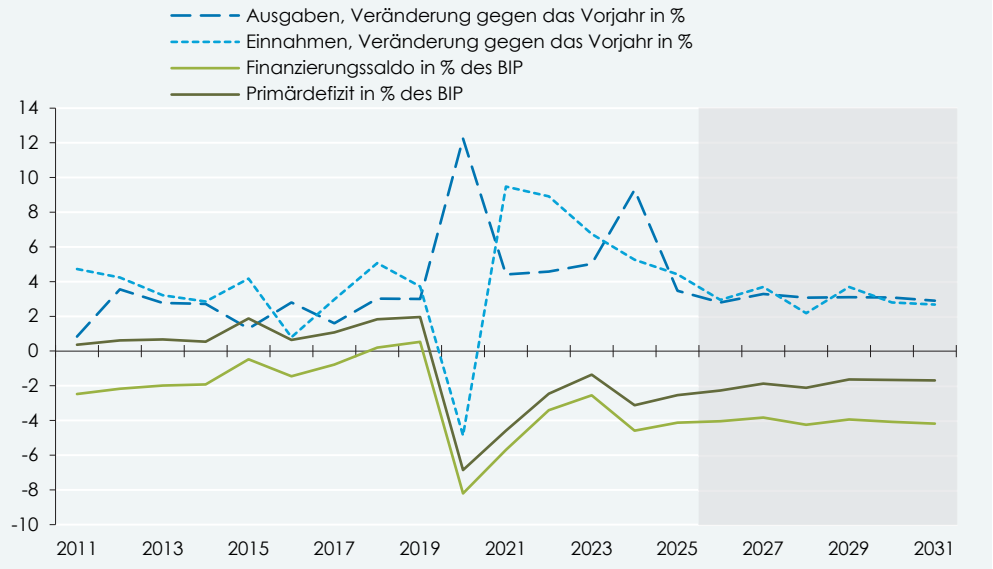
Übersicht 6: **Staat**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
					Veränderung in % p. a.					
Laufende Einnahmen	+ 3,4	+ 6,9	+ 3,0	+ 4,4	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,8	+ 2,7
Laufende Ausgaben	+ 2,2	+ 5,3	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 6,4	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1
					In % des BIP					
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	– 1,5	– 4,1	– 4,1	– 4,1	– 4,0	– 3,8	– 4,2	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission[1])	– 1,5	– 3,9	– 3,8	– 3,4	– 3,3	– 3,3	– 3,9	– 3,8	– 4,1	– 4,2
WIFO-Methode[2])	– 1,5	– 3,9	– 3,8	– 3,5	– 3,4	– 3,4	– 4,0	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission[1])	– 1,1	– 3,9	– 3,8	– 3,4	– 3,3	– 3,3	– 3,9	– 3,8	– 4,1	– 4,2
WIFO-Methode[2])	– 1,2	– 4,0	– 3,8	– 3,5	– 3,4	– 3,4	– 4,0	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Staatsschuld	81,1	79,5	85,7	80,7	82,3	83,5	85,2	86,2	87,6	89,1

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026. – [2]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 10: **Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates**

Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

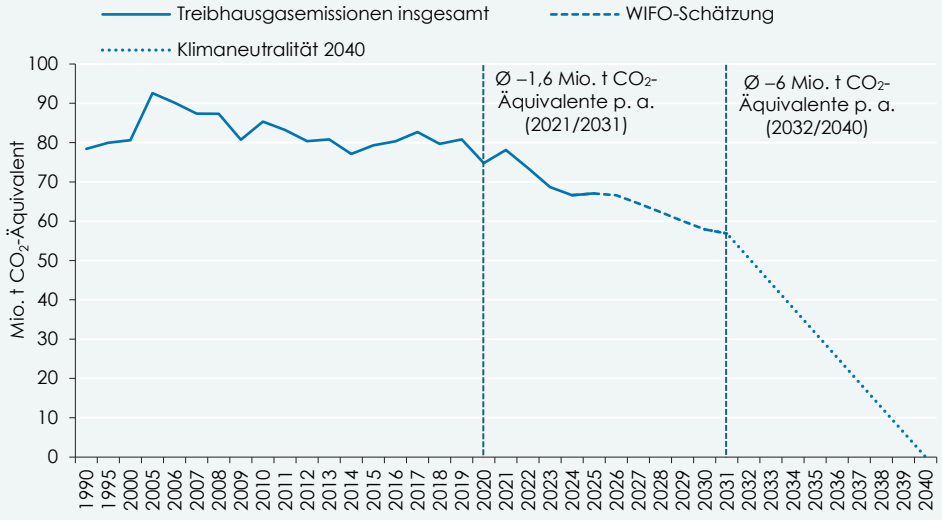
Insgesamt zeigt die budgetäre Vorausschau ein Spannungsfeld zwischen sinkenden Primärausgabenquoten, steigenden Zinsausgaben und einer gleichzeitig rückläufigen Einnahmenquote. Die Konsolidierungsmaßnahmen bremsen zwar die Ausgabendynamik, doch steigende Zinsausgaben und zusätzliche Entlastungen auf der Einnahmenseite verhindern eine dauerhafte Verbesserung des Maastricht-Saldos. Österreich ist zwar kein Kandidat für einen plötzlichen Anleihemarktschock, wohl aber für eine langsam zunehmende, strukturelle Verengung des fiskalischen Spielraums. Die lange Laufzeitstruktur und starke Institutionen begrenzen das Refinanzierungsrisiko. Die demografische Alterung, steigende Gesundheits- und Pflegeausgaben, die ökologische Transformation, wachsende Zinsausgaben und höhere Verteidigungsausgaben setzen die öffentlichen Finanzen allerdings stark unter Druck. Um die EU-Fiskalvorgaben einzuhalten und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern, sind daher weitere strukturelle Anpassungen erforderlich. Diese betreffen alle staatlichen Ebenen und sollten neben einer Begrenzung der Ausgabendynamik auch die Effizienz öffentlicher Leistungen und die langfristigen Auswirkungen fiskalpolitischer Maßnahmen berücksichtigen.

2.6 Treibhausgasausstoß

Für die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen wird das am WIFO entwickelte Modell ALICE (Austrian Laboratory to Investigate Carbon Emissions) eingesetzt, mit dem seit 2022 auch die kurzfristige Treibhausgasprognose erstellt wird[11]).

2026 dürften die Treibhausgasemissionen im Vorjahresvergleich geringfügig sinken. Die Indikatoren zeigen ein heterogenes Bild: Während der Einsatz von Heizöl und Gas für die Raumwärme- und Stromerzeugung etwas abnimmt, steigt der Treibstoffabsatz leicht. Dies ist einerseits der Witterung, andererseits, vor allem bei Heizöl, Preisreaktionen geschuldet. Beim Absatz von Benzin und Diesel zeichnet sich hingegen ein Anstieg ab. Bei Diesel wäre es der erste seit 2021, was angesichts der hohen Dieselpreise auf den ersten Blick kontraintuitiv wirkt, aber auf den vermehrten Kraftstoffexport im Tank zurückzuführen sein dürfte, zumal Diesel in Deutschland und Italien wieder deutlich teurer ist als in Österreich. Insgesamt erwartet das WIFO im laufenden Jahr einen leichten Rückgang der Treibhausgasemissionen **(–0,7%)**, wobei die Prognoseunsicherheit angesichts geopolitischer Konflikte, unklarer Preisreaktionen und anderer Unwägbarkeiten (Entwicklung von "Hydrotreated Vegetable Oil (HVO)"-Beimischungen) größer geworden ist.

Abbildung 11: **Entwicklung der Treibhausgasemissionen bis 2031 und Zielpfad bis 2040**



Q: Umweltbundesamt (bis 2025), WIFO-Prognose (2026 bis 2031). Angedeuteter Pfad zur Klimaneutralität laut Regierungsprogramm.

In den **Folgejahren** dürfte sich der **Rückgang** der Emissionen wieder **beschleunigen**, besonders im Bereich der Metallherstellung, die momentan über 20% der CO_2-Emissionen verursacht. Dort zeichnet sich der mehrjährige (2027 bis 2030) Umstieg auf eine grüne Stahlproduktion mit Elektrolichtbogenöfen ab. Weitere Gründe für den verstärkten

[11]) Zum ALICE-Modell siehe https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4497366.

Emissionsrückgang sind vermehrte Neuzulassungen von Elektrofahrzeugen, ein Anstieg des Absatzes von nicht-fossilen Treibstoffen (z. B. HVO) und der eher verhaltene Konjunkturausblick, der eine gedämpfte Energienachfrage erwarten lässt.

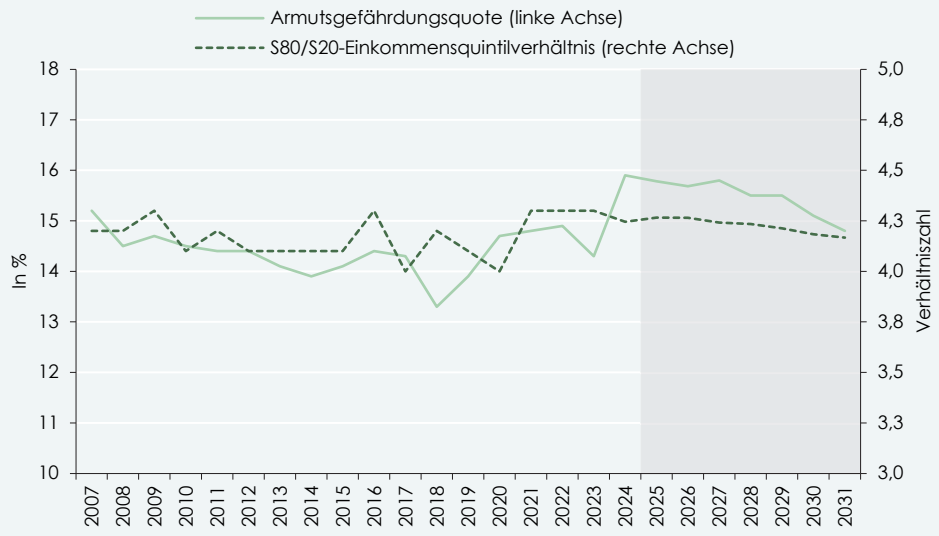
Insgesamt werden die Emissionen mit **bis zu –3,6% p. a.** merklich zurückgehen. Um den von der Bundesregierung angestrebten Pfad der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, müsste sich der Rückgang allerdings noch deutlich beschleunigen. Ausgehend vom berechneten Niveau 2031 (57 Mio. t CO_2-Äquivalente) müssten die Emissionen in den Folgejahren um über 6 Mio. t pro Jahr sinken (Abbildung 11). Insbesondere die schwer abschätzbare Entwicklung der CO_2-Zertifikatspreise in den Emissionshandelssystemen (ETS & ETS 2) sowie der Energiepreise können merklichen Einfluss auf den tatsächlichen Emissionspfad haben.

Um dem Zielpfad näher zu kommen, müssten bis zum Ende des Prognosehorizontes in zumindest vier Bereichen (Mobilität, Raum- und Prozesswärme, Landwirtschaft) stärkere Fortschritte erzielt werden als erwartet.

2.7 Entwicklung von Armutsgefährdung und Einkommensverteilung

Für 2026 prognostiziert das WIFO einen Rückgang der **Armutsgefährdungsquote** um 0,1 Prozentpunkte auf 15,7%. Das gegenüber den indexierten Pensionen und Sozialleistungen sowie den Tagsätzen der Arbeitslosenversicherung (ALV) schwächere Lohnwachstum verbessert die relative Einkommensposition der Transferbeziehenden. In den ALV-Leistungen schlagen sich die hohen Lohnabschlüsse der Vergangenheit zeitversetzt nieder. Dies wirkt einem Anstieg der Armutsgefährdungsquote aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und der Konsolidierungsmaßnahmen, etwa des Aussetzens der Valorisierung von Familienleistungen, entgegen. 2027 dürfte die Quote auf 15,8% steigen, da bestehende und weitere Konsolidierungsmaßnahmen, wie der schrittweise Entfall der Staffelung des Dienstnehmeranteils am ALV-Beitrag, schwellennahe private Haushalte belasten. Mittelfristig dürfte die Quote um rund 1 Prozentpunkt auf 14,8% im Jahr 2031 sinken. Ausschlaggebend dafür ist insbesondere der erwartete Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dieser dürfte auch maßgeblich zur Verbesserung des **S80/S20-Einkommensquintilsverhältnisses** beitragen. Für 2026/2031 wird ein Rückgang von 4,26 auf 4,17 erwartet. Auch das Wiedereinsetzen der Valorisierung der Familienleistungen trägt gegen Ende des Prognosehorizontes dazu bei.

Abbildung 12: **Verteilungsindikatoren**



Q: Eurostat, ilc_li02 und ilc_di11 (dem Einkommensjahr zugeordnet). Ab 2025: WIFO-Prognose. Die Methode ist in Baumgartner et al. (2026) skizziert und baut auf Ederer et al. (2024) auf.

3. Prognoserisiken

Beträchtliche Abwärtsrisiken bergen der **Iran-Krieg** und weiterhin der **Ukraine-Krieg.** So könnte eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit dem Iran den Nahen und Mittleren Osten destabilisieren. Länger anhaltende Lieferengpässe, höhere Transportkosten und eine deutliche Verteuerung von Rohöl und Erdgas – bis hin zu Mangellagen bei verarbeiteten Mineralölprodukten (Diesel, Kerosin), Kunstdünger und Helium – hätten

Der Iran-Krieg, der Ukraine-Krieg und Handelskonflikte im Zusammenhang mit der Zollpolitik der USA bergen weiterhin bedeutende Abwärtsrisiken.

schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. verstärkte Fluchtbewegungen, höhere Diesel- und Erdgaspreise und umfassendere EU-Sanktionen gegen Russland zur Folge haben.

Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen in den bilateralen **Handelskonflikten** zwischen den **USA**, **China** und der **EU** hätte wegen der Verzahnung der Wertschöpfungsketten ebenfalls negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

China ringt weiterhin mit einer hohen Überschuldung von Unternehmen der Immobilienbranche und der Bauwirtschaft. Dies birgt nicht nur Risiken für die chinesische Konjunktur, sondern durch internationale Verflechtungen auch für die globalen Finanzmärkte. Zudem könnten die massiven Überkapazitäten in der chinesischen Industrie und die damit verbundenen hohen Subventionen die europäische Industrie noch stärker unter Druck setzen und in höheren Marktanteilsverlusten münden (Mayr et al., 2026; OECD, 2026). Eine **Okkupation Taiwans durch China** hätte neben geostrategischen und sicherheitspolitischen auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Industrieländer (z. B. hinsichtlich der Verfügbarkeit von High-end-Computerchips).

Ein Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken würde die weltweite Konjunktur dämpfen, die Energiepreise erhöhen und in der Folge zu einem weiteren Anstieg der Inflation beitragen. Die österreichischen Ausfuhren würden sich folglich schwächer entwickeln und die Inflation in Österreich höher ausfallen als in der vorliegenden Prognose dargelegt. Aufgrund der in Österreich höheren Inflationspersistenz, wie sie zuletzt in den Jahren 2022 bis 2024 zu beobachten war, könnte sich ein solcher Inflationsschock hierzulande neuerlich stärker und dauerhafter auswirken als in anderen Euro-Ländern.

Neben der Konsumnachfrage und den Exporten würde auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen abnehmen. Stärkere als die hier unterstellten Leitzinserhöhungen würden auch die langfristigen Zinssätze erhöhen und den Konsum dauerhafter Güter, aber vor allem die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen weiter belasten.

Zusammengenommen würden das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung in diesem Fall gedämpft. Als weitere Konsequenz würde das Abgabenaufkommen zurückgehen, während die Staatsausgaben tendenziell höher ausfielen als angenommen, wodurch sich die fiskalische Position Österreichs weiter verschlechtern würde.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme unterstellte das WIFO in der vorliegenden Prognose keine zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen, um die Neuverschuldung auf bzw. nachhaltig unter das 3%-Ziel zu senken. Abhängig von den getroffenen Maßnahmen hätte dies Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung; das BIP-Wachstum würde dadurch tendenziell niedriger ausfallen als in dieser Prognose dargestellt.

4. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniovski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria*. *Proceedings of OeNB Workshops* (S. 61-86), (5).

Baumgartner, J., Fink, M., Kaniovski, S., & Pitlik, H. (2026). Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031. *WIFO-Monatsberichte*, 99(4), 169-188. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/68110059.

Bittschi, B. (2023). Lohnführerschaft in Österreich: Relikt der Vergangenheit oder sozialpartnerschaftlicher Dauerbrenner?. *Wirtschaft und Gesellschaft*, *49*(29), 79-101. https://journals.akwien.at/index.php/wug/article/view/187/182.

Bittschi, B., & Meyer, B. (2026). Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 99(10), 539-553. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/73369178.

Ederer, S., Fink, M., Rocha-Akis, S., & Lechinger, V. (2024). Prognose von "Beyond GDP"-Indikatoren zur Einkommensverteilung. *WIFO Research Briefs*, (5). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51178914.

EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.

EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.

Europäische Kommission (2026). European Economic Forecast. Spring 2026. *European Economy, Institutional Papers*, (341).

Fiskalrat (2026). *Fiskalregelbericht: Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2025 bis 2030, Juni 2026.* https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:be76daed-8993-4cdc-a860-5ed79ed71d75/Fiskalregelbericht-2026-Web.pdf.

Glocker, C., & Ederer, S. (2026). Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft: Prognose für 2026 und 2027. *WIFO-Konjunkturprognose*, (3). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/73202058.

Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).

Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Kogler, M., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2024). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2023 bis 2030*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55858191.

Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/19098022.

Horvath, T., Mahringer, H., & Mayrhuber, C. (2025). Älterenbeschäftigungsquoten bis 2030. *WIFO Research Briefs*, (11). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60174119.

Lui, Z. Z. (2024). China's Real Economic Crisis, Why Beijing Won't Give Up on a Failing Model. *Foreign Affairs*, *103*(5). https://www.foreignaffairs.com/china/chinas-real-economic-crisis-zongyuan-liu.

Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, *45*(1), 59-82.

Moser, M., Prammer, D., & Stiglbauer, A. (2025, 5. September). Hohe Inflation: Die Indexierungen sind es nicht (allein). OeNB-Blog. https://www.oenb.at/news-und-events/news/oenb-blog/2025/2025-09-05-hohe-inflation.html.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026). Gemeinschaftsdiagnose #1-2026: Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67833047.

Mayr, S., Musitz, L., Papathophilou, S., Raza, W., Tröster, B., & Wuttke, T. (2026). Industrial overcapacities, with a focus on China. European Parliament, DG External Policies Analysis and Support Unit. https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2026/783610/EXPO_STU(2026)783610_EN.pdf.

OECD (2026). *OECD MAGIC Database of Industrial Subsidies*. https://doi.org/10.1787/ce94f33b-en.

Schiman-Vukan, S., Horvath, T., & Spielauer, M. (2025). *Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64187468.

Selektiv (2026, 13. Oktober). Interview – WIFO-Ökonom: "Inflation könnte im Jahresschnitt unter 2,0%" sinken". https://www.selektiv.at/wifo-baumgartner-interview/.

Statistik Austria (2026). *Detailtabellen zu geleisteter Arbeitszeit, Arbeitsvolumen, Überstunden – Zeitreihen, Arbeitskräfteerhebung 2025*. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13_Arbeitszeit_Arbeitsvolumen_Zeitreihen_bis2025.ods.

Jährlicher wissenschaftlicher Beitrag zu den Tourismusberichten 2024 bis 2027

Berichtsjahr 2025

Oliver Fritz, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Birgit Schuster, Gerhard Streicher (WIFO), Peter Laimer, Rebecca Daul, Johanna Ostertag-Sydler, Thomas Pfeifer, Jürgen Weiß (STAT)



In Auftrag gegeben von:
Bundesministerium Wirtschaft, Energie und Tourismus

Jährlicher wissenschaftlicher Beitrag zu den Tourismusberichten 2024 bis 2027

Berichtsjahr 2025

Oliver Fritz, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Birgit Schuster, Gerhard Streicher (WIFO), Peter Laimer, Rebecca Daul, Johanna Ostertag-Sydler, Thomas Pfeifer, Jürgen Weiß (STAT)

Wissenschaftliche Assistenz:
Sena Ökmen (WIFO)

Juni 2026
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die von in- und ausländischen Gästen in Österreich getätigten Tourismusausgaben beliefen sich 2025 auf Basis eines Tourismus-Satellitenkontos bei geschätzt 41,5 Mrd. € (+5,8% gegenüber 2024). Daraus ergaben sich preisunbereinigt direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 33,1 Mrd. € (+5,4%), die 6,5% zum nominellen Bruttoinlandsprodukt beitrugen. Die tourismusbedingte Beschäftigung lag 2024 bei rund 292.000 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) und entsprach damit 7,1% aller Erwerbstätigen auf Vollzeitbasis. Die Zahl der Nächtigungen stieg 2025 auf 157,3 Mio. (+1,9% zu 2024) und übertraf damit deutlich das Vorkrisenniveau von 2019 (+3,0%). Auch die Ankünfte erreichten mit 48,2 Mio. einen neuen Höchststand (+3,1% gegenüber 2024 bzw. +4,3% gegenüber 2019). Der nominelle Reiseverkehrssaldo (Exporte minus Importe, einschließlich internationalem Personentransport) verbesserte sich auf knapp +10,7 Mrd. € (+11,4%) und lag auch preisbereinigt 1,8% über dem Vorjahr. Mit 2.744 € platzierte sich Österreich bei den nominellen Pro-Kopf-Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr auf Rang 5 unter 42 Destinationen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus • Juni 2026 • 56 Seiten • Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67825631

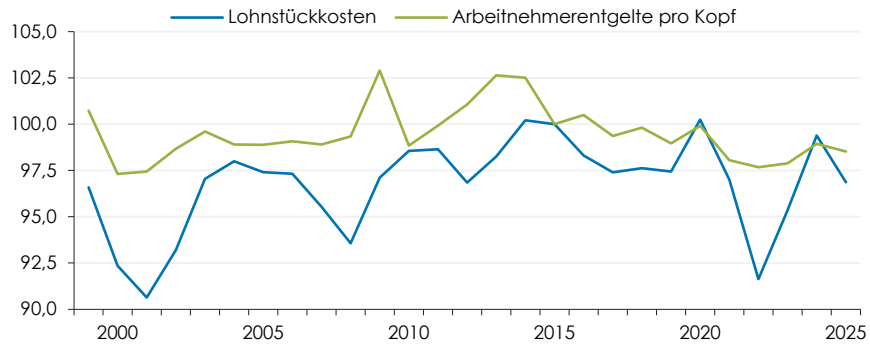
Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2025

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

- Der Beitrag untersucht die Entwicklung der lohnbezogenen Wettbewerbsfähigkeit anhand der Lohnstückkostenentwicklung in Österreich im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnern.
- Die Entwicklung der relativen Lohnstückkosten ist ein zusammenfassendes Maß von Veränderungen der Arbeitskosten, der Produktivität und des Wechselkurses.
- Österreichs nominell-effektiver Wechselkurs mit den wichtigsten Handelspartnern stieg im Jahr 2025 um 0,3%.
- Die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung erhöhten sich 2025 nach zwei Jahren kräftiger Anstiege nur geringfügig (+0,5%). Die relativen Lohnstückkosten verbesserten sich damit gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (–2,6 Prozentpunkte), gegenüber den EU-Handelspartnern (–3,1 Prozentpunkte) und gegenüber Deutschland (–2,7 Prozentpunkte).
- In den letzten fünf Jahren wuchsen die Lohnstückkosten in der heimischen Warenherstellung gleich rasch wie in Deutschland und um 0,4 Prozentpunkte p. a. schneller als in Westeuropa, aber um 0,7 Prozentpunkte p. a. langsamer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner.

Entwicklung der relativen Lohn- und Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren

Österreich gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner, in €, 2015 = 100



Nach deutlichen Verschlechterungen in den Jahren 2023 und 2024 verbesserte sich die relative Lohnstückkostenposition der österreichischen Warenherstellung 2025 wieder: Die Lohnstückkosten stiegen um 2,6 Prozentpunkte schwächer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, OECD, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Handelspartner: EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan).

"Nach zwei Jahren kräftiger Anstiege stabilisierten sich die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung 2025, und die relative Position gegenüber den EU-Handelspartnern verbesserte sich erstmals wieder."

Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2025

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2025

Im Jahr 2025 stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig (+0,5%), nachdem sie 2023 und 2024 kräftig um 11,7% bzw. 9,6% zugelegt hatten. Damit verbesserten sich die relativen Lohnstückkosten sowohl gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (–2,6 Prozentpunkte), als auch gegenüber den EU-Handelspartnern (–3,1 Prozentpunkte) und dem wichtigsten Handelspartner Deutschland (–2,7 Prozentpunkte). Getragen wurde diese Entwicklung von einer deutlichen Erholung der Produktivität (+3,4%) bei zugleich merklich schwächerer Dynamik der Arbeitnehmerentgelte pro Kopf (+3,9% nach +6,4% im Jahr 2024). In den letzten fünf Jahren wuchsen die Lohnstückkosten in der heimischen Warenherstellung gleich rasch wie in Deutschland und um 0,4 Prozentpunkte p. a. schneller als in Westeuropa, aber um 0,7 Prozentpunkte p. a. langsamer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie bzw. zur Abfederung der hohen Inflation sind die Ergebnisse für die letzten fünf Jahre weiterhin mit Vorsicht zu interpretieren.

Relative Unit Labour Costs Stabilised in 2025

In 2025, unit labour costs in Austrian manufacturing rose only slightly year on year (+0.5 percent), after sharp increases of 11.7 percent and 9.6 percent in 2023 and 2024. Relative unit labour costs thus improved versus the trade-weighted average of all trading partners (–2.6 percentage points), versus EU trading partners (–3.1 percentage points) and versus Germany, Austria's most important trading partner (–2.7 percentage points). This development was driven by a marked recovery in productivity (+3.4 percent) combined with distinctly weaker growth in compensation per employee (+3.9 percent after +6.4 percent in 2024). Over the past five years, unit labour costs in domestic manufacturing grew at the same pace as in Germany and by 0.4 percentage points p.a. faster than in Western Europe, but by 0.7 percentage points p.a. more slowly than the trade-weighted average of all trading partners. Owing to government support measures during the COVID-19 pandemic and to cushion high inflation, results for the past five years should still be interpreted with caution.

JEL-Codes: F16, F31, J3, L6 • **Keywords:** Lohnstückkosten, preisliche Wettbewerbsfähigkeit, Warenherstellung

Bei der Erstellung der Abbildungen und der sprachlichen Überarbeitung der Rohfassung dieses Beitrags wurde Claude Opus 5.5 unterstützend eingesetzt. Die inhaltliche Prüfung und die Verantwortung für den veröffentlichten Text liegen bei den Autor:innen.

Begutachtung: Werner Hölzl • **Wissenschaftliche Assistenz:** Stefan Weingärtner (stefan.weingaertner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 20. 10. 2026

Kontakt: Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Birgit Meyer (birgit.meyer@wifo.ac.at)

1. Die relativen Lohnstückkosten bilden die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Warenhandel ab

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften spielt das Zusammenspiel von Produktionskosten, Produktivität und Wechselkursen eine wichtige Rolle. Die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Waren kann anhand der Veränderung der relativen Lohnstückkosten über die Zeit abgebildet werden. Bei den relativen Lohnstückkosten handelt es sich um einen Index, in welchem Veränderungen der Arbeitskosten, der Produktivität und des Wechselkurses in einem Indikator zusammengefasst und mit den um Wechselkursveränderungen bereinigten Lohnstückkosten (d. h. den Arbeitskosten je produzierte Einheit) der wichtigsten Handelspartner verglichen werden.

Die Lohnstückkosten sind jedoch nur ein partielles Maß der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Sektors oder gar einer gesamten Volkswirtschaft, da sie lediglich die lohnbezogene Komponente der Wettbewerbsfähigkeit abbilden. Gleichwohl zeigen ökonometrische Untersuchungen (z. B. Carlin et al., 2001; Köhler-Töglhofer et al., 2017), dass die Veränderung der relativen Lohnstückkosten mittelfristig erheblich zur Erklärung von Handelsströmen und Marktanteilsverschiebungen zwischen Handelspartnern beiträgt. Andere Untersuchungen betonen allerdings die Bedeutung weiterer Faktoren, z. B. der Technologie und der Organisationsstrukturen, für die Entwicklung der Exporte und Marktanteile, während sie Veränderun-

gen der Lohnstückkosten nur eine begrenzte Erklärungskraft zuschreiben (Dosi et al., 2015).

Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um die jährliche Aktualisierung der Analyse der Lohnstückkostenentwicklung. Untersucht wird der Zeitraum von 1995 bis einschließlich 2025, im Fall der relativen Lohn- und Lohnstückkosten der Zeitraum ab 1999. Erfasst werden damit sowohl die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie als auch jene der Energie- und Inflationskrise auf die Entwicklung der Lohnstückkosten in Österreich relativ zu den wichtigsten Handelspartnern. Die Ergebnisse für die Krisenjahre 2020 bis 2023 sind allerdings sowohl im Zeitvergleich als auch im Vergleich mit den wichtigsten Partnerländern mit Vorsicht zu interpretieren, da sie durch länderspezifische Unterschiede in der Ausgestaltung, Umsetzung und zeitlichen Verbuchung staatlicher Krisenmaßnahmen verzerrt sein können.

Die Auswahl der Vergleichsländer ist durch die Verfügbarkeit längerer Zeitreihen zu den Lohnstückkosten bzw. ihren einzelnen Komponenten eingeschränkt. Der Vergleich beschränkt sich deshalb auf die EU-Mitgliedsländer (mit Ausnahme Maltas) sowie Norwegen, die USA, das Vereinigte Königreich, Japan und Kanada. Diese 30 Handelspartner decken rund zwei Drittel der österreichischen Importe und Exporte ab.

Gegenüber der Analyse des Vorjahres (Bittschi & Meyer, 2025) wurden die den Berechnungen zugrundeliegenden Daten zum Teil deutlich revidiert. Infolge der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria verringerte sich der Anstieg der Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren im Jahr 2024 von 11,8% auf 9,6%, weil die Pro-Kopf-Produktivität nun schwächer zurückging (–2,9% statt –4,8%). Im Durchschnitt der Jahre 2019/2024 stiegen die Lohnstückkosten damit um 3,9% statt um 4,6% p. a. Auch für wichtige Handelspartner fallen die Anstiege im Jahr 2024 nun niedriger aus, insbesondere für Deutschland (+5,0% statt +8,4%) und die Niederlande (+3,1% statt +7,4%). Im Fall des Vereinigten Königreiches wurden die reale Bruttowertschöpfung und, mit der Anfang Oktober 2026 in der OECD-Jahresrechnung berücksichtigten Revision der britischen VGR, die Arbeitnehmerentgelte in der Warenherstellung revidiert (Lohnstückkosten 2022 +4,9% statt +13,2%, 2024 +6,2% statt +9,5%). Zudem wurden für das Vereinigte Königreich die Datenquellen der Gesamtwirtschaft umgestellt. Dadurch erhöhten sich die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten im Durchschnitt der Jahre 2019/2024 um 2,8 Prozentpunkte pro Jahr. Für Japan beruhen Arbeitnehmerentgelte und Bruttowertschöpfung der Warenherstellung nun durchgehend auf den Daten der OECD-Jahresrechnung, die die jüngste Revision der japanischen VGR enthält (Lohnstückkosten 2024 +0,9% statt –2,3%). Für Kanada wurde die reale Bruttowertschöpfung des Jahres 2022 revidiert (Lohnstückkosten 2022 +15,9% statt +13,8%). Die Grundaussage, eine kräftige Verschlechterung der relativen Lohnstückkostenposition Österreichs in den Jahren 2023 und 2024, bleibt von diesen Revisionen unberührt. Im Jahr 2024 war sie allerdings etwas geringer als im Vorjahresbeitrag ausgewiesen (+4,5 Prozentpunkte statt +5,3 Prozentpunkte gegenüber dem Durchschnitt aller Handelspartner).

2. Der nominell-effektive Wechselkurs stieg 2025 um 0,3%

Ausgangspunkt für die Betrachtung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und somit der relativen Lohnstückkostenposition ist der nominell-effektive Wechselkurs. Dieser vergleicht den Wert der nationalen Währung mit einem Währungskorb, der anhand eines Gewichtungsschemas die Bedeutung der einzelnen Handelspartner widerspiegelt[1]). Durch das Deflationieren des nominell-effektiven Wechselkurses mit den Lohnstückkosten kann die Lohnstückkostenposition der inländischen Sachgütererzeugung bestimmt werden. Die Lohnstückkostenposition bildet somit den realen Außenwert der nationalen Währung im internationalen Wettbewerb ab und entspricht einem real-effektiven Wechselkurs dieser Währung (siehe Kasten "Berechnungsmethode und Datenbasis für den Lohnstückkostenvergleich").

Im Jahr 2025 wertete der nominell-effektive Wechselkurs für Industriewaren aus österreichischer Sicht das dritte Jahr in Folge leicht auf (+0,3%)[2]). Die Aufwertung war das Ergebnis einer Kombination aus Auf- und Abwertungen des Euro gegenüber den Landeswährungen der unterschiedlichen Handelspartner (Abbildung 1). So wertete der Euro gegenüber dem Kanadischen Dollar (+6,5%), dem Dollar (+4,4%), dem Japanischen Yen (+3,2%), dem Rumänischen Leu (+1,3%), dem Britischen Pfund (+1,2%), der Norwegischen Krone (+0,8%) und dem Ungarischen Forint (+0,6%) auf, was die österrei-

[1]) Da im verwendeten Gewichtungsschema des Währungskorbes gut zwei Drittel des Gewichtes auf Euro-Länder entfallen, spielen Wechselkursveränderungen in der Berechnung des nominell-effektiven Wechselkurses nur eine untergeordnete Rolle für die österreichische Exportwirtschaft.

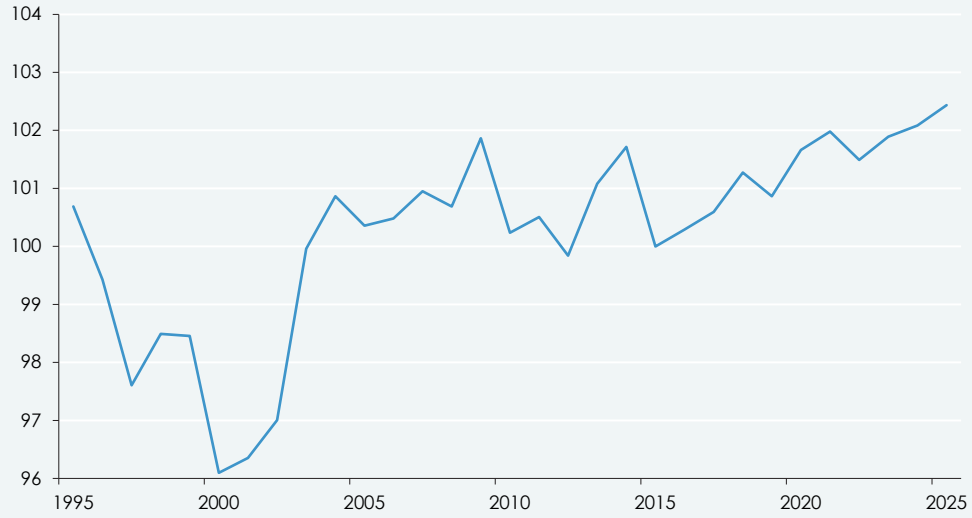
[2]) Ein Rückgang des nominell-effektiven Wechselkurses entspricht einer Abwertung der Referenzwährung (Euro bzw. vor 1999 Schilling), ein Anstieg einer Aufwertung.

chischen Exporte in diese Länder verteuerte. Diesen Aufwärtsentwicklungen standen Abwertungsbewegungen gegenüber der Schwedischen Krone (–3,2%), der Tschechischen Krone (–1,7%) und dem Polnischen Zloty (–1,5%) gegenüber.

Langfristig ist der nominell-effektive Wechselkursindex seit 2004 weitgehend stabil und schwankt nur geringfügig[3]). Seit 2015 ist eine leichte Aufwärtstendenz erkennbar (2025 +2,4% gegenüber 2015), die 2019 und 2022 etwas gebremst wurde.

Abbildung 1: **Entwicklung des nominell-effektiven Wechselkursindex für Industriewaren**

2015 = 100



Q: WIFO-Berechnungen. Gewichteter Durchschnitt der Ländergruppe laut Lohnstückkostenberechnung.

Berechnungsmethode und Datenbasis für den Lohnstückkostenvergleich

Die Lohnstückkosten in Landeswährung (LSK) einer Branche, eines Sektors oder der Gesamtwirtschaft sind definiert als das Verhältnis der nominellen Lohnsumme (LS), gemessen anhand der Arbeitnehmerentgelte, zur realen Bruttowertschöpfung (BWS):

$$LSK = \frac{LS}{BWS}.$$

Dividiert man sowohl Lohnsumme als auch Bruttowertschöpfung durch ein Maß des Arbeitseinsatzes, so ergeben sich die beiden Komponenten der Lohnstückkosten: Arbeitskosten je Arbeitseinheit und Arbeitsproduktivität.

Eine Veränderung des Anteils der Selbständigen an den Erwerbstätigen kann durch die Darstellung der Lohnstückkosten als Quotient von Arbeitskosten je unselbständige Arbeitskraft (AN) und Bruttowertschöpfung gemessen an den Erwerbstätigen (EWT) berücksichtigt werden:

$$LSK = \frac{\frac{LS}{AN}}{\frac{BWS}{EWT}}.$$

Das WIFO berechnet die Lohnstückkosten anhand dieser Formeln und mit Daten, die nach dem Erhebungskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt werden. Zur Ermittlung der Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren wird anstelle des Personenkonzeptes (Beschäftigte und Erwerbstätige) die Zahl der Beschäftigungs- bzw. Erwerbstätigenverhältnisse verwendet.

Für internationale Vergleiche müssen die Lohnstückkosten in einer gemeinsamen Währung ausgedrückt werden, weil Wechselkursverschiebungen die Kostenposition eines Landes ebenso verändern können wie die Lohnstückkostenentwicklung. Die relative Lohnstückkostenposition eines Landes ergibt sich somit als Quotient der Lohnstückkosten beider Handelspartner, gemessen in einheitlicher Währung. Für einen Vergleich mit mehreren Ländern muss ein Gewichtungsschema herangezogen werden, da die einzelnen Märkte im Außenhandel meist unterschiedliche Bedeutung haben. Unabhängig vom methodischen Ansatz basiert ein solches Gewichtungsschema auf Daten der Außenhandelsstatistik und bildet somit die Außenhandelsverflechtung einer Volkswirtschaft ab.

Das WIFO stützt sich auf eine harmonisierte Methode, die auch die Zentralbanken des Euro-Raumes zur Messung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nutzen. Das Gewichtungsschema besteht aus einfachen (bilateralen) Importgewichten und

[3]) Die Schwankungsbreite wäre größer, wenn mehr Nicht-Euro-Länder in die Betrachtung einbezogen werden könnten, als das hier aufgrund der Datenverfügbarkeit möglich ist.

WIFO ■ Monatsberichte 10/2026, S. 539-553

doppelten (multilateralen) Export gewichten für die Herstellung von Waren (Abschnitt C der Wirtschaftsklassifikation ISIC Rev. 4; zur Methode siehe im Detail Turner & Van 't dack, 1993). Durch die doppelte Exportgewichtung wird neben dem Wettbewerb mit den Handelspartnern auf den jeweils heimischen Märkten auch jener auf allen anderen Exportmärkten berücksichtigt. Die doppelten Exportgewichte werden seit 2022 basierend auf den "Trade in Value Added"-Informationen der OECD (bilaterale Bruttoexporte bzw. -importe und Bruttoproduktion nach Branchen) für jedes Jahr separat ermittelt und angewandt. Für die Jahre 2023 bis 2025 wurde aufgrund fehlender Daten der Durchschnitt der letzten drei verfügbaren Jahre (2020 bis 2022) fortgeschrieben. Die Umstellung des Gewichtungsschemas auf jährliche, variable Gewichte erlaubt es, Marktanteilsverschiebungen sowie Veränderungen des Wettbewerbs mit Drittländern auf ausländischen Märkten zu berücksichtigen. Die Neuberechnung der Gewichte gewährleistet somit eine möglichst korrekte und aktuelle Abbildung der länderspezifischen Handelsverflechtungen.

Die internationalen Daten zu Arbeitnehmerentgelten, Produktivität und Lohnstückkosten der Herstellung von Waren und der Gesamtwirtschaft entstammen vorwiegend der Eurostat-Datenbank. Nur wenn diese keine aktuellen Werte enthielt, wurde auf Zahlen aus der AMECO-Datenbank, der Jahresrechnung der OECD und auf nationale Statistiken der jeweiligen Länder zurückgegriffen (u. a. USA: Bureau of Economic Analysis; Kanada: Statistics Canada; Japan: Cabinet Office; Vereinigtes Königreich: Office for National Statistics)[1]).

Zur Länderauswahl

Das Aggregat "EU-Handelspartner" umfasst alle EU-Handelspartner Österreichs ohne Malta, das Aggregat "alle Handelspartner" zusätzlich das Vereinigte Königreich, Norwegen, die USA, Kanada und Japan. Um den heterogenen Dynamiken innerhalb der EU Rechnung zu tragen, wurden mit den "EU-Mitgliedsländern vor 2004" und den "neuen EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004)" zwei weitere Ländergruppen unterschieden. Malta und das Vereinigte Königreich sind auch darin nicht enthalten.

[1]) Kanada 2025: Arbeitnehmerentgelte fortgeschrieben, in der Gesamtwirtschaft mit dem Wachstum der Arbeitnehmerentgelte laut VGR, in der Herstellung von Waren mit dem Wachstum der Löhne und Gehälter der Branche; Statistics Canada hat die Entgeltreihen der Produktivitätskonten am 29. Juli 2026 zur Qualitätsprüfung zurückgezogen. Vereinigtes Königreich: Die Arbeitnehmerentgelte der Herstellung von Waren liegen in der OECD-Jahresrechnung bis 2024 vor, die reale Bruttowertschöpfung bis 2023; die Arbeitnehmerentgelte wurden für 2025 mit den Veränderungsraten der Warenherstellung aus der AMECO-Datenbank fortgeschrieben, die reale Bruttowertschöpfung für 2024 und 2025 mit jenen der Quartalsrechnung des Office for National Statistics. Japan: Arbeitnehmerentgelte und reale Bruttowertschöpfung bis 2024 laut OECD-Jahresrechnung (Daten des Cabinet Office); 2025 Arbeitnehmerentgelte und Beschäftigung mit den gesamtwirtschaftlichen Veränderungsraten aus der AMECO-Datenbank, reale Bruttowertschöpfung mit den Quartalsdaten der Warenherstellung laut Cabinet Office fortgeschrieben. USA: Arbeitnehmerentgelte, Beschäftigte und reale Bruttowertschöpfung der Warenherstellung laut Bureau of Economic Analysis; Erwerbstätige 2023 bis 2025 mit dem Selbständigenanteil des Jahres 2022 fortgeschrieben. Für Kanada werden als unselbständig Beschäftigte die Beschäftigungsverhältnisse herangezogen.

3. Erholung der Produktivität und schwächere Arbeitskostendynamik in Österreich

Mit der neuerlichen Aufwertung im Jahr 2025 setzte der nominell-effektive Wechselkurs seine leichte Aufwärtstendenz der letzten Jahre fort.

Die Entwicklung der Arbeitskosten in der Herstellung von Waren wird auf Basis der Arbeitnehmerentgelte je unselbständige Arbeitskraft in Landeswährung beurteilt (Übersicht 1). Diese Kennzahl aus der VGR erfasst die Lohn- und Gehaltssumme einschließlich Sozialabgaben der Arbeitgeber:innen pro Kopf. Durch die COVID-19-Hilfen und Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Energiekrise verschob sich die Finanzierung der Arbeitnehmerentgelte ab 2020 teilweise von den Unternehmen hin zur öffentlichen Hand. Da diese Umstände in der VGR nicht immer abgebildet werden, geben die Daten zu den Arbeitskosten für die Jahre ab 2020 nur eingeschränkt Aufschluss über den tatsächlichen Aufwand der Unternehmen. Sie sind daher als Determinante der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit Vorsicht zu interpretieren. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die Vergleichsländer. Zudem wurden dort unterschiedliche Stützungsmaßnahmen ergriffen, was den Vergleich der Arbeitskosten sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb einzelner Länder über die Zeit erschwert.

Nominell stiegen die Arbeitnehmerentgelte pro Kopf in der österreichischen Warenherstellung 2025 um 3,9% im Vergleich zum Vorjahr. Damit schwächte sich die Arbeitskostendynamik in Österreich ab, nachdem die Zuwächse 2023 und 2024 mit +7,0% bzw. +6,4% noch durch die hohe Inflation geprägt waren. Im Jahr 2025 stiegen die Arbeitskosten pro Kopf im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (+4,6%) und bei den EU-Handelspartnern (+4,6%) kräftiger als in Österreich. In Deutschland (+3,9%) legten die Arbeitskosten etwa gleich stark zu wie in Österreich, im gewichteten Durchschnitt der "alten" EU-Mitgliedsländer (+3,6%) um 0,3 Prozentpunkte schwächer.

Auch längerfristig entwickelten sich die Arbeitskosten pro Kopf in Österreich etwas weniger dynamisch als im gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. In den vergangenen zehn Jahren (2015/2025) stiegen sie in Österreich um 3,5% p. a., im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner um 3,9% p. a. und im gewichteten Durchschnitt der EU-Handelspartner um 4,1% pro Jahr. Diese Gegenüberstellung (Übersicht 1) beruht auf Zahlen in Landeswährung und berücksichtigt noch keine Wechselkursschwankungen.

Übersicht 1: **Entwicklung der Arbeitskosten pro Kopf (Beschäftigte) in der Herstellung von Waren**

In Landeswährung

	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	Ø 2015/ 2025	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+ 1,9	+ 5,2	+ 3,5	+ 7,0	+ 6,4	+ 3,9
Belgien	+ 0,9	+ 5,5	+ 3,2	+ 6,7	+ 4,1	+ 5,4
Dänemark	+ 2,0	+ 4,2	+ 3,1	+ 5,9	+ 5,3	+ 3,9
Deutschland	+ 1,6	+ 4,4	+ 3,0	+ 6,4	+ 4,4	+ 3,9
Irland	+ 3,1	+ 5,2	+ 4,1	+ 8,4	+ 8,3	– 1,0
Griechenland	– 0,9	+ 3,3	+ 1,2	+ 3,5	+ 5,5	+ 4,5
Spanien	+ 1,0	+ 4,2	+ 2,6	+ 4,2	+ 4,1	+ 3,6
Frankreich	– 0,6	+ 4,3	+ 1,8	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,6
Italien	– 0,2	+ 4,8	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,6
Luxemburg	+ 0,6	+ 4,7	+ 2,7	+ 6,7	+ 3,9	+ 3,8
Niederlande	+ 2,4	+ 4,4	+ 3,4	+ 5,5	+ 6,2	+ 4,2
Portugal	+ 3,2	+ 7,2	+ 5,2	+ 10,4	+ 8,7	+ 3,4
Finnland	+ 0,2	+ 3,9	+ 2,0	+ 4,9	+ 1,0	+ 3,3
Schweden	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,7	+ 4,7	+ 4,9	+ 0,6
Bulgarien	+ 8,7	+ 15,1	+ 11,9	+ 16,5	+ 14,3	+ 22,3
Tschechien	+ 5,8	+ 6,8	+ 6,3	+ 8,3	+ 5,9	+ 5,2
Estland	+ 5,4	+ 9,3	+ 7,3	+ 8,1	+ 13,2	+ 8,4
Kroatien	+ 1,2	+ 11,7	+ 6,3	+ 15,8	+ 10,3	+ 15,5
Zypern	+ 2,2	+ 5,2	+ 3,7	+ 5,2	+ 4,1	+ 5,6
Lettland	+ 7,5	+ 8,3	+ 7,9	+ 5,2	+ 4,1	+ 8,4
Litauen	+ 6,8	+ 9,3	+ 8,1	+ 4,8	+ 7,0	+ 10,8
Ungarn	+ 6,1	+ 10,9	+ 8,5	+ 17,8	+ 12,7	+ 4,6
Polen	+ 5,9	+ 9,5	+ 7,7	+ 12,8	+ 7,6	+ 5,2
Rumänien	+ 9,1	+ 10,6	+ 9,9	+ 15,9	+ 6,3	+ 10,6
Slowenien	+ 3,4	+ 7,1	+ 5,2	+ 9,2	+ 7,4	+ 4,8
Slowakei	+ 4,8	+ 7,7	+ 6,3	+ 9,5	+ 8,6	+ 6,3
Vereinigtes Königreich	+ 1,8	+ 4,9	+ 3,3	+ 8,4	+ 5,5	+ 7,4
Norwegen	+ 1,9	+ 4,9	+ 3,4	+ 5,7	+ 5,8	+ 4,8
USA	+ 2,4	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,8	+ 4,9	+ 4,7
Japan	+ 0,2	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,8
Kanada	+ 2,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 6,8	+ 3,5	+ 1,6
Alle Handelspartner[1)5)]	+ 2,3	+ 5,6	+ 3,9	+ 7,1	+ 5,5	+ 4,6
EU-Handelspartner[2)5)]	+ 2,3	+ 5,9	+ 4,1	+ 7,5	+ 5,6	+ 4,6
EU-Mitgliedsländer vor 2004[3)5)]	+ 1,2	+ 4,4	+ 2,8	+ 5,7	+ 4,4	+ 3,6
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004)[4)5)]	+ 5,8	+ 9,3	+ 7,6	+ 12,4	+ 8,5	+ 6,9
	Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.			Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten		
Österreich im Verhältnis zu . . .						
Allen Handelspartnern[1)5)]	– 0,4	– 0,5	– 0,4	– 0,1	+ 0,9	– 0,7
EU-Handelspartnern[2)5)]	– 0,4	– 0,7	– 0,6	– 0,5	+ 0,8	– 0,7
EU-Mitgliedsländern vor 2004[3)5)]	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,3	+ 2,0	+ 0,3
"Neuen" EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004)[4)5)]	– 3,9	– 4,2	– 4,1	– 5,5	– 2,1	– 2,9
Deutschland	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,1

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, OECD, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Am aktuellen Rand teilweise geschätzt: Vereinigtes Königreich: Arbeitnehmerentgelte 2025 auf Basis der Veränderungsraten laut AMECO fortgeschrieben; reale Bruttowertschöpfung für 2024 und 2025 Fortschreibung auf Basis der Veränderungsraten laut Office for National Statistics. USA: Erwerbstätige 2023 bis 2025 mit dem Selbständigenanteil des Jahres 2022 fortgeschrieben. Kanada: Arbeitnehmerentgelte 2025 mit der Lohnentwicklung in der Herstellung von Waren fortgeschrieben. Japan: Arbeitnehmerentgelte und Beschäftigung 2025 mit den Veränderungsraten in der Gesamtwirtschaft fortgeschrieben, reale Bruttowertschöpfung aus Quartalsdaten. – [1)] EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – [2)] Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – [3)] Ohne Vereinigtes Königreich. – [4)] Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. – [5)] Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren.

In einheitlicher Währung, also unter Berücksichtigung von Wechselkursschwankungen, verteuerte sich die Arbeitsleistung in Österreich relativ zu den Vergleichsländern vor allem im Krisenjahr 2009 und, nach einem Rückgang 2010, erneut von 2011 bis 2013 (Abbildung 2). Ab 2015 gingen die relativen Arbeitskosten in Österreich wieder zurück und schwankten in den Folgejahren nur geringfügig. In den Krisenjahren ab 2020 (COVID-19-Pandemie, Inflationskrise) waren die Arbeitskosten in Österreich relativ zum gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner ebenfalls rückläufig. Ab 2022 stiegen die relativen Arbeitnehmerentgelte allerdings wieder an, insbesondere im Vergleich zu den "alten" EU-Mitgliedsländern. Im Jahr 2025 kam dieser Anstieg weitgehend zum Stillstand: Gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner gingen die relativen Arbeitskosten leicht zurück (–0,4%), gegenüber Deutschland und den "alten" EU-Mitgliedsländern blieben sie nahezu unverändert (+0,1% bzw. +0,2%).

Der gewichtete Durchschnitt der Handelspartner ergibt sich aus teils sehr unterschiedlichen Arbeitskostenverläufen in den einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen. So stiegen z. B. infolge der Abwertung des Euro gegenüber dem Polnischen Zloty und der Tschechischen Krone die Arbeitskosten in Euro in Polen (+6,8%) und Tschechien (+7,1%) deutlich stärker als in Österreich. Auch im Vereinigten Königreich fiel der Arbeitskostenanstieg in Euro trotz der Aufwertung des Euro gegenüber dem Pfund mit +6,2% kräftig aus.

Als wichtigster Handelspartner spielt Deutschland für den internationalen Vergleich der Arbeitskosten pro Kopf eine besondere Rolle. In den 2000er-Jahren und bis zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 stiegen die Arbeitskosten pro Kopf in der deutschen Warenherstellung sehr mäßig und weit langsamer als in Österreich (Abbildung 2). Zwischen 2010 und 2019 war keine eindeutige Verschiebung der Kostenrelation zwischen den beiden Ländern festzustellen. Ab 2019 nahmen die Arbeitnehmerentgelte pro Kopf in Österreich, beschleunigt durch die COVID-19-Krise sowie die Energie- und Inflationskrise, deutlich kräftiger zu als in Deutschland. 2025 kam diese Entwicklung zum Stillstand (Österreich +3,9%, Deutschland +3,9%), über die letzten fünf Jahre (2020/2025) bleibt jedoch ein Kostennachteil Österreichs gegenüber Deutschland von 0,8 Prozentpunkten pro Jahr bestehen. Gegenüber allen "alten" EU-Mitgliedsländern beträgt er 0,7 Prozentpunkte pro Jahr. Auch über die letzten zehn Jahre (2015/2025) legten in Österreich die Arbeitskosten pro Kopf um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte pro Jahr rascher zu als in Deutschland und um 0,7 Prozentpunkte rascher als in den vergleichbaren westlichen EU-Ländern.

Geprägt von der Inflationsdynamik verzeichneten in den letzten fünf Jahren (2020/2025) die meisten EU-Länder eine hohe Arbeitskostendynamik. Dies war insbesondere in Osteuropa zu beobachten. Dort vollzieht sich seit den 1990er-Jahren in Hinblick auf die Arbeitskosten ein Aufholprozess gegenüber den westeuropäischen Hochlohnländern, der sich 2025 fortsetzte: Kräftige Anstiege der Arbeitskosten pro Kopf (in Landeswährung) verzeichneten insbesondere Bulgarien (+22,3%), Kroatien (+15,5%), Litauen (+10,8%) und Rumänien (+10,6%), wo ein dynamisches Lohnwachstum in Reaktion auf die hohe Inflation sowie Anhebungen der Mindestlöhne die Arbeitnehmerentgelte pro Kopf stark steigen ließen. Im gewichteten Aggregat der "neuen" EU-Handelspartner (Beitritt ab 2004) erhöhten sich die Arbeitskosten pro Kopf 2025 um 6,9% im Vergleich zum Vorjahr.

Neben den Arbeitskosten je Beschäftigten ist die Arbeitsproduktivität die zweite wichtige Komponente zur Berechnung der relativen Lohnstückkosten. Gemessen wird sie als reale Bruttowertschöpfung pro Kopf (Erwerbstätige). Übersicht 2 stellt die Entwicklung der Produktivität je Erwerbstätigen in der Herstellung von Waren im internationalen Vergleich in nationaler Währung dar.

Langfristig (2015/2025) stiegen die Arbeitskosten pro Kopf in Österreich stärker als in den "alten" EU-Mitgliedsländern, jedoch deutlich schwächer als in den Ländern, die ab 2004 der EU beitraten.

Die Produktivität der österreichischen Warenherstellung nahm 2025 erstmals seit 2022 wieder zu. Nach kräftigen Rückgängen in den Jahren 2023 (–4,3%) und 2024 (–2,9%), die von der Energie- und Inflationskrise sowie der Rezession geprägt waren, stieg die Arbeitsproduktivität pro Kopf 2025 um 3,4%. Über die letzten fünf Jahre (2020/2025) ergibt sich damit ein durchschnittliches Produktivitätswachstum von 2,5% pro Jahr, nachdem die Produktivität im Zeitraum 2015/2020 stagniert hatte (–0,1% pro Jahr).

Nach zwei Jahren kräftiger Rückgänge erholte sich die Pro-Kopf-Produktivität in der österreichischen Warenherstellung 2025 deutlich.

Auch in den meisten Vergleichsländern erholte sich die Produktivität 2025. In Deutschland stieg die Pro-Kopf-Produktivität nach zwei Jahren des Rückgangs (2023 –3,1%, 2024 –0,6%) um 0,6%, wuchs damit aber deutlich schwächer als in Österreich. Kräftige Produktivitätszuwächse verzeichneten 2025 u. a. Estland (+9,0%), Irland (+7,0%), Lettland (+6,7%), Litauen (+6,6%), Kroatien (+6,6%) und Dänemark (+6,0%). Rückläufig war die Pro-Kopf-Produktivität hingegen in Bulgarien (–6,4%), Japan (–1,8%), Ungarn (–1,8%), Kanada (–1,3%), Spanien (–1,2%) und im Vereinigten Königreich (–0,7%). Die außergewöhnlichen Produktivitätsgewinne in der dänischen Warenherstellung (Ø 2020/2025 +10,4% pro Jahr) werden weiterhin primär von der stark expandierenden Pharma- und Biotechbranche getragen. Da diese sehr produktiven Sektoren bei nur moderater Beschäftigungsausweitung immer stärker zur Wertschöpfung beitragen, steigt die durchschnittliche Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Dänemark deutlich an.

Übersicht 2: **Entwicklung der Produktivität pro Kopf (Erwerbstätige) in der Herstellung von Waren**

In Landeswährung

	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	Ø 2015/ 2025	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	– 0,1	+ 2,5	+ 1,2	– 4,3	– 2,9	+ 3,4
Belgien	– 0,8	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,4	– 2,3	+ 1,8
Dänemark	+ 2,5	+ 10,4	+ 6,4	+ 8,4	+ 16,3	+ 6,0
Deutschland	– 0,5	+ 1,7	+ 0,6	– 3,1	– 0,6	+ 0,6
Irland	+ 4,6	+ 2,7	+ 3,7	– 19,4	– 0,2	+ 7,0
Griechenland	– 0,2	+ 3,9	+ 1,8	+ 1,0	+ 7,2	+ 2,5
Spanien	– 2,9	+ 3,4	+ 0,2	– 1,3	+ 2,0	– 1,2
Frankreich	– 0,6	+ 2,5	+ 0,9	+ 6,1	+ 3,5	+ 0,7
Italien	– 1,7	+ 2,8	+ 0,5	– 2,5	– 0,6	+ 0,5
Luxemburg	– 0,5	+ 7,9	+ 3,6	+ 21,5	+ 27,6	+ 1,1
Niederlande	+ 1,0	+ 3,2	+ 2,1	– 3,8	+ 3,0	+ 3,4
Portugal	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,2	– 0,3	+ 2,5	+ 0,3
Finnland	+ 1,9	– 1,6	+ 0,2	– 3,9	+ 5,9	+ 0,7
Schweden	– 0,1	+ 1,3	+ 0,6	– 10,1	– 0,1	+ 0,5
Bulgarien	+ 0,7	+ 5,1	+ 2,9	+ 8,3	– 1,3	– 6,4
Tschechien	+ 1,9	+ 3,1	+ 2,5	+ 5,3	– 1,4	+ 2,4
Estland	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,2	– 4,6	+ 10,3	+ 9,0
Kroatien	– 0,1	+ 4,0	+ 1,9	+ 0,8	– 1,9	+ 6,6
Zypern	+ 7,3	– 1,2	+ 3,0	+ 11,4	+ 1,0	+ 0,3
Lettland	+ 4,0	+ 1,8	+ 2,9	– 3,1	+ 2,9	+ 6,7
Litauen	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,3	– 2,0	+ 0,2	+ 6,6
Ungarn	– 1,5	– 0,4	– 1,0	– 4,4	– 3,1	– 1,8
Polen	+ 1,0	+ 4,0	+ 2,5	+ 8,6	– 1,3	+ 2,9
Rumänien	+ 2,8	+ 0,1	+ 1,4	+ 15,3	– 9,3	+ 3,4
Slowenien	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 5,6	+ 0,2
Slowakei	– 0,1	+ 0,4	+ 0,1	– 2,9	+ 3,9	+ 3,1
Vereinigtes Königreich	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,1	– 0,7
Norwegen	– 0,1	+ 0,9	+ 0,4	– 1,3	+ 0,2	+ 2,0
USA	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,4	– 0,8	+ 4,5	+ 2,8
Japan	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	– 2,2	– 5,2	– 1,8
Kanada	+ 0,2	– 1,3	– 0,5	– 1,9	– 1,9	– 1,3
Alle Handelspartner[1)5)]	+ 0,0	+ 2,0	+ 1,0	– 0,9	+ 0,3	+ 1,2
EU-Handelspartner[2)5)]	– 0,2	+ 2,2	+ 1,0	– 1,0	+ 0,0	+ 1,2
EU-Mitgliedsländer vor 2004[3)5)]	– 0,5	+ 2,2	+ 0,8	– 2,5	+ 0,5	+ 0,9
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004)[4)5)]	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,6	+ 4,2	– 1,3	+ 1,9
	Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.			Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten		
Österreich im Verhältnis zu . . .						
Allen Handelspartnern[1)5)]	– 0,1	+ 0,4	+ 0,2	– 3,4	– 3,2	+ 2,2
EU-Handelspartnern[2)5)]	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	– 3,3	– 2,9	+ 2,2
EU-Mitgliedsländern vor 2004[3)5)]	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	– 1,8	– 3,4	+ 2,4
"Neuen" EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004)[4)5)]	– 1,0	+ 0,2	– 0,4	– 8,4	– 1,5	+ 1,5
Deutschland	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6	– 1,2	– 2,3	+ 2,7

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, OECD, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Am aktuellen Rand teilweise geschätzt: Vereinigtes Königreich: Arbeitnehmerentgelte 2025 auf Basis der Veränderungsraten laut AMECO fortgeschrieben; reale Bruttowertschöpfung für 2024 und 2025 Fortschreibung auf Basis der Veränderungsraten laut Office for National Statistics. USA: Erwerbstätige 2023 bis 2025 mit dem Selbständigenanteil des Jahres 2022 fortgeschrieben. Kanada: Arbeitnehmerentgelte 2025 mit der Lohnentwicklung in der Herstellung von Waren fortgeschrieben. Japan: Arbeitnehmerentgelte und Beschäftigung 2025 mit den Veränderungsraten in der Gesamtwirtschaft fortgeschrieben, reale Bruttowertschöpfung aus Quartalsdaten. – [1)] EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – [2)] Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – [3)] Ohne Vereinigtes Königreich. – [4)] Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. – [5)] Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren.

Der Vergleich der Produktivitätsentwicklung mit den Handelspartnern fällt für Österreich im Jahr 2025 positiv aus. Die Pro-Kopf-Produktivität wuchs hierzulande um 2,2 Prozentpunkte rascher als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner, um 2,2 Prozentpunkte rascher als bei den EU-Handelspartnern und um 2,7 Prozentpunkte rascher als in Deutschland. Auch mittelfristig fällt der Befund günstig aus. Über die letzten fünf Jahre (2020/2025) nahm die Produktivität in Österreich etwas rascher zu als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (+0,4 Prozentpunkte pro Jahr) und der EU-Handelspartner (+0,3 Prozentpunkte p. a.), um 0,8 Prozentpunkte pro Jahr rascher als in Deutschland und um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr rascher als in den "neuen" EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004). Über den Zehnjahreszeitraum 2015 bis 2025 entwickelte sich die Produktivität in Österreich (+1,2% p. a.) etwas dynamischer als im Durchschnitt aller Handelspartner und der EU-Handelspartner (jeweils +1,0% p. a.) sowie in Deutschland (+0,6% p. a.), aber schwächer als in den EU-Beitrittsländern ab 2004 (+1,6% p. a.).

Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre entwickelte sich die Pro-Kopf-Produktivität in Österreich etwas dynamischer als bei den wichtigsten Handelspartnern, aber schwächer als in den "neuen" EU-Mitgliedsländern.

4. Stabilisierung der Lohnstückkosten in der Warenherstellung nach zwei Jahren kräftiger Anstiege

Aus der Veränderung der Arbeitskosten pro Kopf (Arbeitnehmerentgelte je unselbständig Beschäftigten) und der Produktivität (reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) ergibt sich die Entwicklung der Lohnstückkosten (Arbeitskosten je Produktionseinheit). Der Energiepreisschock infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hatte ab 2023 zu deutlichen Anstiegen der Lohnstückkosten in Österreich geführt (2023 +11,7%, 2024 +9,6%; Übersicht 3). Im Jahr 2025 kam dieser Aufwärtstrend weitgehend zum Stillstand, da die Arbeitskosten (+3,9%) nur wenig stärker zunahmen als die Produktivität (+3,4%). Die Lohnstückkosten in der Warenherstellung stiegen somit nur geringfügig gegenüber dem Vorjahr (+0,5%). Im mittelfristigen Durchschnitt der Jahre 2020/2025 beträgt die jährliche Steigerung 2,6%, im längerfristigen Durchschnitt 2015/2025 2,3%.

Die Analyse der Lohnstückkosten als Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist nur im Vergleich mit der Entwicklung in anderen Ländern aussagekräftig. Übersicht 3 bietet einen detaillierten Überblick über die Dynamik der Lohnstückkosten bei den einzelnen Handelspartnern sowie über die Entwicklung der österreichischen Lohnstückkostenposition, d. h. des mit den Lohnstückkosten deflationierten real-effektiven Wechselkurses im Verhältnis zu den Handelspartnern.

2025 stiegen die Lohnstückkosten in Österreich um 2,6 Prozentpunkte schwächer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Dort nahmen die Lohnstückkosten 2025 um 3,1% zu, in Österreich hingegen nur um 0,5%. Gegenüber den EU-Handelspartnern (+3,6%) betrug die Verbesserung 3,1 Prozentpunkte. Gegenüber den "alten" EU-Mitgliedsländern (Beitritt vor 2004), die im Durchschnitt einen Zuwachs von 2,9% aufwiesen, verbesserte sich Österreichs Position um 2,3 Prozentpunkte, gegenüber Deutschland (+3,2%) um 2,7 Prozentpunkte. Noch günstiger war die relative Entwicklung gegenüber den ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004), wo die Lohnstückkosten im gewichteten Durchschnitt um 5,5% zunahmen (Wachstumsdifferenz 5,0 Prozentpunkte). Besonders kräftig fiel der Anstieg in Bulgarien (+30,7%), Kroatien (+8,3%), Ungarn (+5,8%) und Rumänien (+5,5%) aus. Rückläufig waren die Lohnstückkosten 2025 hingegen in Irland (–7,5%), Kanada (–3,3%), den USA (–2,4%), Dänemark (–2,1%) und Estland (–0,5%). Die Werte für Kanada und die USA sind in Euro wechselkursbedingt gedämpft, jener für Kanada beruht zudem am aktuellen Rand auf einer Schätzung (siehe Kasten "Berechnungsmethode und Datenbasis für den Lohnstückkostenvergleich").

Die kräftigen Anstiege der Jahre 2023 und 2024 prägen weiterhin den mittel- und langfristigen Vergleich. In den letzten fünf Jahren (2020/2025) wuchsen die Lohnstückkosten in der heimischen Warenherstellung gleich rasch wie in Deutschland und um 0,4 Prozentpunkte p. a. schneller als in den "alten" EU-Mitgliedsländern. Gegenüber dem Durchschnitt aller EU-Handelspartner ergibt sich hingegen ein Vorteil von 0,9 Prozentpunkten p. a., der auf die kräftige Lohnstückkostendynamik in den "neuen" EU-Mitgliedsländern (Ø 2020/2025 +7,0% p. a.) zurückgeht. Im Zehnjahresdurchschnitt 2015/2025 wuchsen die Lohnstückkosten in Österreich um 0,3 Prozentpunkte p. a. schneller als in Westeuropa und etwa gleich rasch wie in Deutschland.

Nach zwei Jahren deutlicher Verschlechterung verbesserten sich Österreichs relative Lohnstückkosten in der Warenherstellung 2025 wieder gegenüber den EU-Handelspartnern.

Übersicht 3: **Entwicklung der Lohnstückkosten pro Kopf (Beschäftigte bzw. Erwerbstätige) in der Herstellung von Waren**
In €

	Ø 2015/2020	Ø 2020/2025	Ø 2015/2025	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,3	+11,7	+ 9,6	+ 0,5
Belgien	+ 1,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 5,2	+ 6,6	+ 3,6
Dänemark	– 0,4	– 5,6	– 3,0	– 2,5	– 9,6	– 2,1
Deutschland	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 9,8	+ 5,0	+ 3,2
Irland	– 1,5	+ 2,4	+ 0,4	+34,4	+ 8,5	– 7,5
Griechenland	– 0,7	– 0,6	– 0,6	+ 2,6	– 1,6	+ 2,0
Spanien	+ 4,0	+ 0,8	+ 2,3	+ 5,5	+ 2,0	+ 4,9
Frankreich	+ 0,0	+ 1,8	+ 0,9	– 0,5	– 0,2	+ 2,0
Italien	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 5,5	+ 4,2	+ 3,1
Luxemburg	+ 1,2	– 2,9	– 0,9	–12,2	–18,6	+ 2,7
Niederlande	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 9,7	+ 3,1	+ 0,8
Portugal	+ 2,7	+ 5,1	+ 3,9	+10,8	+ 6,1	+ 3,0
Finnland	– 1,7	+ 5,6	+ 1,9	+ 9,2	– 4,7	+ 2,5
Schweden	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 7,8	+ 5,4	+ 3,4
Bulgarien	+ 8,0	+ 9,6	+ 8,8	+ 7,6	+15,8	+30,7
Tschechien	+ 4,4	+ 5,1	+ 4,7	+ 5,3	+ 2,6	+ 4,6
Estland	+ 2,9	+ 7,2	+ 5,0	+13,3	+ 2,6	– 0,5
Kroatien	+ 1,6	+ 7,3	+ 4,4	+14,9	+12,5	+ 8,3
Zypern	– 4,8	+ 6,4	+ 0,7	– 5,6	+ 3,1	+ 5,3
Lettland	+ 3,4	+ 6,4	+ 4,9	+ 8,5	+ 1,1	+ 1,6
Litauen	+ 3,8	+ 5,4	+ 4,6	+ 7,0	+ 6,8	+ 3,9
Ungarn	+ 5,1	+ 8,6	+ 6,9	+26,3	+12,3	+ 5,8
Polen	+ 3,5	+ 6,3	+ 4,9	+ 7,2	+15,0	+ 3,8
Rumänien	+ 4,4	+ 9,6	+ 7,0	+ 0,2	+16,5	+ 5,5
Slowenien	+ 1,5	+ 4,6	+ 3,0	+ 7,4	+ 1,7	+ 4,5
Slowakei	+ 4,9	+ 7,3	+ 6,1	+12,8	+ 4,5	+ 3,1
Vereinigtes Königreich	– 3,5	+ 4,0	+ 0,2	+ 3,9	+ 6,2	+ 6,9
Norwegen	– 1,6	+ 2,2	+ 0,3	– 5,3	+ 3,7	+ 2,0
USA	+ 0,7	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,2	– 2,4
Japan	+ 1,4	– 4,1	– 1,4	– 5,0	+ 0,9	+ 1,4
Kanada	+ 0,6	+ 4,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,9	– 3,3
Alle Handelspartner[1)5)]	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,6	+ 7,4	+ 5,1	+ 3,1
EU-Handelspartner[2)5)]	+ 2,3	+ 3,5	+ 2,9	+ 8,5	+ 5,6	+ 3,6
EU-Mitgliedsländer vor 2004[3)5)]	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,0	+ 8,0	+ 4,1	+ 2,9
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004)[4)5)]	+ 4,1	+ 7,0	+ 5,6	+10,3	+ 9,6	+ 5,5
	Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.			Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten		
Österreich im Verhältnis zu . . .						
Allen Handelspartnern[1)5)]	+ 0,1	– 0,7	– 0,3	+ 4,4	+ 4,5	– 2,6
EU-Handelspartnern[2)5)]	– 0,3	– 0,9	– 0,6	+ 3,2	+ 3,9	– 3,1
EU-Mitgliedsländern vor 2004[3)5)]	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 3,7	+ 5,5	– 2,3
"Neuen" EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004)[4)5)]	– 2,1	– 4,3	– 3,2	+ 1,5	– 0,1	– 5,0
Deutschland	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	+ 2,0	+ 4,5	– 2,7

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, OECD, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Lohnstückkosten: Quotient aus Arbeitnehmerentgelten pro Kopf (unselbständig Beschäftigte) und realer Bruttowertschöpfung pro Kopf (Erwerbstätige). Am aktuellen Rand teilweise geschätzt: Vereinigtes Königreich: Arbeitnehmerentgelte 2025 auf Basis der Veränderungsraten laut AMECO fortgeschrieben; reale Bruttowertschöpfung für 2024 und 2025 Fortschreibung auf Basis der Veränderungsraten laut Office for National Statistics. USA: Erwerbstätige 2023 bis 2025 mit dem Selbständigenanteil des Jahres 2022 fortgeschrieben. Kanada: Arbeitnehmerentgelte 2025 mit der Lohnentwicklung in der Herstellung von Waren fortgeschrieben. Japan: Arbeitnehmerentgelte und Beschäftigung 2025 mit den Veränderungsraten in der Gesamtwirtschaft fortgeschrieben, reale Bruttowertschöpfung aus Quartalsdaten. – [1)] EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – [2)] Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – [3)] Ohne Vereinigtes Königreich. – [4)] Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. – [5)] Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren.

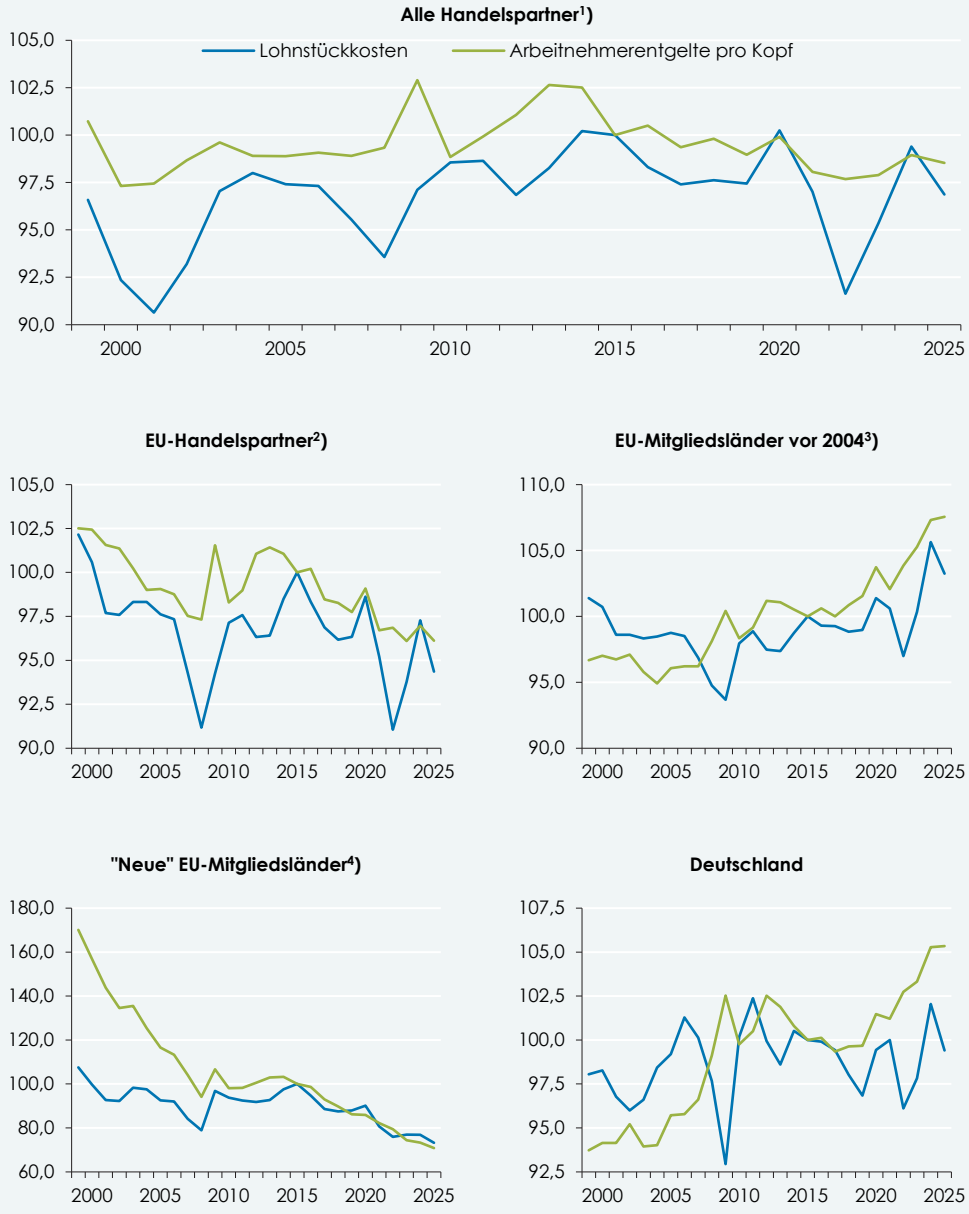
In der grafischen Darstellung werden Trendwenden und langfristige Veränderungen deutlicher sichtbar (Abbildung 2). Bis 2001 hatte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Warenherstellung gegenüber dem Durchschnitt aller Handelspartner zunächst deutlich verbessert. Nach einer gegenläufigen Entwicklung bis 2004

WIFO ■ Monatsberichte 10/2026, S. 539-553

war bis zum Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus österreichischer Sicht erneut eine Verbesserung zu verzeichnen. Die Wirtschaftskrise löste eine weitere Trendwende aus und führte 2009/10 zu einer Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten der österreichischen Industrie. Von 2010 bis 2020 war die Entwicklung gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner zwar schwankend, aber weitgehend stabil. Die Jahre 2021 und 2022 brachten deutliche Verbesserungen der heimischen Lohnstückkostenposition, auf die 2023 und 2024 kräftige Verschlechterungen folgten. 2025 verbesserte sich Österreichs relative Position wieder: Gegenüber Deutschland lag sie zuletzt etwa auf dem Niveau von 2020, gegenüber Westeuropa blieb ein Teil des in den Vorjahren aufgebauten Abstands bestehen.

Abbildung 2: **Entwicklung der relativen Lohn- und Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren**

Österreich in Relation zu den Handelspartnern, in €, 2015 = 100



Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, OECD, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. – [1]) EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – [2]) Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – [3]) Ohne Vereinigtes Königreich. – [4]) Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre wuchsen die Lohnstückkosten in Österreich rascher als in Dänemark, Schweden und den Niederlanden, aber langsamer als in Finnland und Belgien.

Die Gegenüberstellung der relativen Lohnstückkosten und der relativen Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je unselbständig Beschäftigten, Abbildung 2) zeigt implizit, wie sich die Produktivität in Österreich im Vergleich mit den Handelspartnern entwickelte. Wenn die Lohnstückkosten stärker zurückgingen als die relativen Arbeitnehmerentgelte, entwickelte sich die Produktivität in Österreich vorteilhafter als in den anderen Ländern. Ein paralleler Verlauf der beiden Zeitreihen signalisiert einen gleichmäßigen Produktivitätsfortschritt, ein rascherer Rückgang der Arbeitnehmerentgelte als der relativen Lohnstückkosten eine Verschlechterung der Produktivität in Österreich relativ zu den Handelspartnern. In den Jahren 2023 und 2024 war vor allem die schwächere Produktivitätsentwicklung für den Anstieg der relativen Lohnstückkosten verantwortlich. Gegenüber Deutschland und den anderen "alten" EU-Ländern wirkte sich zudem der stärkere Anstieg der Arbeitnehmerentgelte ungünstig aus. 2025 trug die Erholung der Produktivität wesentlich zur Stabilisierung der relativen Position Österreichs bei. Die mittel- und langfristigen Durchschnittswerte sind weiterhin mit Vorsicht zu interpretieren, da sie durch die jeweiligen COVID-19-Maßnahmen sowie den Einfluss der Inflation und die damit verbundenen staatlichen Eingriffe verzerrt sein können. Preiseingriffe können kurzfristig die Inflation dämpfen und somit zu einer schwächeren Überwälzung von Preisanstiegen auf die Arbeitskosten führen, bergen allerdings mittel- und langfristig das Risiko einer höheren Inflation. Zudem gilt es, mögliche VGR-Revisionen zu beachten.

In den einzelnen Vergleichsländern entwickelten sich die Lohnstückkosten durchwegs heterogen und ihr Verlauf ist auch von institutionellen Besonderheiten geprägt[4]). Dies gilt vor allem für die Entwicklung in den letzten fünf Jahren, welche sowohl von umfangreichen staatlichen Eingriffen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie als auch von den hohen Inflationsraten infolge des russischen Angriffskrieges geprägt war. Vergleicht man Österreich (Ø 2020/2025 +2,6% p. a.) mit Volkswirtschaften, welche hinsichtlich ihrer Bevölkerung und ihres BIP pro Kopf ähnlich sind, zeigte sich in den letzten fünf Jahren in Finnland (+5,6% p. a.) und Belgien (+3,7% p. a.) eine ungünstigere Entwicklung der Lohnstückkosten. In Dänemark (–5,6% p. a.), Schweden (+0,6% p. a.) und den Niederlanden (+1,1% p. a.) war die Entwicklung hingegen deutlich günstiger als in Österreich. In den ostmitteleuropäischen Ländern beschleunigte sich die Lohnstückkostendynamik in den letzten fünf Jahren spürbar ("neue" EU-Länder +7,0% p. a.) und war deutlich stärker als in Österreich, da die Produktivität trotz vergleichsweise robuster Wachstumsraten nicht mit den Arbeitskosten Schritt hielt.

5. Gesamtwirtschaftliche Lohnstückkosten stiegen 2025 schwächer als bei den Handelspartnern

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten stiegen 2025 in Österreich erstmals seit 2022 wieder schwächer als bei den wichtigsten Handelspartnern.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft wird neben den Lohnstückkosten der Warenerzeugung auch teilweise von jenen der Gesamtwirtschaft bestimmt. Soweit Dienstleistungen und nicht handelbare Güter als Vorleistungen benötigt werden, hat ihre Kostenentwicklung Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der am Außenhandel beteiligten Sektoren (Deutsche Bundesbank, 1998). Allerdings werden die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten auch maßgeblich von Sektoren beeinflusst, in welchen das Produktivitätswachstum konzeptionell schwer messbar ist, wie z. B. dem öffentlichen Sektor. Dementsprechend sollten die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten mit Vorsicht interpretiert werden. Dies gilt auch deshalb, da die rezentesten Daten immer noch Revisionen unterliegen und sich die staatlichen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung international unterscheiden. Damit ergibt sich auch eine beträchtliche Heterogenität hinsichtlich der Überwälzung der Inflation auf die Arbeitskosten.

In Österreich nahmen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten 2025 um 3,2% zu, nachdem sie 2023 und 2024 noch um 8,6% bzw. 7,8% gestiegen waren. Anders als in den beiden Vorjahren blieb der Anstieg geringer als im Durchschnitt aller Handelspartner (+3,7%), womit sich eine Verbesserung um 0,5 Prozentpunkte ergab. Gegenüber den EU-Handelspartnern (+4,4%) sowie gegenüber Deutschland (+4,4%) betrug sie jeweils 1,2 Prozentpunkte.

Langfristig (2015/2025) wuchsen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Österreich um 0,3 Prozentpunkte p. a. schneller als im Durchschnitt aller Handelspartner, gleich rasch wie im Durchschnitt der EU-Handelspartner und um 0,2 Prozentpunkte p. a. schneller als in Deutschland.

[4]) In Irland z. B. führte eine Korrektur der VGR 2015 zu einem überdimensionierten Produktivitätsanstieg. Die neuen VGR-Bestimmungen sehen vor, die Einkünfte aus intellektuellen Eigentumsrechten, die in Irland gehalten werden, dem irischen BIP zuzurechnen (OECD, 2016). Dies betrifft vor allem die Herstellung von Waren, spiegelt dadurch die wirtschaftliche Aktivität in Irland korrekter wider, verzerrt aber die Einschätzung der Lohnstückkosten. Die Darstellung der Lohnstückkostenentwicklung in der Sachgütererzeugung kann intellektuelle Eigentumsrechte nur dann vollständig berücksichtigen, wenn die Produktion und die Zuteilung dieser Rechte im selben Land stattfinden. Dies ist in weltweiten Wertschöpfungsketten jedoch nicht unbedingt der Fall.

Längerfristig ist sowohl in Österreich als auch bei den Handelspartnern die Dynamik der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft kräftiger als in der Warenproduktion. Dies entspricht den Erwartungen, da in der Herstellung von Waren das größte Potenzial zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Mechanisierung und Automatisierung besteht. Es bleibt abzuwarten, ob sich in Zukunft durch verstärkte Anwendungen der Künstlichen Intelligenz eine Verlagerung des Produktivitätspotenzials hin zu den Dienstleistungen ergibt. Für das Jahr 2025 ist dies noch nicht ersichtlich.

6. Zusammenfassung

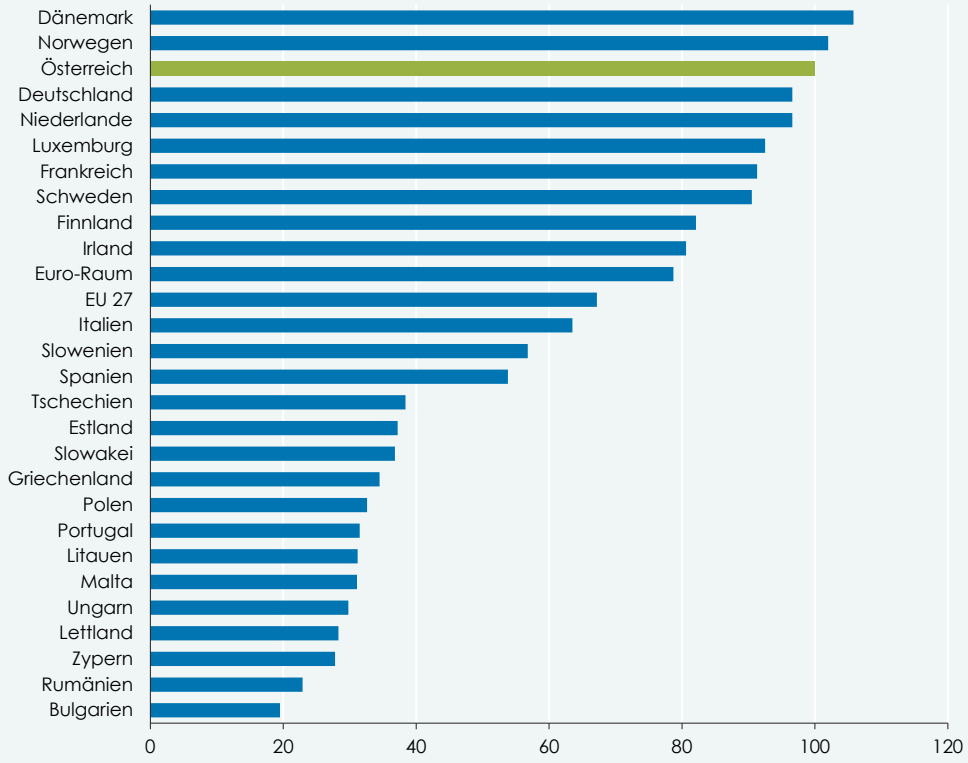
Die verfügbaren Daten zeigen für das Jahr 2025 nach zwei Jahren deutlicher Anstiege eine Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten in Österreich. Ausschlaggebend dafür waren die deutliche Erholung der Produktivität in der Warenherstellung und die merklich schwächere Dynamik der Arbeitnehmerentgelte nach der Überwindung der Hochinflationsphase.

Konkret stiegen die Arbeitnehmerentgelte pro Kopf in der österreichischen Herstellung von Waren 2025 um 3,9%, um jeweils 0,7 Prozentpunkte schwächer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner und der EU-Handelspartner und etwa im gleichen Ausmaß wie in Deutschland. Die Bruttowertschöpfung pro Kopf in der Warenherstellung wuchs um 2,2 Prozentpunkte rascher als im Durchschnitt aller Handelspartner, um 2,2 Prozentpunkte rascher als bei den EU-Handelspartnern und um 2,7 Prozentpunkte rascher als in Deutschland.

Die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung erhöhten sich 2025 nur geringfügig um 0,5% und damit um 3,1 Prozentpunkte schwächer als im gewichteten Durchschnitt der EU-Handelspartner. Zu Deutschland beträgt der Vorteil 2,7 Prozentpunkte.

Abbildung 3: **Arbeitskosten in der Herstellung von Waren im internationalen Vergleich**

Arbeitskosten je Stunde in €, 2025, Österreich = 100



Q: Eurostat, Arbeitskostenerhebung 2020, Arbeitskostenindex, WIFO, WIFO-Berechnungen. Ohne Auszubildende.

Im mittelfristigen Vergleich mit Westeuropa bleibt die relative Entwicklung dennoch ungünstig. In den letzten fünf Jahren (2020/2025) wuchsen die Lohnstückkosten in der heimischen Warenherstellung um 0,4 Prozentpunkte p. a. schneller als in

Westeuropa und gleich rasch wie in Deutschland. Gegenüber Westeuropa verschlechterte sich die relative Lohnstückkostenposition in den Jahren 2023 und 2024 um insgesamt 8,9%, 2025 verbesserte sie sich um 2,3%. Damit wurde 2025 gut ein Viertel des aufgebauten Abstands wieder abgebaut, Österreichs Position war aber noch um 1,8% ungünstiger als 2020.

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten wuchsen 2025 um 3,2%. Der Anstieg war um 0,5 Prozentpunkte schwächer als im Durchschnitt aller Handelspartner und um 1,2 Prozentpunkte schwächer als bei den EU-Handelspartnern sowie Deutschland.

Der nominell-effektive Wechselkurs erhöhte sich 2025 um 0,3%, da der Euro u. a. gegenüber dem Kanadischen Dollar, dem Dollar und dem Japanischen Yen aufwertete. Die Wechselkursentwicklung dämpfte damit für sich genommen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

Bei der Interpretation der Ergebnisse sind weiterhin mögliche Verzerrungen zu berücksichtigen. Sie ergeben sich sowohl durch Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als auch durch länderspezifische Eingriffe zur Abfederung der COVID-19-Krise sowie der Inflation.

7. Anhang: Arbeitskosten je Stunde in der Herstellung von Waren

Während für die Berechnung von aktuellen, international vergleichbaren Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren nur Daten zu den Arbeitskosten je Arbeitskraft verfügbar sind, können für die europäischen Länder auch Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde betrachtet werden. Sie basieren auf der Arbeitskostenerhebung, die in den EU-Ländern alle vier Jahre durchgeführt wird. Die jährliche Entwicklung zwischen zwei Erhebungen wird anhand eines Arbeitskostenindex fortgeschrieben. Die hier veröffentlichten Ergebnisse beruhen auf dem Arbeitskostenindex von Eurostat und der Arbeitskostenerhebung des Jahres 2020.

Übersicht 4: **Arbeitskosten je Stunde in der Herstellung von Waren**

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Ø 2020/2025
			In €				Veränderung in %
Bulgarien	5,4	5,8	6,8	8,0	9,0	10,2	+13,6
Rumänien	7,0	7,3	8,3	9,6	10,8	12,0	+11,5
Zypern	12,2	12,3	12,7	13,4	14,2	14,6	+ 3,6
Lettland	10,1	10,3	11,3	12,4	13,8	14,9	+ 8,0
Ungarn	10,3	10,9	11,2	13,7	14,6	15,6	+ 8,7
Malta	11,2	11,4	13,1	14,3	15,4	16,4	+ 8,0
Litauen	9,8	11,0	12,5	13,9	15,2	16,4	+10,8
Portugal	12,8	13,1	13,8	14,6	15,7	16,5	+ 5,4
Polen	10,1	10,6	11,5	13,2	15,5	17,1	+11,2
Griechenland	14,3	13,9	14,8	15,2	16,4	18,1	+ 4,9
Slowakei	13,4	14,2	15,7	17,0	18,2	19,3	+ 7,7
Estland	13,0	13,6	15,5	16,5	17,9	19,5	+ 8,5
Tschechien	14,3	15,2	16,7	18,4	18,7	20,2	+ 7,1
Spanien	24,2	24,0	24,6	26,0	27,2	28,3	+ 3,1
Slowenien	20,4	21,8	23,6	26,0	27,8	29,8	+ 7,9
Italien	29,4	28,8	29,7	31,0	32,3	33,4	+ 2,6
EU 27	29,0	29,2	30,6	32,4	34,0	35,3	+ 4,1
Euro-Raum	34,8	34,9	36,4	38,4	40,1	41,4	+ 3,5
Irland	33,1	34,8	36,7	38,6	41,0	42,4	+ 5,0
Finnland	37,0	38,5	39,7	41,1	41,6	43,2	+ 3,1
Schweden	42,0	45,5	44,7	42,9	44,5	47,6	+ 2,5
Frankreich	41,9	41,8	43,1	44,8	46,5	48,0	+ 2,7
Luxemburg	41,0	41,2	43,2	46,0	47,1	48,6	+ 3,5
Niederlande	40,1	40,6	42,7	45,5	48,0	50,8	+ 4,8
Deutschland	43,2	43,3	45,4	47,8	49,7	50,8	+ 3,3
Österreich	**40,8**	**41,5**	**43,9**	**47,3**	**50,5**	**52,6**	**+ 5,2**
Norwegen	47,1	51,1	52,2	49,4	51,6	53,6	+ 2,6
Dänemark	47,4	49,4	50,8	52,2	54,0	55,6	+ 3,3
Belgien	42,7	43,3	46,3	49,7	51,5	–	–

Q: Eurostat, Arbeitskostenerhebung 2020, Arbeitskostenindex, WIFO, WIFO-Berechnungen. Ohne Auszubildende. Länder aufsteigend gereiht nach den Arbeitskosten im Jahr 2025. Belgien: Wert für 2025 noch nicht verfügbar.

Anders als die Arbeitskostenerhebung wird der Arbeitskostenindex nicht in allen Ländern nach demselben statistischen Konzept ermittelt. Damit ist die internationale Vergleichbarkeit etwas eingeschränkt. Die Werte des Arbeitskostenindex sind daher mit Vorsicht zu interpretieren. Für Österreich basiert der Index neben der Arbeitskostenerhebung u. a. auf der Konjunkturstatistik des produzierenden Bereichs sowie Lohnsteuer- und Sozialversicherungsdaten. Diese Daten können zum Teil spürbar von den VGR-Werten zur Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte abweichen, die der Berechnung der Lohnstückkosten zugrunde liegen. Dies kann auch damit zusammenhängen, dass die Arbeitskosten, anders als die Arbeitnehmerentgelte, zusätzlich zu den Sozialversicherungsbeiträgen lohnabhängige Steuern der Arbeitgeber:innen einschließen. Zu beachten ist auch, dass die Arbeitskosten eine Maßzahl für die Belastung des Faktors Arbeit sind, aber keine Rückschlüsse darauf zulassen, von wem diese Kosten letztlich getragen werden. Für die Jahre seit 2020 sind zudem auch in diesem Fall mögliche Verzerrungen durch staatliche Hilfsmaßnahmen im Rahmen der COVID-19-Pandemie sowie der Teuerungskrise zu berücksichtigen, welche den Faktor Arbeit betreffen.

Übersicht 4 gibt die auf Basis des Arbeitskostenindex ermittelten Arbeitskosten je Stunde für den Zeitraum 2020/2025 wieder. 2025 kostete die Arbeitsstunde in Österreichs Warenherstellung durchschnittlich 52,56 € (Abbildung 3). Österreich nahm damit im europäischen Vergleich den 3. Rang ein[5]). Seit 2020 wachsen die Arbeitskosten je Stunde in Österreich um durchschnittlich 5,2% p. a. und somit jährlich um 1,1 Prozentpunkte schneller als im Durchschnitt der EU 27 (+4,1% p. a.), um 1,7 Prozentpunkte rascher als im Euro-Raum (+3,5% p. a.) und um 1,9 Prozentpunkte rascher als in Deutschland (+3,3% p. a.). Gegenüber 2024 betrug der Anstieg in Österreich 4,1%, im EU-Durchschnitt 3,8% und in Deutschland 2,2%.

8. Literaturhinweise

Bittschi, B., & Meyer, B. (2025). Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen. *WIFO-Monatsberichte*, *98*(10), 551-566. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63892340.

Carlin, W., Glyn, A., & Van Reenen, J. (2001). Export market performance of OECD countries: An empirical examination of the role of cost competitiveness. *The Economic Journal*, *111*(468), 128-162.

Deutsche Bundesbank (1998). *Zur Indikatorqualität unterschiedlicher Konzepte des realen Außenwerts der D-Mark*. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, November 1998, 41-55.

Dosi, G., Grazzi, M., & Moschella, D. (2015). Technology and costs in international competitiveness: From countries and sectors to firms. *Research Policy*, *44*(10), 1795-1814.

Köhler-Töglhofer, W., Url, T., & Glauninger, U. (2017). Revised competitiveness indicators for Austria reflect a comparatively stable competitiveness development of the Austrian economy over the longer horizon. *Monetary Policy & the Economy*, (Q2/17), 73-107.

OECD (2016). *Irish GDP up by 26.3% in 2015?* https://www.oecd.org/en/data/insights/data-explainers/2016/10/irish-gdp-up-by-26-per-cent-in-2015.html.

Turner, P., & Van 't dack, J. (1993). Measuring international price and cost competitiveness. *BIS Economic Papers*, *39*. https://www.bis.org/publications/measuring-international-price-and-cost-competitiveness.

[5]) Für Belgien lagen zum Zeitpunkt der Analyse noch keine Werte für 2025 vor. Belgien lag 2024 mit 51,46 € vor Österreich (50,48 €); steigen die belgischen Arbeitskosten je Stunde 2025 um mehr als 2,1%, liegt Belgien auch 2025 vor Österreich, das dann den 4. Rang einnimmt.

WIFO ■ WORKING PAPERS

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autori:nnen wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

736/2026 **Borrower-based Macroprudential Regulation under Coincident Monetary Tightening. A Case Study from Austria**
Michael Klien, Thomas Url

735/2026 **European Trade Policy after the Rupture: Strategic Dependencies, the Second China Shock and the Future of the WTO**
Gabriel Felbermayr (WIFO), Hans Gersbach (ETH Zurich, KOF)

734/2026 **Temporary Layoffs and Long-run Labour Market Scarring: Evidence from Austria**
Rainer Eppel, Thomas Horvath, Helmut Mahringer, Christine Zulehner

733/2026 **Unlocking the Heat Transition: Regulatory Barriers and Policy Enablers**
Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Stefan Schleicher

732/2026 **The Macroeconomic and Biophysical Impacts of Decarbonization and Circular Economy Strategies. A Scenario Analysis for Austria**
Ina Meyer, Mark Sommer (WIFO), André Baumgart, Nina Eisenmenger, Doris Virág (BOKU Vienna, SEC), Kurt Kratena (CESAR), Willi Haas (BOKU Vienna, SEC)

731/2026 **Wirtschaftspolitische Handlungsoptionen betreffend Mitnahmeeffekte bei staatlichen Subventionen**
Michael Böheim, Susanne Bärenthaler-Sieber, Daniela Kletzan-Slamanig

730/2026 **Climate Change and Economic Dynamics: Temperature-dependent Shock Propagation**
Christian Glocker, Thomas Url

729/2026 **The Link Between Monetary Policy and the Labor Share – New Empirical Evidence and Theoretical Considerations**
Harald Badinger, Christian Glocker, Stefan Schiman-Vukan

728/2026 **Differences in the Impact of Digital Platform Use. Evidence from an Austrian Enterprise Survey**
Sandra Bilek-Steindl, Susanne Bärenthaler-Sieber, Julia Bock-Schappelwein, Michael Peneder

727/2026 **Chinese Import Competition, Firm-Level Productivity Growth and the Distance to the Frontier**
Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler (WIFO), Andreas Reinstaller (Austrian Productivity Board)

726/2026 **Evolution of European Industrial Policy: Past, Present and Perspective**
Michael Peneder

725/2026 **A Market Design Proposal for Decoupling Carbon and Electricity Prices**
Simon Finster, Bernhard Kasberger, Simon Rütten

724/2026 **Sectoral and Aggregate Effects of Supply Chain Disruptions in a Small Open Economy**
Klaus Friesenbichler, Christian Glocker, Werner Hölzl, Philipp Piribauer (WIFO, ASCII)

723/2026 **Evaluating Tariff Shock Propagation in an Integrated Demand System-MRIO Framework**
Asjad Naqvi

722/2026 **estimateW: An R Package for Bayesian Estimation of Weight Matrices in Spatial Econometric Panels**
Tamás Krisztin (IIASA), Philipp Piribauer (WIFO)

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/

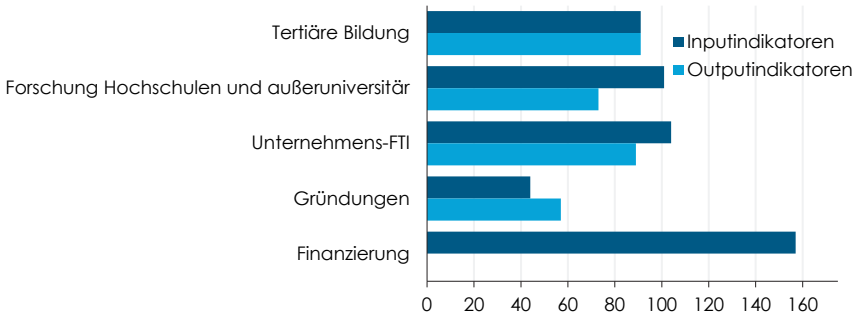
Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich anhand des FTI-Monitors

Jürgen Janger

- Österreich hat seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) über Jahrzehnte kräftig ausgeweitet. Die F&E-Quote liegt seit 2012 über jener der führenden Innovationsländer der EU. Die Leistung des Forschungs-, Technologie- und Innovationssystems (FTI-System) hat damit allerdings nicht Schritt gehalten.
- Im FTI-Monitor des Rates für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT), für den das WIFO die Daten bereitstellt, erzielte Österreich hinsichtlich der Outputindikatoren des FTI-Kernsystems 2026 nur 78% des Wertes der führenden Innovationsländer, nach 79% zu Beginn der Zeitreihe um 2015. Deutlich vorne liegt Österreich nur bei der Finanzierung.
- Dieser Beitrag diskutiert drei Erklärungen für die anhaltende Lücke zwischen Input und Output: Die Inputs könnten überschätzt sein, die großen Finanzierungsinstrumente entfalten nicht die gewünschte Wirkung, und die FTI-Politik setzt ihre Prioritäten stärker auf das Upgrading bestehender Unternehmen als auf den Strukturwandel.
- Mögliche Ansatzpunkte zur Verbesserung des Outputs sind die wirkungsorientierte Umschichtung von Mitteln auf Basis von Evaluierungen, die verstärkte Bereitstellung von Wachstumskapital für Start-ups und eine selektive Stärkung der technischen Universitäten, die im Vergleich mit europäischen Spitzeneinrichtungen klein, fragmentiert und schwach finanziert sind.

Input- und Outputleistung Österreichs im FTI-Kernsystem

2026, führende Innovationsländer = 100



Im Kernsystem des FTI-Monitors übertreffen die Inputs der Bereiche Forschung und Unternehmens-FTI das Niveau der führenden Innovationsländer, während die Outputs deutlich darunter bleiben. Für die Finanzierung liegen nur Inputindikatoren vor (Q: Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung – FORWIT, FTI-Monitor 2026, Datenstand: 28. 2. 2026; WIFO-Berechnungen).

"Österreich liegt im FTI-Monitor nur bei der Finanzierung deutlich vor den führenden Innovationsländern, bei den Leistungsindikatoren dagegen meist deutlich dahinter – daran hat sich seit 2015 wenig geändert."

Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich anhand des FTI-Monitors

Jürgen Janger

Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich anhand des FTI-Monitors

Österreich hat die Ausgaben für Forschung, Technologie und Innovation (FTI) über Jahrzehnte auf ein Niveau über jenes der führenden Innovationsländer der EU gesteigert. Der FTI-Monitor des FORWIT, für den das WIFO die Daten bereitstellt, erlaubt eine indikatorbasierte Evaluierung des gesamten FTI-Systems über die Zeit. Sie zeigt, dass sich die Leistung des Systems seit 2015 kaum verbessert hat: Nur bei der Finanzierung liegt Österreich deutlich vor den führenden Innovationsländern, bei Absolvent:innen, Publikationen, Patenten und Unternehmensgründungen dagegen deutlich dahinter. Als Ursachen kommen eine Überschätzung der Inputs, eine geringe Wirkung der großen Förderinstrumente und eine einseitige Ausrichtung der FTI-Politik auf das Upgrading bestehender Unternehmen in Frage. Für mehr Strukturwandel wären vor allem Wachstumskapital für Start-ups und leistungsfähige Universitäten notwendig.

Austria's Innovation Performance in International Comparison Based on the STI Monitor

Over decades, Austria has increased its expenditure on science, technology and innovation (STI) to a level above that of the leading innovation countries in the EU. The STI Monitor of the Austrian Council for Research, Science, Innovation and Technology Development (FORWIT), for which WIFO provides the data, allows an indicator-based evaluation of the entire STI system over time. It shows that system performance has hardly changed since 2015: Austria is well above the level of the Innovation Leaders only in terms of funding, but well below in terms of graduates, publications, patents and start-ups. Possible causes are an overestimation of inputs, a low impact of the largest funding instruments and a one-sided focus of STI policy on upgrading existing firms. More structural change would above all require growth capital for start-ups and better-performing technical universities.

JEL-Codes: O31, O38, I23 • **Keywords:** Innovationsleistung, FTI-Monitor, FTI-Politik, Strukturwandel, technische Universitäten

Der vorliegende Beitrag ist eine Weiterentwicklung von Jürgen Janger, Tim Slickers (2025). Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich. WIFO-Monatsberichte, 98(10), 567-582. • Bei der Erstellung der Abbildungen und der sprachlichen Überarbeitung der Rohfassung dieses Beitrags wurde Claude Opus 5.5 unterstützend eingesetzt. Die inhaltliche Prüfung und die Verantwortung für den veröffentlichten Text liegen beim Autor.

Begutachtung: Michael Peneder • Abgeschlossen am 6. 10. 2026

Kontakt: Jürgen Janger (juergen.janger@wifo.ac.at)

1. Hohe Ausgaben, aber stagnierende Leistung

Die Leistung des österreichischen FTI-Systems hat langfristig nicht im selben Ausmaß zugenommen wie die Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Österreich zählt gemessen an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) zu den forschungsintensivsten Volkswirtschaften der Welt. Laut einer Schätzung von Statistik Austria wird Österreich 2026 rund 17,6 Mrd. € für F&E aufwenden, womit die F&E-Quote mit 3,34% des BIP knapp unter dem Höchstwert des Vorjahres von 3,39% liegt (Statistik Austria, 2026). Innerhalb der EU erreicht Österreich damit den dritten Rang, und seit 2012 übertrifft seine F&E-Quote durchgängig jene der führenden Innovationsländer (Innovation Leaders) laut European Innovation Scoreboard (EIS; Janger & Slickers, 2025).

Die Leistung des Innovationssystems hat mit dieser Ausgabendynamik allerdings nicht Schritt gehalten. Im EIS 2026 liegt Österreich unverändert auf Rang 8 und erreicht 113% des EU-Durchschnittes; der Abstand zur Schwelle von 125%, ab der ein Land zu den Innovation Leaders zählt, hat sich seit 2019 vergrößert (Europäische Kommission, 2026). Das in der FTI-Strategie 2030 formulierte Ziel, zu den führenden Innovationsländern aufzuschließen (Österreichische Bundesregierung, 2020), rückt damit eher in die Ferne. Die Innovation Leaders waren bis Juli 2026 Schweden, Dänemark, Finnland und die Niederlande[1]).

Der Befund einer Lücke zwischen hohen Inputs und vergleichsweise schwachen Outputs ist nicht neu; er zieht sich durch die bisherigen Beiträge dieser jährlichen Reihe

[1]) Der FTI-Monitor verwendet den Durchschnitt der Innovation Leaders des jeweils aktuellen EIS als Benchmark. Veränderungen in der Zusammensetzung der Gruppe verschieben daher auch den Vergleichsmaßstab. Seit der EIS-Ausgabe 2026 zählt Finnland nicht mehr zu den führenden Innovationsländern; dieser Beitrag stützt sich allerdings auf den Datenstand von Ende Februar 2026.

(zuletzt Janger & Slickers, 2025)[2]). Neu ist in diesem Jahr die Perspektive. Statt eines Querschnittsvergleichs ausgewählter Indikatoren wird die Entwicklung des gesamten FTI-Systems über die Zeit betrachtet. Grundlage ist der FTI-Monitor des FORWIT, der sich für eine solche indikatorbasierte Systemevaluierung eignet. Die Leitfrage lautet: Warum gelingt es Österreich trotz der schon lange sehr hohen F&E-Ausgaben nicht, das Leistungsniveau der führenden Innovationsländer zu erreichen?

Die Frage gewinnt zunehmend an Gewicht, weil sich die Rahmenbedingungen verschärft haben. Global findet ein Wettlauf um Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz statt, die EU fällt in der Innovationsleistung gegenüber den USA und China zurück (Draghi, 2024), und Österreich hat durch den inflationsbedingten Kostenschock an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Zugleich ist der budgetäre Spielraum wegen der notwendigen Konsolidierung klein. Steigerungen der Innovationsleistung werden daher weniger über zusätzliche Mittel als über einen wirksameren Mitteleinsatz erreicht werden müssen.

Kapitel 2 beschreibt den FTI-Monitor, Kapitel 3 die Entwicklung der Systemleistung seit 2015. Kapitel 4 diskutiert drei mögliche Ursachen für die anhaltende Lücke zwischen Input und Output, und Kapitel 5 zieht Schlussfolgerungen.

2. Der FTI-Monitor als Instrument einer indikatorbasierten Systemevaluierung

Der FTI-Monitor ist ein webbasiertes Monitoring des österreichischen FTI-Systems, das der FORWIT seit 2022 betreibt[3]). Das zugrundeliegende Indikatorensystem wurde vom WIFO konzipiert (Janger & Strauss-Kollin, 2020), das auch die Daten bereitstellt. Mehr als 200 Indikatoren, die Quellen wie der OECD, Eurostat oder Patentdatenbanken entstammen, beschreiben das FTI-System in 18 Bereichen, die zu vier Teilsystemen zusammengefasst sind:

- FTI-Rahmenbedingungen: Regulierung, Finanz- und Steuersystem, Bildung, internationale Verflechtung,
- FTI-Kernsystem: tertiäre Bildung, Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen, Unternehmens-FTI, Gründungen, Finanzierung,
- FTI-Querschnittsthemen: Digitalisierung, Umwelt und Klima, Kreislaufwirtschaft, Standortattraktivität, Geschlechtergerechtigkeit, Technologiesouveränität, künstliche Intelligenz,
- Wirkung: Effektivität, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit in FTI.

Als Vergleichsmaßstab dient der Durchschnittswert der Innovation Leaders laut EIS, dessen Niveau gleich 100 gesetzt wird[4]). Werte über 100 bedeuten daher eine höhere, Werte unter 100 eine niedrigere Leistung Österreichs. Alternativ kann Österreich mit dem EU-Durchschnitt oder den jeweiligen weltweiten Top 3 verglichen werden. Die Indikatoren werden zu Bereichswerten verdichtet und als Input oder Output klassifiziert. Inputs sind Ressourcen wie Ausgaben, Förderungen oder Personal, Outputs die Ergebnisse, die mit diesen Ressourcen erzielt werden, z. B. Absolvent:innen, Publikationen, Patente oder das Wachstum junger Unternehmen. Einige Bereiche enthalten nur Inputindikatoren (etwa Finanzierung oder Standortattraktivität), andere nur Outputindikatoren (etwa Geschlechtergerechtigkeit oder Effektivität).

Die Zuordnung der Indikatoren folgt in jedem Bereich einer Wirkungskette, in Anlehnung an eine ökonomische Produktionsfunktion bzw. die aus Evaluierungen bekannte Interventionslogik (Solow, 1957; McLaughlin & Jordan, 1999; Janger & Strauss-Kollin, 2020). Auf der Inputseite werden monetäre und personelle Ressourcen erfasst, etwa F&E-Ausgaben oder Forschungspersonal, auf der Outputseite soweit möglich sowohl Quantität als auch Qualität, etwa die Zahl und Qualität von Patenten. Outputs umfassen dabei verkürzt sowohl direkte Ergebnisse, z. B. Patente als Ergebnis von Forschung in Unternehmen, als auch weiterführende Wirkungen wie durch Innovationen erzielte Umsätze oder gesamtwirtschaftliche Produktivitätseffekte. Wirkungsketten werden nicht nur für Unternehmen dargestellt, sondern auch für die tertiäre Bildung und die Forschung an Hochschulen. Deren Outputs, etwa Absolvent:innen oder neues Wissen, sind zugleich Inputs für Unternehmen, werden dort aber nicht doppelt erfasst (Abbildungen 6 und 7 im Anhang). Ausgenommen sind Bereiche ohne Produktionsprozess im engeren Sinn, etwa Regulierung und Steuern; im Bereich Geschlechtergerechtigkeit folgen die Indikatoren dem Karriereverlauf. Die Wirkungskette unterstellt keinen linearen Innovationsprozess, sondern dient der systematischen Messung.

[2]) Die Beiträge der Reihe erscheinen jährlich, um eine regelmäßige und systematische Analyse der Innovationsleistungsfähigkeit Österreichs zu ermöglichen.
[3]) https://fti-monitor.forwit.at. Der FTI-Monitor löste die Berichte zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs ab, die der Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE) von 2012 bis 2023 veröffentlichte.
[4]) Ausnahme ist der Bereich Technologiesouveränität, in dem die Leistung der EU insgesamt mit den USA, China usw. verglichen wird.

Gegenüber Innovationsrankings wie dem EIS hat die Trennung in Input- und Outputindikatoren im FTI-Monitor zwei Vorteile: Im Gegensatz zum EIS können hohe Inputs wie F&E-Ausgaben eine schwache Leistung nicht kompensieren – dies ist nur in den Gesamtwerten der Bereiche möglich –, und Policy-Indikatoren wie die öffentliche F&E-Finanzierung lassen sich von Leistungsindikatoren wie der Zahl der Patente unterscheiden. Übersicht 2 im Anhang nennt für die Bereiche des FTI-Kernsystems ausgewählte Input- und Outputindikatoren[5]).

Dieser Aufbau entspricht der Logik einer Programmevaluierung, angewandt auf das gesamte System. Der FTI-Monitor eignet sich daher als ein Instrument einer indikatorbasierten Systemevaluierung: Er zeigt, wie sich die eingesetzten Ressourcen und die ihnen entsprechenden Leistungen über die Zeit entwickeln. Im vorliegenden Beitrag werden die Bereichswerte zu Beginn der jeweiligen Zeitreihe, zumeist 2015, mit den letztverfügbaren Werten zum Stand 2026 verglichen[6]).

Vier Einschränkungen sind zu beachten. Erstens ist die Messung relativ: Ein unveränderter Wert bedeutet nicht Stillstand, sondern zeigt nur an, dass Österreich gegenüber den Innovation Leaders nicht aufgeholt hat[7]). Zweitens verschiebt sich die Benchmark, wenn sich die Zusammensetzung der führenden Innovationsländer ändert. Drittens verdecken Bereichswerte die Heterogenität der Einzelindikatoren[8]), und Datenrevisionen können einzelne Bereiche stark beeinflussen. Viertens ist die Analyse deskriptiv; kausale Aussagen über die Wirkung einzelner Instrumente erlaubt sie nicht. Sie kann aber zeigen, wo die größten Leistungsdefizite liegen und ob sich diese über die Zeit verändern. Dadurch stößt sie weitere, vertiefte Analysen an.

3. Systemleistung seit 2015 kaum verbessert

3.1 Gesamtniveau 2026 und Veränderung seit 2015

Weit vor den Innovation Leaders liegt Österreich nur bei der Finanzierung. Bei Gründungen und Forschungsleistung der Hochschulen ist der Rückstand am größten.

Die Leistungsfähigkeit Österreichs in den einzelnen Bereichen des FTI-Monitors 2026 ist in Abbildung 1 dargestellt. Österreich lag zuletzt nur in fünf der 17 Bereiche vor den Innovation Leaders: bei der Finanzierung, der internationalen Verflechtung, der Kreislaufwirtschaft, der Effektivität von FTI-Aktivitäten[9]) sowie bei Umwelt und Klima. Mit Abstand am größten ist der Vorsprung im Bereich Finanzierung (157%), der ausschließlich aus Inputindikatoren besteht. Deutlich zurück liegt Österreich bei den Unternehmensgründungen (57%), bei der Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen (73%), und hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit in FTI gemessen anhand von Schlüsseltechnologien (75%)[10]). Dazwischen liegt eine breite Gruppe von Bereichen, in denen Österreich 75% bis 90% des Niveaus der Innovation Leaders erreicht, darunter Unternehmens-FTI (89%), Digitalisierung (76%), künstliche Intelligenz (82%) und Effizienz (78%).

Langfristig positiv entwickelt haben sich von den vier Teilsystemen nur die Rahmenbedingungen für FTI, die drei anderen Teilsysteme (FTI-Kernsystem, FTI-Querschnittsthemen sowie Wirkung) haben sich verschlechtert, am stärksten das letztgenannte (–7 Punkte). Österreich hat in 10 von 17 Bereichen[11]) Boden verloren, darunter bei Unternehmens-FTI (–9 Punkte), Umwelt und Klima (–7 Punkte), Standortattraktivität (–9 Punkte) und Effizienz (–10 Punkte)[12]). Sein FTI-System hat sich somit in einem Jahrzehnt relativ zu den Innovation Leaders nicht verbessert.

[5]) Alle Indikatoren sind auf der Website des FTI-Monitors nach Bereichen gegliedert und als Input oder Output gekennzeichnet (https://fti-monitor.forwit.at/de/O/system), z. B. https://fti-monitor.forwit.at/de/B/B.3 für Unternehmens-FTI.

[6]) Die Zeitreihe beginnt je nach Bereich 2015 oder später (Gründungen 2016, Wettbewerbsfähigkeit in FTI 2022, künstliche Intelligenz 2024). Die Werte des Standes 2026 beziehen sich auf das jeweils letztverfügbare Datenjahr, das bei vielen Indikatoren zwei bis drei Jahre zurückliegt.

[7]) Absolutwerte Österreichs und der Vergleichsländer sind auf der Website des FTI-Monitors verfügbar.

[8]) Beiträge wie dieser unterliegen Platzbeschränkungen; die Website des FTI-Monitors zeigt alle Einzelindikatoren.

[9]) Dieser Bereich fasst Österreichs Abschneiden in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Umwelt und Gesundheit zusammen, auf die sich FTI-Leistung auswirken soll – letztere ist kein Selbstzweck. Dabei zeigt sich, dass die noch überdurchschnittliche Leistung Österreichs auf weitere Faktoren neben FTI zurückzuführen sein muss, wie z. B. Arbeitsmarktpolitik und -regeln, Tourismus, Wasserkraft, die zentrale Lage in der Mitte Europas usw.

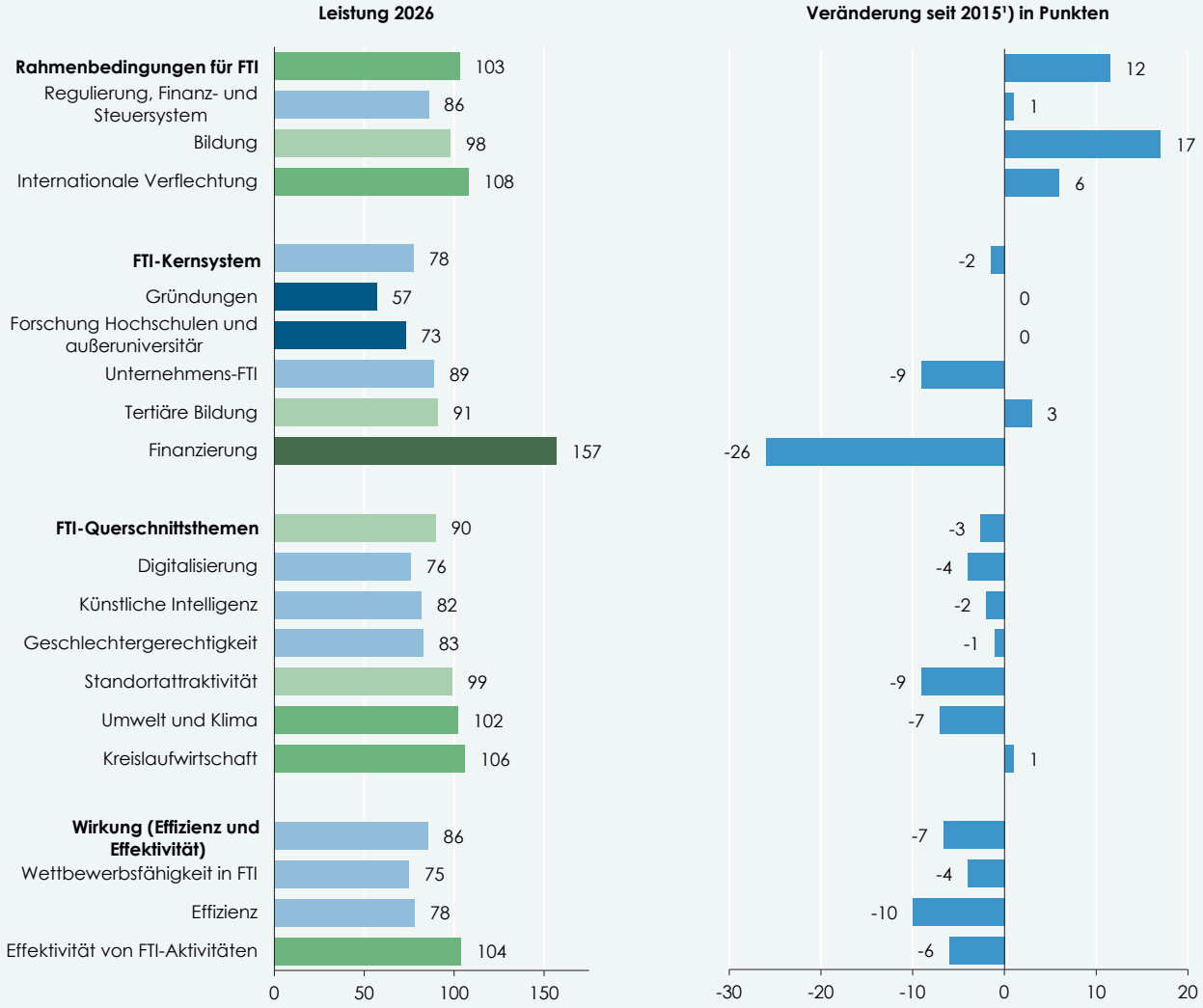
[10]) Schlüsseltechnologien sind durch eine lebhafte technologische Dynamik, globale Wettläufe und hohe wirtschaftliche Bedeutung gekennzeichnet; Wettbewerbsfähigkeit in diesen Bereichen, gemessen anhand von Erfindungen, ist deshalb ein Indikator für die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit des FTI-Systems (Hofmann et al., 2025)

[11]) Ohne technologische Souveränität, bei der der EU-Durchschnitt mit Nicht-EU-Regionen verglichen wird.

[12]) Die Europäische Kommission bescheinigte Österreich die zweitschlechteste Effizienz im Bereich F&E unter den EU-Ländern (Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, 2026).

Abbildung 1: **Leistungsfähigkeit Österreichs in den Teilsystemen und Bereichen des FTI-Monitors**

Führende Innovationsländer = 100



Q: Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT), FTI-Monitor 2026; WIFO-Berechnungen. Leistung gemessen an den Outputindikatoren des Bereichs; für Bereiche ohne Outputindikatoren (Finanzierung, Standortattraktivität, Regulierung, Finanz- und Steuersystem) Gesamt- bzw. Inputwert. Veränderung gegenüber dem Beginn der Zeitreihe (2015 oder später). Erster Balken je Block: Leistung im jeweiligen Teilsystem des FTI-Monitors (Durchschnittswert). Farbskala linke Grafik: Dunkelgrün . . . ab 110, Mittelgrün . . . 100 bis unter 110, Hellgrün . . . 90 bis unter 100, Hellblau . . . 75 bis unter 90, Dunkelblau . . . unter 75. – ¹) Ausnahmen siehe Übersicht 1.

3.2 Niveau und Veränderung auf der Input- und der Outputebene

Übersicht 1 stellt die Entwicklung des FTI-Systems getrennt nach Input- und Outputwerten dar. Die Zeitdimension ist dabei zentral: die Auswahl der Indikatoren ist ein diskretionärer Prozess, nicht alle Indikatoren lassen sich auf einmal darstellen. Aber selbst für Österreich "ungünstige" Indikatoren sollten sich im Zeitverlauf durch höhere Aufwendungen verbessern. Wo sich die Inputs verbessert haben, folgten jedoch nicht im gleichen Ausmaß auch Verbesserungen der Outputs: so legte Österreich etwa bei den Inputwerten der tertiären Bildung um 9 Punkte zu, im Output aber nur um 3 Punkte. In der Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen stieg der Inputwert um 12 Punkte, während der Outputwert bei 73% stagnierte. Auch bei den Gründungen verbesserten sich nur die Inputs (+11 Punkte) die Outputs verharrten bei schwachen 57%. In der Unternehmens-FTI stiegen die Inputs um 5 Punkte, während die Outputs um 9 Punkte auf 89% zurückgingen. Im Bereich Digitalisierung steht einem Anstieg der Inputs um 10 Punkte ein outputseitiger Rückgang um 4 Punkte gegenüber. Deutliche Verbesserungen auf der Outputseite verzeichneten nur die Bereiche Bildung (+17 Punkte)[13]) und internationale Verflechtung (+6 Punkte).

Wo sich die Inputs verbessert haben, hielten die Outputs nicht im gleichen Ausmaß Schritt. Österreich hat in einem Jahrzehnt gegenüber den Innovation Leaders kaum aufgeholt.

[13]) Nach den neuesten PISA-Ergebnissen schneidet dieser Bereich sogar noch positiver ab als bisher.

Übersicht 1: **Leistung Österreichs in den Teilbereichen des FTI-Monitors**
Führende Innovationsländer = 100

	Beginn	Inputwerte 2026	Inputwerte Veränderung in Punkten gegenüber 2015	Outputwerte 2026	Outputwerte Veränderung in Punkten gegenüber 2015
Rahmenbedingungen für FTI		**99**	**– 2**	**103**	**+ 12**
Regulierung, Finanz- und Steuersystem	2015	86	+ 1	–	–
Bildung	2015	92	+ 0	98	+ 17
Internationale Verflechtung	2015	118	– 8	108	+ 6
FTI-Kernsystem		**99**	**+ 2**	**78**	**– 2**
Tertiäre Bildung	2015	91	+ 9	91	+ 3
Forschung Hochschulen und außeruniversitär	2015	101	+ 12	73	+ 0
Unternehmens-FTI	2015	104	+ 5	89	– 9
Gründungen	2016	44	+ 11	57	+ 0
Finanzierung	2015	157	– 26	–	–
FTI-Querschnittsthemen		**82**	**– 7**	**90**	**– 3**
Digitalisierung	2015	81	+ 10	76	– 4
Umwelt und Klima	2015	66	– 15	102	– 7
Standortattraktivität	2015	99	– 9		–
Geschlechtergerechtigkeit	2015	–	–	83	– 1
Kreislaufwirtschaft	2015	–	–	106	+ 1
Künstliche Intelligenz	2024	80	– 15	82	– 2
Wirkung (Effizienz und Effektivität)		–	–	**86**	**– 7**
Effizienz	2015	93	+ 3	78	– 10
Effektivität von FTI-Aktivitäten	2015	–	–	104	– 6
Wettbewerbsfähigkeit in FTI	2022	–	–	75	– 4

Q: Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT), FTI-Monitor 2026; WIFO-Berechnungen. Beginn der Zeitreihe; Stand des FTI-Monitors 2026 (jeweils letztverfügbares Datenjahr, Datenstand 28. 2. 2026). Durchschnittswerte der Teilbereiche fett hervorgehoben. – . . . Zahlenwert nicht verfügbar bzw. Bereich enthält keine Indikatoren dieses Typs. Farbskala: Dunkelgrün . . . ab 110, Mittelgrün . . . 100 bis unter 110, Hellgrün . . . 90 bis unter 100, Hellblau . . . 75 bis unter 90, Dunkelblau . . . unter 75. Die Grauschattierung zeigt die Stärke der Veränderung an.

3.3 Ausgaben und Leistung in drei Kernbereichen

In vielen Bereichen setzt Österreich gleich viel oder mehr Ressourcen ein als die Innovation Leaders, ohne deren Leistungsniveau zu erreichen.

Abbildung 2 verdichtet den Befund des Auseinanderklaffens von Input und Output anhand ausgewählter Einzelindikatoren für drei Kernbereiche des FTI-Systems. An Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen liegen Österreichs F&E-Ausgaben bei 106%, und die Hochschulausgaben je Studierende:n entsprechen dem Niveau der führenden Innovationsländer. Die Zahl der Hochschulabsolvent:innen (ohne Abschlüsse an berufsbildenden höheren Schulen)[14]) erreicht dagegen nur 64% ihres Niveaus, die Zahl der Publikationen 74% und ihre Qualität 79%. Im Unternehmensbereich ist das Bild ähnlich: zwar übertreffen Österreichs F&E-Ausgaben auch hier das Niveau der Innovation Leaders (110%), doch bleiben die Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (77%), die triadischen Patente (60%) und die Leistung in Schlüsseltechnologien (75%) deutlich zurück[15]).

Am größten ist der Rückstand bei den neuen Unternehmen (Start-ups). Die Risikokapitalintensität erreicht nur 27% des Niveaus der Innovation Leaders, die Zahl junger schnellwachsender Unternehmen 60% und jene der Unicorns[16]) 43%. Umgekehrt verausgabt Österreich für die öffentliche Finanzierung von F&E in Unternehmen mehr als das Doppelte (208%), für Hochschulen und Grundlagenforschung 113%. Der Detailvergleich zeigt auch, dass Inputs nicht überall über den Werten der Vergleichsländer liegen – neben der Risikokapitalintensität (27%) erreicht die kompetitiv vergebene Grundlagenforschungsförderung des Wissenschaftsfonds FWF nur 73%[17]).

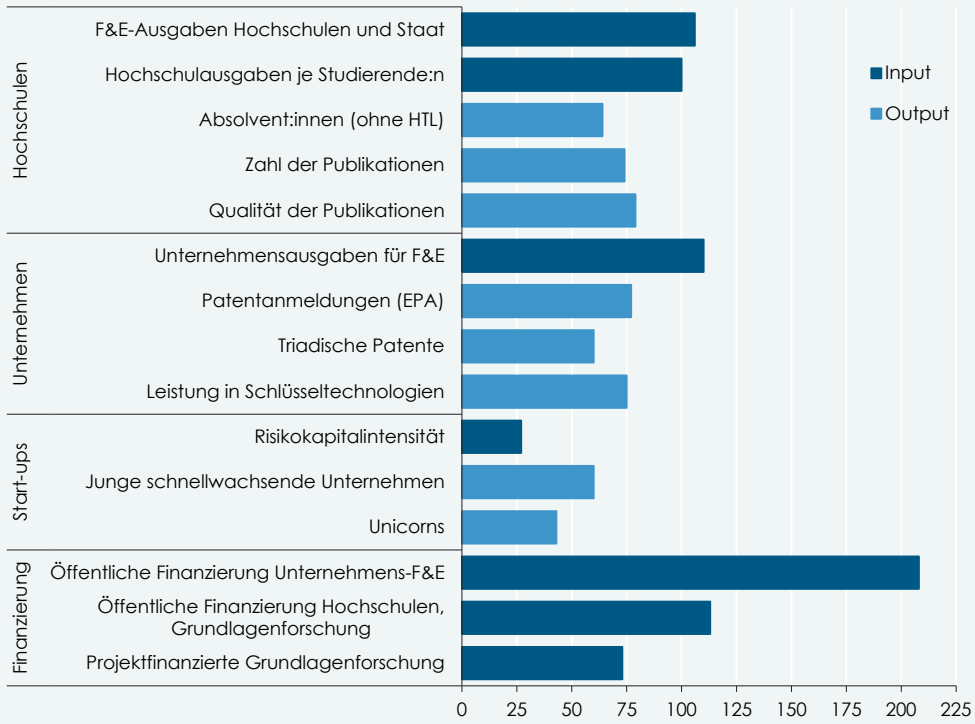
Freilich erzielt Österreich vereinzelt hervorragende Leistungen. So hat es bei den Grants des Europäischen Forschungsrates (ERC) zu den Innovation Leaders aufgeschlossen (101%), und in der Schlüsseltechnologie Mikroelektronik liegt die Patentleistung bei 165%. Solche Stärken reichen aber nicht aus, um

[14]) Einschließlich BHS-Absolvent:innen (ISCED 5) erreicht Österreich 88% des Niveaus der führenden Länder.
[15]) Der Wert für die Unternehmensausgaben für F&E (110%) bezieht sich auf den Einzelindikator; der Inputwert des Bereichs Unternehmens-FTI (104%) fasst alle Inputindikatoren des Bereichs zusammen.
[16]) Unicorns sind Start-up-Unternehmen mit einer Bewertung von über 1 Mrd. €.
[17]) Der FWF wird hier mit den Pendants aus Deutschland, der Schweiz, Dänemark, Finnland, den Niederlanden, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den USA verglichen.

die Systemleistung insgesamt anzuheben. Das deckt sich mit den Ergebnissen des Vorjahresbeitrages, wonach Österreich in der Wissensproduktion und -verwertung zwar über dem EU-Durchschnitt, aber meist hinter den Innovation Leaders und deutlich hinter den globalen Top 3 rangiert (Janger & Slickers, 2025).

Abbildung 2: **Ausgaben und Leistung Österreichs in ausgewählten Kernbereichen des FTI-Systems**

2026, führende Innovationsländer = 100



Q: Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT), FTI-Monitor 2026; WIFO-Berechnungen. Ausgewählte Einzelindikatoren, jeweils letztverfügbares Jahr. Absolvent:innen ohne Abschlüsse an berufsbildenden höheren Schulen (BHS). Unicorns sind Start-up-Unternehmen mit einer Bewertung von über 1 Mrd. €. EPA . . . Europäisches Patentamt.

4. Warum wird das Leistungsniveau der Innovation Leaders nicht erreicht?

Eine Erklärung dieses Rückstandes muss vor allem die bereits lang bestehende Lücke zwischen der öffentlichen F&E-Finanzierung insgesamt und den damit erzielten Leistungen berücksichtigen. Kurzfristige Diskrepanzen zwischen Ausgaben und Ergebnissen, wie sie für F&E typisch sind, können nicht erklären, warum Österreichs F&E-Quote seit mehr als einem Jahrzehnt über jener der Innovation Leaders liegt, ohne dass die Outputs aufschließen. Im Folgenden werden drei Erklärungsansätze diskutiert, die einander nicht ausschließen, sondern sich teilweise komplementieren.

4.1 Werden F&E-Ausgaben richtig gemessen?

Eine erste mögliche Erklärung ist eine Überschätzung der F&E-Ausgaben, womit die tatsächliche Lücke zwischen Input und Output kleiner wäre, als es die Indikatoren nahelegen. Besonders relevant ist dies für den Hochschulsektor. Die Personalausgaben der Universitäten für F&E (2023: 1,4 Mrd. €; Statistik Austria, F&E-Erhebung 2023) werden nicht direkt verbucht, sondern aus den Gesamtausgaben abgeleitet, indem der Anteil der Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals ermittelt wird, der auf Forschung entfällt – im Unterschied zu Lehre und Verwaltung. In Österreich beruht dieser Arbeitszeitanteil auf Angaben in der Fragebogenerhebung von Statistik Austria, in der die Forscher:innen bzw. ihre Organisationseinheiten ihre Zeitverwendung selbst einschätzen[18]). Derartige Selbsteinschätzungen der Zeitverwendung sind allerdings anfällig für Verzerrungen. Forschung ist das zentrale Kriterium für Reputation und Karriere im Wissenschaftssystem,

Selbsteinschätzungen der Forschungszeit an Hochschulen und Steueranreize können die F&E-Ausgaben überzeichnen. Die geringe Wirkung kann das aber bestenfalls nur teilweise erklären.

[18]) Die F&E-Erhebung im Hochschulsektor wird von Statistik Austria alle zwei Jahre als Vollerhebung nach den Richtlinien des Frascati-Handbuchs der OECD (OECD, 2015) durchgeführt. Die F&E-Ausgaben der Landeskrankenanstalten werden nicht erhoben, sondern anhand von Meldungen der Länder geschätzt.

Die großen Finanzierungsinstrumente des österreichischen FTI-Systems folgen einer Logik gleichmäßiger Wachstumspfade und zielen somit nicht auf die Behebung der größten Leistungsdefizite ab.

sodass ihr Anteil tendenziell als hoch angegeben werden könnte. Gerade in Österreich, wo der offene Hochschulzugang an vielen Universitäten mit ungünstigen Betreuungsrelationen[19]) einhergeht, ist ein hoher Forschungsanteil an der Arbeitszeit erklärungsbedürftig, wenn breite Personalkategorien in die Erhebung einbezogen werden. Zudem ist in Österreich der Anteil des universitären Sektors am gesamten Hochschulsystem sehr groß; gemessen am Anteil der Studierenden beträgt er 74%, in den Niederlanden hingegen nur etwa 30% (Hofmann & Janger, 2023).

Auch im Unternehmenssektor sind Messprobleme denkbar. Die Forschungsprämie in Höhe von 14% der F&E-Aufwendungen ist ein volumenbasierter Steueranreiz; 2026 beträgt ihr Volumen rund 1,3 Mrd. € (Statistik Austria, 2026). Die Einordnung und Abgrenzung von Ausgaben als Grundlagenforschung, angewandte Forschung oder experimentelle Entwicklung sind immer mit Unschärfen verbunden. Steuerliche Anreize belohnen es, Aktivitäten im Grenzbereich zwischen F&E und Routineentwicklung im Zweifelsfall der F&E zuzurechnen (Chen et al., 2021).

Ob es tatsächlich Messverzerrungen in den beiden Sektoren gibt und wie groß diese sind, lässt sich mit den verfügbaren Informationen nicht beantworten. Messverzerrungen könnten einen Teil des Niveauunterschiedes zwischen Input und Output erklären, nicht aber, dass steigende Inputs über ein Jahrzehnt mit stagnierenden Outputs einhergingen. Dafür müssten Forscher:innen an Universitäten immer höhere Zeitanteile für Forschung angegeben und Unternehmen einen immer größeren Teil ihrer Ausgaben der F&E zugerechnet haben. Laut Statistik Austria blieb der Zeitanteil von Forschung über die Jahre aber relativ stabil, während die Begutachtung von Anträgen auf Forschungsprämie durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) einer zu weiten Interpretation von F&E Einhalt gebietet. Messprobleme allein reichen damit nicht aus, um Österreichs Leistungsrückstand zu den führenden Innovationsländern zu erklären.

4.2 Haben die bestehenden Instrumente die gewünschte Wirkung?

Eine zweite Erklärung betrifft die Wirkung der bestehenden Instrumente. Laut der Halbzeitevaluierung der FTI-Strategie 2030 (Janger et al., 2025) sind die beiden finanziell umfangreichsten Instrumente des österreichischen FTI-Systems die Basisfinanzierung der Universitäten und die Forschungsprämie. Gemeinsam entfallen auf sie rund zwei Drittel der öffentlichen F&E-Finanzierung. Beide werden nicht im Wettbewerb vergeben, und über ihre kausale Wirkung auf die Leistung – auf Publikationen, Patente, Innovationen oder Strukturwandel – ist insbesondere seit der COVID-19-Zäsur wenig bekannt. Die Universitätsbasisfinanzierung richtet sich zu rund 90% an Inputindikatoren aus und die Forschungsprämie wächst automatisch mit den F&E-Ausgaben der Unternehmen. Sie wirkt damit wie eine Basisfinanzierung der Unternehmensforschung.

Beide Instrumente folgten bisher – vor der rezenten Budgetkonsolidierung – einer Logik gleichmäßiger Wachstumspfade für alle Akteure. Ähnliches gilt für den FTI-Pakt, das zentrale Steuerungsinstrument für die Förderagenturen und Forschungseinrichtungen des Bundes, der das restliche Drittel der öffentlichen F&E-Finanzierung steuert, sofern man von der Bundesländerfinanzierung absieht. Zwar gibt es zahlreiche Evaluierungen einzelner Programme[20]), der Pakt folgt aber grundsätzlich der Frage, was die Einrichtungen für eine stabile Entwicklung benötigen, und weniger jener, wo die größten Leistungsdefizite des Systems liegen und wie sie behoben werden können. Das bedeutsamste Allokationsprinzip im österreichischen FTI-System ist damit weniger die Maximierung der Systemleistung, sondern eher die Stabilität der Finanzierung. Schon die OECD (2018) empfahl in ihrem Länderbericht, den Fokus der österreichischen FTI-Politik von den Inputs – etwa dem F&E-Quotenziel – auf die Wirkungen zu verlagern.

Zur mangelnden Leistungsorientierung von Finanzierungsinstrumenten kommt eine mangelnde Operationalisierung von Strategien, die durchaus Leistungsziele enthalten würden. Weder die FTI-Strategie 2030 noch die Industriestrategie (Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus, 2026) legen durchgängig fest, wer welche Maßnahmen bis wann umsetzt, um zur Zielerreichung beizutragen (Janger et al., 2025; Reinstaller et al., 2026). Strategien ohne konkrete Operationalisierung entfalten nur eine eingeschränkte Steuerungswirkung; die System-Akteure setzen ihre bisherigen Aktivitäten fort. Zudem fehlt es an gemeinsamer strategischer Planung für Innovationsverbesserung – FTI-Strategie, Hochschul- und Industriestrategie kommunizieren nur eingeschränkt miteinander, betreffen aber wichtige Innovationstriebkräfte.

4.3 Setzt die FTI-Politik die richtigen Prioritäten?

Der dritte Erklärungsversuch hängt eng mit dem zweiten zusammen: Die österreichische FTI-Politik könnte ihre Prioritäten nicht bei

[19]) Siehe FORWIT (2026a).

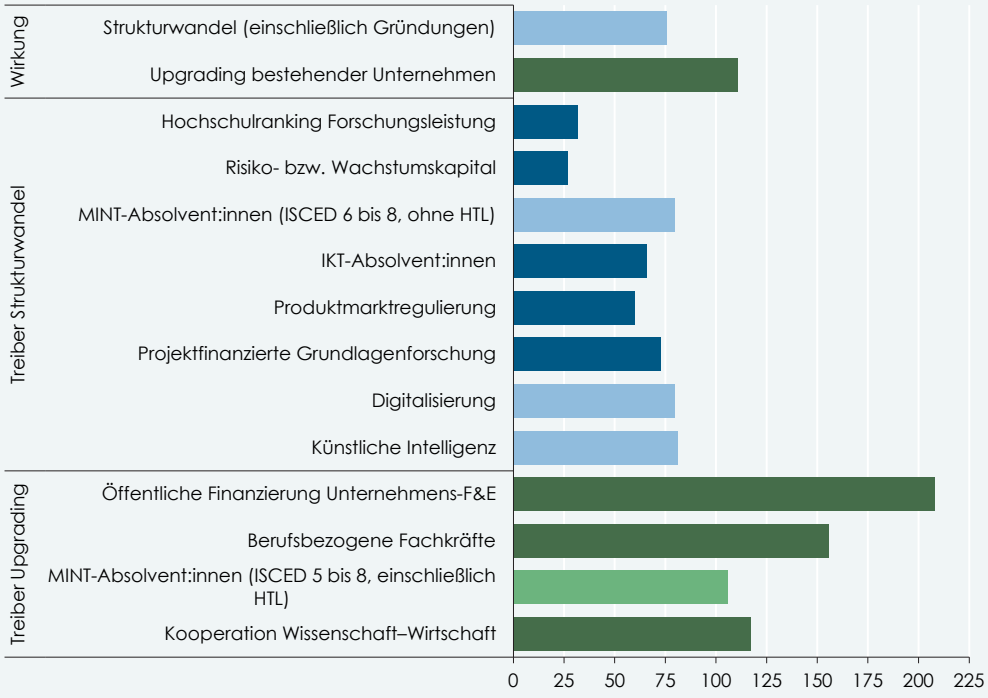
[20]) Die rezente Evaluierung der größten Programmschiene der FFG, der Basisprogramme, mit AMDC-Mikrodaten ergab für den Zeitraum 2008/2021 positive Effekte für KMU, aber keine signifikante Wirkung für Großunternehmen; ihr Anteil an den Förderungen lag zuletzt bei über 40% (Dinges et al., 2026).

jenen Hebeln setzen, die für eine höhere Innovationsleistung am wichtigsten wären.

Innovation kann grundsätzlich auf zwei Wegen auf den Unternehmenserfolg einwirken (Janger, Schubert et al., 2017). Beim Upgrading steigen bestehende Unternehmen und Branchen auf der Qualitätsleiter nach oben, etwa durch technologisch anspruchsvollere Produkte. Beim Strukturwandel entwickeln sich dagegen neue, wissensintensive Tätigkeitsfelder, häufig getragen von Start-ups und wissenschaftsbasierten Unternehmen. Laut FTI-Monitor liegt Österreich beim Upgrading vor den Innovation Leaders (111%), beim Strukturwandel einschließlich Unternehmensgründungen aber deutlich dahinter (76%)[21]). Abbildung 3 zeigt ausgewählte, im FTI-Monitor enthaltene Treiber von Upgrading und Strukturwandel als Diskussionsanstoß und Illustration. Die Treiber sind nicht klar abgegrenzt; so fließt die öffentliche Finanzierung von Unternehmens-F&E auch in die Forschungsprojekte von Start-ups. Die österreichische Förderlandschaft ist jedoch weitgehend nach dem Bottom-up-Prinzip und themenoffen ausgestaltet, wodurch sie eher bestehende Stärken und weniger den Wandel in Richtung neuer wissensintensiver Aktivitäten unterstützt (Janger, 2022). Dies könnte sich im Zuge des Fokus auf Schlüsseltechnologien in den nächsten Jahren ändern. In Abbildung 3 nicht enthalten ist die in Österreich ausgeprägte Kreditfinanzierung, die eher das Upgrading stützt, während Kapitalmarktfinanzierung den Strukturwandel begünstigt (Hölzl & Janger, 2024).

Abbildung 3: **Ausgewählte Triebkräfte von Upgrading und Strukturwandel**

Österreich, 2026, führende Innovationsländer = 100



Q: Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT), FTI-Monitor 2026; WIFO-Berechnungen. Ausgewählte Indikatoren und Bereiche, jeweils letztverfügbares Jahr. Digitalisierung und künstliche Intelligenz: Gesamtwert des Bereichs. Farbskala: Dunkelgrün . . . ab 110, Mittelgrün . . . 100 bis unter 110, Hellgrün . . . 90 bis unter 100, Hellblau . . . 75 bis unter 90, Dunkelblau . . . unter 75.

Die Triebkräfte des Upgrading sind in Österreich vergleichsweise stark ausgeprägt: Dazu zählen die öffentliche Förderung von F&E in den Unternehmen (208%), die berufsbezogene Fachkräfteausbildung über Lehre und berufsbildende höhere Schulen (156%, MINT einschließlich HTL 106%) und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (117%), die über Programme wie COMET gezielt gestärkt wurde. Bei den Treibern des Strukturwandels schneidet Österreich dagegen schwach ab: deutlich hinter den führenden Innovationsländern liegen die Forschungsleistung der Hochschulen gemessen an einem Hochschulranking (32%), das Risiko- bzw. Wachstumskapital (27%), die

[21]) Upgrading und Strukturwandel werden hier als Zusammenfassung ausgewählter Outputindikatoren des FTI-Monitors gemessen, u. a. zu Exportqualität und -komplexität, zum Anteil wissensintensiver Branchen und zur Dynamik junger Unternehmen, siehe https://fti-monitor.forwit.at/de/B/B.3 und https://fti-monitor.forwit.at/de/B/B.4.

Wachstumskapital für Start-ups und leistungsfähige technische Universitäten sind zentrale Zutaten für mehr Strukturwandel.

Zahl der Absolvent:innen längerer MINT-Studien (80%) und insbesondere von Studiengängen der Informations- und Kommunikationstechnologien (66%), die Produktmarktregulierung als Maß für Markteintrittsbarrieren (60%) sowie die Grundlagenforschungsförderung des FWF (73%).

Für die Stärkung des Strukturwandels sind zwei Zutaten besonders wichtig: wissensintensive Start-ups benötigen Wachstumskapital und MINT-Absolvent:innen; sie entstehen oft an leistungsfähigen Universitäten (Janger et al., 2024).

- **Wachstumskapital für Start-ups:** Die Risikokapitalintensität erreicht in Österreich nur rund ein Viertel des Niveaus der Innovation Leaders und hat sich über die Zeit kaum verbessert. Die Projektförderung von Start-ups ist in Österreich gut ausgebaut; es fehlt allerdings vor allem privates Kapital für die Wachstumsphase. Ein wesentlicher Grund ist die in Österreich geringe Bedeutung der kapitalgedeckten Altersvorsorge. In Schweden, Dänemark und den Niederlanden – allesamt führende Innovationsländer der EU – wird das Umlageverfahren durch eine kapitalgedeckte Säule für alle Arbeitnehmer:innen ergänzt. Pensionsfonds investieren einen Teil ihres Vermögens in Risikokapitalfonds und stellen so Wachstumsfinanzierung in einem Umfang bereit, den öffentliche Fonds allein nicht erreichen können (Asgari, 2024). Zudem wäre ein gemeinsamer europäischer Kapitalmarkt enorm wichtig. Ein öffentlicher Dachfonds, wie derzeit geplant, wird ohne diese beiden Faktoren kaum ausreichen. Ergänzend würden Reformen der Produktmarktregulierung, wie z. B. der Gewerbeordnung, Markteintritte erleichtern.
- **Hochschulabsolvent:innen in MINT-Fächern:** Absolvent:innen längerer MINT-Studien stützen den Strukturwandel in besonderem Maß: Sie bringen die Qualifikationen mit, die forschungsintensive Technologiefelder benötigen, und gründen überproportional häufig wissensintensive Start-ups. MINT-Fächer sind zwar an Österreichs technischen Universitäten und Fachhochschulen überproportional vertreten, werden aber auch an Volluniversitäten angeboten. Laut European Spinouts Report 2025 liegen die Technische Universität (TU) Wien und die TU Graz bei den Spin-off-Gründungen in Österreich an der Spitze, noch vor der Universität Wien (Dealroom, 2025).

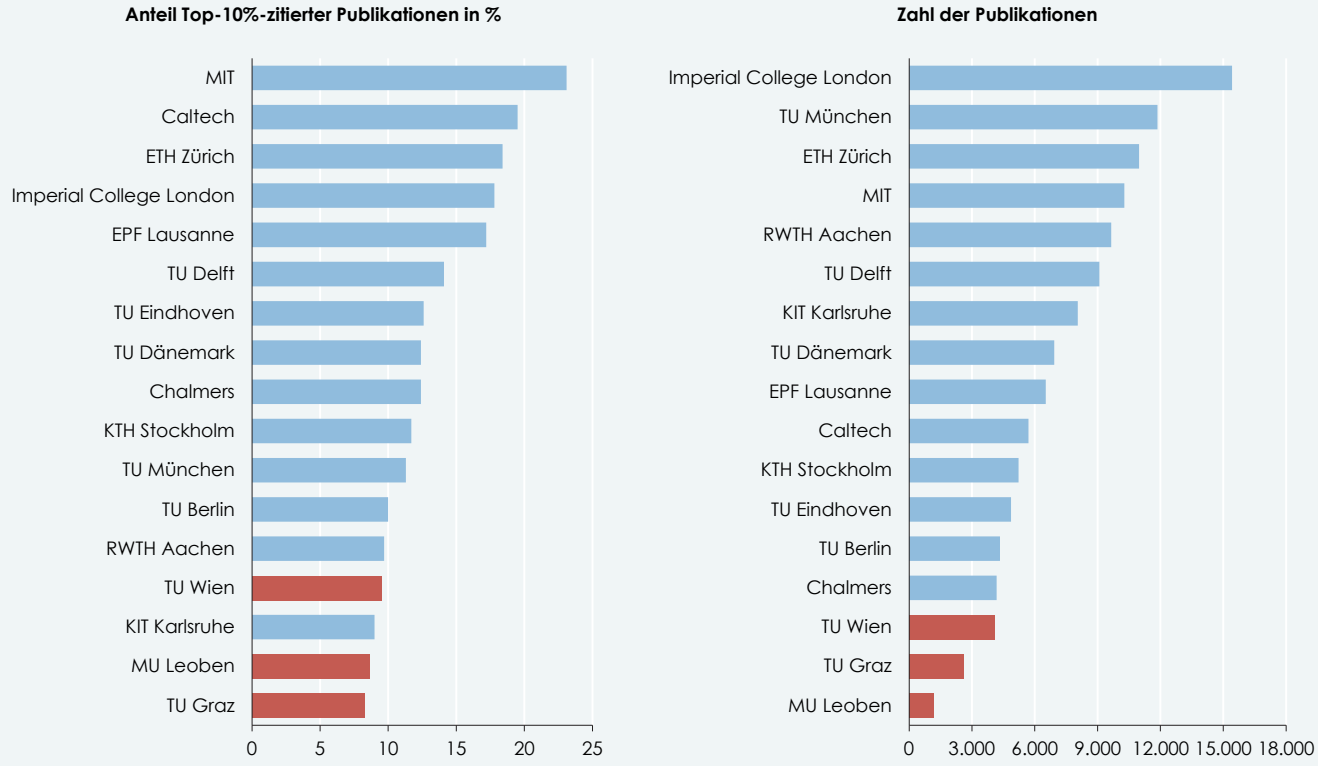
Historisch waren technische Hochschulen wiederholt zentral für signifikante Verbesserungen der technologischen Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften (Keck, 1993; Toivanen & Väänänen, 2016)[22]; für Finnland lässt sich ein kausaler Effekt zusätzlicher technischer Universitäten auf die Erfindungsleistung nachweisen. Österreich weist hier ein deutliches Defizit auf. Während die Zahl der Absolvent:innen kurzer MINT-Ausbildungen, vor allem an Höheren Technischen Lehranstalten (HTL), hoch ist, erreicht Österreich bei den Absolvent:innen längerer MINT-Studien (ISCED-Stufen 6 bis 8) nur 80% des Niveaus der führenden Innovationsländer der EU. Für forschungsintensive Technologiefelder ("Deep Tech") wie die Schlüsseltechnologien der österreichischen Industriestrategie sind gerade diese Abschlüsse entscheidend. Die österreichischen technischen Universitäten liegen zudem in internationalen Rankings deutlich hinter vergleichbaren Einrichtungen der Innovation Leaders und anderer forschungsstarker Länder (Abbildung 4)[23]. Laut dem CWTS Leiden Ranking 2025 zählten 9,5% der Publikationen der TU Wien zu den 10% meistzitierten des jeweiligen Fachs, womit die Universität weltweit auf Rang 1.105 lag; die TU Graz erreichte mit 8,3% Rang 1.479. Die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH Zürich; 18,4%, Rang 16), das Swiss Federal Institute of Technology in Lausanne (EPFL; 17,2%, Rang 28) oder die TU Delft (14,1%, Rang 166) lagen weit voran. Auch gemessen an der Zahl der Publikationen sind die österreichischen technischen Universitäten klein: Die TU Wien veröffentlicht mit knapp 4.100 Publikationen weniger als die Hälfte der TU München oder der ETH Zürich. Im Ranking von Times Higher Education (THE) 2027 zeigt sich ein ähnliches Bild; die TU Wien erreicht beim Score für Forschungsqualität nur 55,3 Punkte, gegenüber 94,4 Punkten der ETH Zürich und 80,6 Punkten der TU Dänemark. Die Interdisciplinary Transformation University Austria (IT:U) ist zu klein, um in das Ranking einzugehen. Die Universität Wien (Rang 95 im THE-Ranking) hat ihre Stärken in den Bereichen Kunst- und Geisteswissenschaften (Rang 22), Sozialwissenschaften (Rang 41), Rechtswissenschaft (Rang 46) und Psychologie (Rang 56).

[22] 1913 gab es in Deutschland etwa zehnmal so viele Maschinenbau-Studierende wie in England und Wales zusammen (Keck, 1993).

[23] Ausgewählt wurden die jeweils besten technischen Universitäten der Innovation Leaders sowie der Schweiz, des Vereinigten Königreichs, der USA und Deutschlands. Das CWTS Leiden Ranking (Open Edition 2025) beruht auf dem Durchschnitt der Publikationsjahre 2020 bis 2023 (Kernpublikationen, fraktionale Zählung).

Abbildung 4: **Technische Universitäten im CWTS Leiden Ranking**

Edition 2025, Durchschnitt der Publikationsjahre 2020 bis 2023

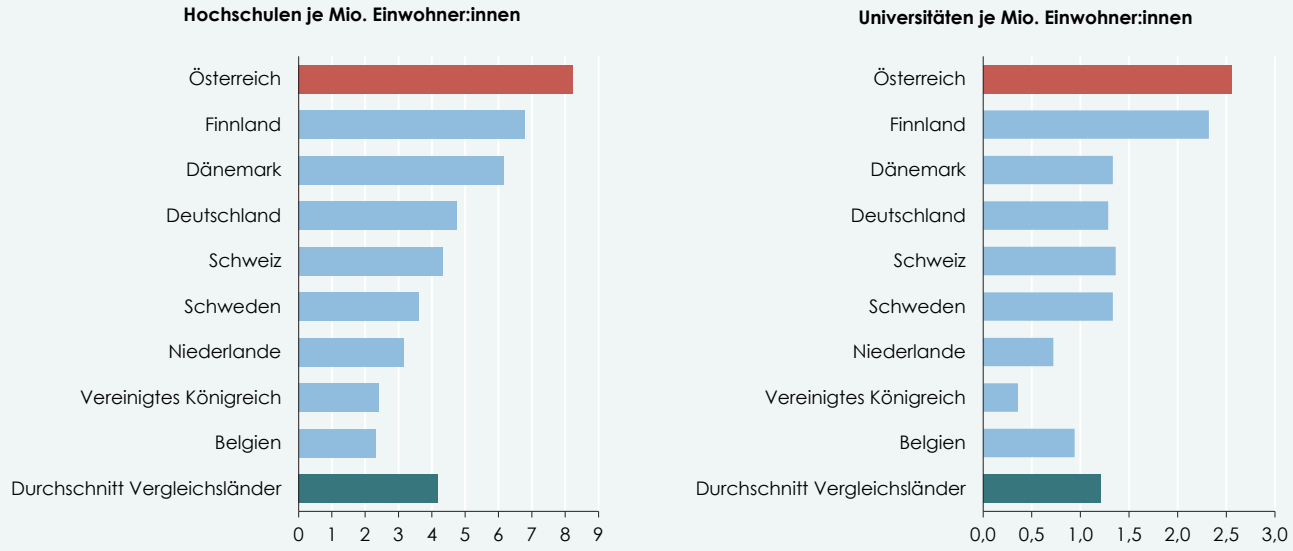


Q: CWTS Leiden Ranking 2025 (Open Edition), WIFO-Darstellung. Kernpublikationen, fraktionale Zählung. Rot . . . österreichische Universitäten. Linke Grafik: Anteil der Publikationen, die zu den meistzitierten 10% im jeweiligen Forschungsfeld zählen, in % aller Publikationen der Hochschule.

Ein wesentlicher Grund für den Rückstand heimischer Hochschulen ist die Ressourcenausstattung. Die österreichischen Hochschulausgaben erreichen zwar insgesamt – dank eines sehr großen Universitätssektors und sehr gleichmäßiger Finanzierung von Universitäten – das Niveau der führenden Innovationsländer (Hofmann & Janger, 2023). Andere Länder finanzieren jedoch ausgewählte Universitäten stärker, um sie an die Spitze zu bringen. So verfügt z. B. die ETH Zürich etwa über das dreifache Budget der TU Wien (Hofmann & Janger, 2023). Hinzu kommt die ausgeprägte Fragmentierung der österreichischen Hochschulen und Grundlagenforschung (Abbildung 5; Janger et al., 2026): Österreich weist relativ zur Bevölkerung mehr als doppelt so viele Universitäten auf wie der Durchschnitt der Vergleichsländer. Neben der TU Wien, der TU Graz und der Montanuniversität Leoben wurde mit der IT:U in Linz eine weitere Universität mit technischem Schwerpunkt gegründet, parallel zum Linz Institute of Technology der Johannes Kepler Universität. Die Trennung der Voll- und Medizinuniversitäten verstärkt die Fragmentierung: Die Universität Wien und die Medizinische Universität Wien erreichen gemeinsam etwa so viele Publikationen wie die Universität Zürich allein.

Eine selektive, deutliche Ausweitung der Budgets der technischen Universitäten, oder eine gezielte Förderung von MINT-Fächern, verbunden mit einer Bündelung von Kapazitäten, würden an einem der größten Leistungsdefizite ansetzen. Da die technischen Universitäten kleiner sind als mit medizinischen Universitäten verschmolzene Volluniversitäten, wären die budgetären Kosten eines Aufschließens zu Einrichtungen wie der TU München, der Technischen Hochschule Chalmers oder der ETH Zürich vergleichsweise geringer (Janger et al., 2025). Bei einer solchen Differenzierung würden allerdings nicht mehr alle Einrichtungen gleichmäßig wachsen – womit sie der bisher dominanten Logik des Systems widerspräche. In der aktuellen Industriestrategie der österreichischen Bundesregierung kommt die Leistungssteigerung von Hochschulen, mit Ausnahme ihrer Transferfunktion, als Mittel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nicht vor.

Abbildung 5: **Fragmentierung der Hochschullandschaft**
2022/23



Q: European Tertiary Education Register (ETER), Eurostat, nationale Quellen, WIFO-Berechnungen. Hochschulen . . . forschungsaktive Hochschuleinrichtungen laut ETER, Universitäten . . . öffentliche Universitäten. Vergleichsländer: Finnland, Dänemark, Deutschland, Schweiz, Schweden, Niederlande, Vereinigtes Königreich, Belgien.

5. Schlussfolgerungen

Der FTI-Monitor erlaubt eine indikatorbasierte Evaluierung des österreichischen FTI-Systems über die Zeit. Der Befund seiner Indikatoren ist eindeutig: Österreich setzt für die Finanzierung von Forschung und Entwicklung überdurchschnittlich viele öffentliche Ressourcen ein, erreicht aber in den meisten Leistungsdimensionen nicht das Niveau der führenden Innovationsländer der EU – und dieser Abstand hat sich seit 2015 kaum verändert. Wo sich die Inputs verbessert haben, sind die Outputs nicht im gleichen Maß gefolgt. Gegenüber den weltweit führenden Ländern sind die Leistungsdefizite noch deutlicher. Die Ergebnisse sind mit den genannten Einschränkungen, insbesondere der relativen Messung und der fehlenden kausalen Aussagekraft, zu interpretieren.

Für das Auseinanderklaffen von Input und Output wurden drei Erklärungen diskutiert. Erstens könnten die Inputs überschätzt sein, etwa durch Selbsteinschätzungen der Forschungszeit an Universitäten oder durch Anreize zur breiten Ausweisung von F&E im Rahmen der Forschungsprämie. Zweitens folgen die großen Finanzierungsinstrumente des österreichischen FTI-Systems – die Basisfinanzierung der Universitäten, die Forschungsprämie und der FTI-Pakt – einer Logik des gleichmäßigen Wachstums finanzieller Ressourcen, statt auf die größten Leistungsdefizite abzustellen. Drittens begünstigt das bisherige FTI-System das Upgrading bestehender Unternehmen, in dem Österreich bereits stark ist, und weniger den Strukturwandel, in dem seine größten Defizite liegen. In die beiden für den Strukturwandel besonders wichtigen Bereiche Risikokapital und MINT-Absolvent:innen steckt Österreich sogar deutlich weniger Ressourcen als die Vergleichsländer.

Die drei Erklärungsversuche sind Denkanstöße, deren relative Bedeutung durch weiterführende Studien bestimmt werden müsste. Dennoch ergeben sich drei Ansatzpunkte zur Verbesserung der Innovationsleistungsfähigkeit Österreichs: Erstens könnte die Systemleistung, oder die größten Defizite, statt der Inputwerte zur zentralen Steuerungsgröße erhoben werden, womit auch den Empfehlungen der OECD (2018) nachgekommen würde. Zweitens könnten, damit einhergehend, die angesichts der Budgetkonsolidierung knappen Mittel zu den wirksamsten Instrumenten und den Bereichen mit den größten Leistungsdefiziten umgeschichtet werden. Relevante Strategien wie FTI-Strategie 2030 oder Industriestrategie könnten dafür konkret festlegen, wer was bis wann umsetzt. Drittens könnte, wenn die Defizite beim Strukturwandel für relevant befunden werden, ihre Behebung von einer gemeinsamen Koordination der relevanten Hebel profitieren. Der FTI-Pakt koordiniert derzeit im Wesentlichen Forschungsförderagenturen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Instrumente außerhalb der direkten Forschungsförderung sowie Hochschulen stehen weniger im Fokus und werden durch getrennte Steuerungsinstrumente, wie die

WIFO ■ Monatsberichte 10/2026, S. 555-570

Leistungsvereinbarungen der Universitäten, adressiert. Ein "Strukturwandelspakt", oder eine neue Innovationsstrategie, könnte zuständige Ressorts und Verantwortliche bündeln, die jetzt getrennt an FTI-, Hochschul- und Industriestrategie arbeiten, darunter jene für Wachstumskapital. Ansatzpunkte wären eine ergänzende kapitalgedeckte Altersvorsorge nach schwedischem Vorbild und ein EU-Kapitalmarkt, der Abbau von Markteintrittsbarrieren sowie eine selektive Stärkung technischer Hochschulen als Quellen von MINT-Absolvent:innen und Start-ups; alternativ könnte die Industriestrategie um diese Aspekte ergänzt werden. Auch für die Grundlagenforschung, die für Strukturwandel zentral ist, fehlt eine gemeinsame Steuerung von außeruniversitären Einrichtungen und Universitäten.

Solche Reformen sind schwierig, da sie mit Verteilungskonflikten einhergehen. Die nordischen Innovation Leaders setzten tiefgreifende Strukturreformen häufig in großen Krisen um: Finnland reagierte auf die Wirtschaftskrise Anfang der 1990er-Jahre mit einer deutlichen Ausweitung der Forschung und der Hochschulausbildung, Dänemark fusionierte 2007 seine Universitäten und staatlichen Forschungsinstitute zu acht Hochschulen, und Finnland führte 2010 seine größte technische Universität mit einer Wirtschafts- und einer Kunsthochschule zur Aalto-Universität zusammen. Angesichts des globalen Technologiewettlaufes, der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit und des engen budgetären Spielraumes steht Österreich vor vergleichbaren Herausforderungen. Eine indikatorgestützte Evidenzbasis, wie sie der FTI-Monitor liefert, zeigt Veränderungsbedarf auf, muss aber durch tiefergehende Analysen ergänzt werden.

6. Literaturhinweise

Asgari, N. (2024). How Sweden's stock market became the envy of Europe. *Financial Times*. https://www.ft.com/content/edc1bba0-25ca-4148-96f6-d67e30f11a2e.

Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus – BMWET (2026). *Industriestrategie Österreich 2035.* https://www.bmwet.gv.at/dam/jcr:41b74f16-042b-49ce-ad99-b42753ce3693/Industriestrategie.pdf.

Chen, Z., Liu, Z., Suárez Serrato, J. C., & Xu, D. Y. (2021). Notching R&D Investment with Corporate Income Tax Cuts in China. *American Economic Review*, *111*(7), 2065-2100. https://doi.org/10.1257/aer.20191758.

Centre for Science and Technology Studies – CWTS (2025). *CWTS Leiden Ranking Open Edition 2025*. Universität Leiden. https://open.leidenranking.com/.

Dealroom (2025). *European Spinouts Report 2025*. https://dealroom.co/uploaded/2025/11/European-Spinouts-Report-2025.pdf.

Dinges, M., Dachs, B., Kerlen, C., Pintar, N., Reiter, C., Toepel, K., & Weinlinger, P. (2026). *Evaluierung der FFG-Basisprogramme für den Zeitraum 2008-2021*. Austrian Institute of Technology, Kerlen Evaluation. https://doi.org/10.22163/fteval.2026.758.

Draghi, M. (2024). *The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe*. Europäische Kommission. https://commission.europa.eu/document/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en.

Europäische Kommission (2026). *European Innovation Scoreboard 2026*. Publications Office of the European Union.

Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (2026). *Report on public finances in EMU 2025.* Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. https://doi.org/10.2765/3010652.

Hofmann, K., & Janger, J. (2023). *Ausgaben und Finanzierung von Universitäten im internationalen Vergleich*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/33535018.

Hofmann, K., Janger, J., & Unterlass, F. (2025). *Wettbewerbsfähigkeit in Forschung, Technologie und Innovation. Stärken-Schwächen-Profil bei Schlüsseltechnologien*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57838583.

Hölzl, W., & Janger, J. (2024). IP-Finanzierung in Österreich. Die Nutzung geistiger Eigentumsrechte für Unternehmensfinanzierung. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51015786.

Janger, J. (2022). Finanzierung von FTI-politischen Missionen in Österreich. *WIFO Research Briefs*, (15). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/18275037.

Janger, J., Bock-Schappelwein, J., Hölzl, W., Kügler, A., Dachs, B., Lamprecht, K., Reiter, C., & Leitner, K.-H. (2025). *Evaluierung der FTI-Strategie 2030 zur Hälfte der Laufzeit*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57605085.

Janger, J., Charos, A., Hofmann, K., Streicher, G., Dau, J., Langen, H., Unger, M., Sauer-Malin, A., Ploder, M., & Schön, L. (2024). *The Contribution of Basic Research Projects Funded by the Austrian Science Fund to Economic and Societal Impacts.* WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54837521.

Janger, J., Firgo, M., Hofmann, K., Kügler, A., Strauss, A., Streicher, G., & Pechar, H. (2017). *Wirtschaftliche und gesellschaftliche Effekte von Universitäten*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4132483.

Janger, J., & Kügler, A. (2018). *Innovationseffizienz. Österreich im internationalen Vergleich*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4137262.

Janger, J., Schubert, T., Andries, P., Rammer, C., & Hoskens, M. (2017). The EU 2020 innovation indicator: A step forward in measuring innovation outputs and outcomes? *Research Policy*, *46*(1), 30-42. https://doi.org/10.1016/j.respol.2016.10.001.

Janger, J., & Slickers, T. (2025). Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich. *WIFO-Monatsberichte*, *98*(10), 567-582. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63892423.

Janger, J., & Strauss-Kollin, A. (2020). *Die Leistungsfähigkeit des österreichischen Innovationssystems*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4153180.

Janger, J., Winckler, G., & Pechar, H. (2026). *Zusammenschlüsse von Hochschul- und Forschungseinrichtungen: Mögliche Effekte für Forschung, Lehre, Wissenstransfer und internationale Sichtbarkeit*. Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung – FORWIT. https://doi.org/10.5281/zenodo.18324757.

Keck, O. (1993). The national system for technical innovation in Germany. In Nelson, R. R. (Hrsg.), *National innovation systems: A comparative analysis* (S. 115-157). Oxford University Press.

McLaughlin, J. A., & Jordan, G. B. (1999). Logic models: A tool for telling your programs performance story. *Evaluation and Program Planning*, *22*(1), 65-72. https://doi.org/10.1016/S0149-7189(98)00042-1.

OECD (2015). *Frascati Manual 2015: Guidelines for Collecting and Reporting Data on Research and Experimental Development*. https://doi.org/10.1787/9789264239012-en.

OECD (2018). *OECD Reviews of Innovation Policy: Austria 2018*. https://doi.org/10.1787/9789264309470-en.

Österreichische Bundesregierung (2020). *FTI-Strategie 2030*.

Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung – FORWIT (2026a). *Analyse des österreichischen Hochschulsystems*. https://doi.org/10.5281/zenodo.19521681.

Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung – FORWIT (2026b). *FTI-Monitor*. https://fti-monitor.forwit.at/de/O/system.

Reinstaller, A., Gruber-Német, M., Polt, W., Scherngell, T., Weber, M., & Weichselbaumer, M. (2026). *Industriestrategie Österreich 2035: Von der programmatischen Leitlinie zur wirksamen Umsetzungs- und Steuerungsarchitektur*. Produktivitätsrat.

Solow, R. M. (1957). Technical Change and the Aggregate Production Function. *The Review of Economics and Statistics*, *39*(3), 312-320. https://doi.org/10.2307/1926047.

Statistik Austria (2026). *Globalschätzung 2026: Bruttoinlandsausgaben für F&E*. https://www.statistik.at/statistiken/forschung-innovation-digitalisierung/forschung-und-experimentelle-entwicklung-fe/forschungsquote-globalschaetzung.

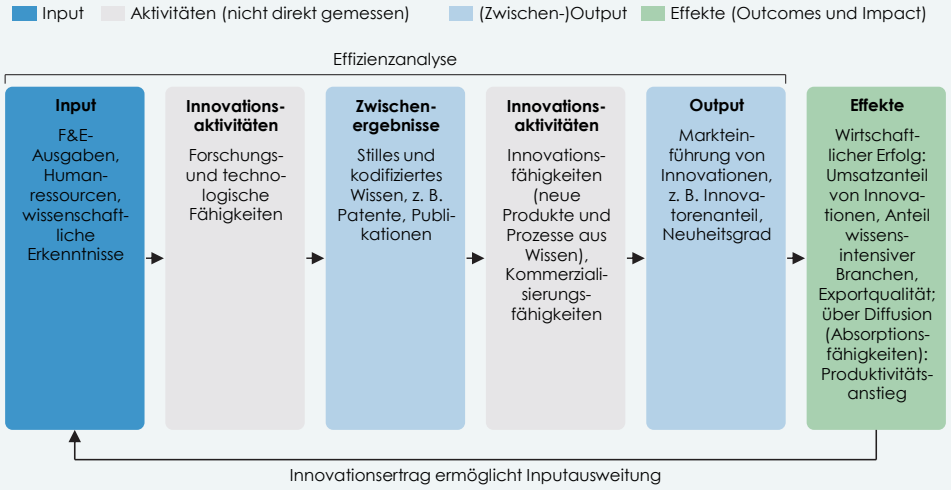
Times Higher Education (2027). *World University Rankings 2027*. https://www.timeshighereducation.com/world-university-rankings.

Toivanen, O., & Väänänen, L. (2016). Education and Invention. *The Review of Economics and Statistics*, 98(2), 382-396. https://doi.org/10.1162/REST_a_00520.

7. Anhang

Abbildung 6: **Innovations-Wirkungskette auf Unternehmensebene**

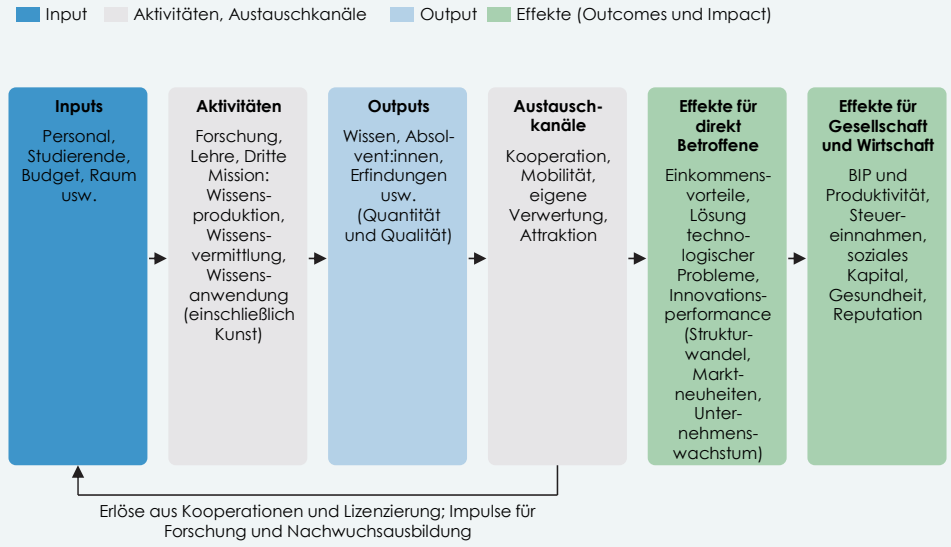
Schematische Darstellung



Q: Janger & Kügler (2018), angepasst; Janger & Strauss-Kollin (2020). Die Wirkungskette stellt keinen linearen Innovationsprozess dar, sondern dient der systematischen Messung.

Abbildung 7: **Wirkungskette für Leistungen von Hochschulen**

Schematische Darstellung



Q: Janger, Firgo et al. (2017), angepasst; Janger & Strauss-Kollin (2020). Outputs der Hochschulen wie z. B. Absolvent:innen oder neues Wissen sind zugleich Inputs für Unternehmen, werden dort aber nicht doppelt erfasst.

Übersicht 2: **Ausgewählte Input- und Outputindikatoren im FTI-Kernsystem**

Bereich	InputIndikatoren	Outputindikatoren
Tertiäre Bildung	Hochschulausgaben je Studierende:n; Betreuungsverhältnis an Universitäten	Hochschulabsolvent:innen (ISCED 5 bis 8 bzw. 6 bis 8); MINT-Absolvent:innen; MINT-Doktoratsabsolvent:innen; internationale Doktoratsstudierende
Forschung Hochschulen und außeruniversitär	F&E-Ausgaben und Forscher:innen im Hochschul- und Staatssektor; Grundlagenforschungsquote	Zahl und Qualität der Publikationen; ERC-Grants; Hochschulranking Forschungsleistung
Unternehmens-FTI	Unternehmensausgaben für F&E; Unternehmens-forscher:innen; industriestrukturbereinigte F&E-Intensität	Patentanmeldungen (EPA), triadische Patente, Super-Patente; Exportqualität und -komplexität (Upgrading); Wissensintensität des Exports, Anteil innovationsintensiver Branchen (Strukturwandel)
Gründungen	Risikokapitalintensität; Gründungsregulierung	Junge schnellwachsende Unternehmen; Unicorns
Finanzierung	F&E-Quote; öffentliche Finanzierung von F&E; direkte und indirekte Förderung von Unternehmens-F&E; wettbewerbliche Grundlagenforschungsförderung	– (nur Inputindikatoren)

Q: Janger & Strauss-Kollin (2020); Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT), FTI-Monitor 2026. Auswahl; die Indikatorensets wurden seit 2020 teilweise erweitert. Vollständige Liste mit Kennzeichnung als Input oder Output: https://fti-monitor.forwit.at/de/O/system.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

8/2026 **Genderungleichheit bei den krankheitsbedingten Fehlzeiten**

Christine Mayrhuber, Benjamin Bittschi, Martina Einsiedl

Bis zum Jahr 2008 war die Krankenstandsquote der Frauen niedriger als jene der Männer, danach drehte sich das Verhältnis und seit 2010 liegt die Quote der Frauen durchgehend über jener der Männer. 2025 gingen 4,2% des Arbeitsvolumens der Frauen auf krankheits- und unfallbedingte Abwesenheiten zurück, bei Männern waren es 3,9%. Dies entspricht 15,5 Krankenstandstagen bei den Frauen und 14,1 Krankenstandstage bei den Männern. Obwohl der Anteil älterer unselbständig aktiv Beschäftigter sowohl bei Frauen als auch bei Männern angestiegen ist, erklärt die veränderte Altersstruktur die höhere Krankenstandsquote der Frauen nur zu einem Teil.

November 2026 • https://www.wifo.ac.at/publication/pid/73360385

Frühere Ausgaben

7/2026 **Die Dürre 2026 – ein Weckruf, das Risikomanagement zukunftsfit zu gestalten**

Franz Sinabell, Gabriel Felbermayr, Thomas Url

August 2026 • https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72604789

6/2026 **Frühzeitiges Monitoring der Ziele für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung in Österreich – Aktualisierung 2026. Bewertung der Entwicklung von SDG 8 auf Basis der WIFO-Konjunkturprognose und Nowcasts**

Sandra Bilek-Steindl, Thomas Url

August 2026 • https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72238499

5/2026 **Der sektorale Systemrisikopuffer für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. Zielgenauigkeit und Folgen für Kreditangebot und Bautätigkeit**

Christian Glocker, Michael Klien, Thomas Url

Juli 2026 • https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71987693

4/2026 **Lehrlingsausbildung in Österreich: "Competences at risk!?"**

Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Nadja Bergmann (L&R Sozialforschung), Marlis Riepl (ibw), Mario Steiner (IHS)

Juni 2026 • https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71309518

3/2026 **How a Strait of Hormuz Closure Would Affect Austria. Evidence from the KITE Model**

Sujata Pokhrel

Mai 2026 • https://www.wifo.ac.at/publication/pid/69024779

2/2026 **Hohe Strompreise trotz günstiger Erneuerbarer? Ein Vorschlag, CO_2- und Strompreise teilweise zu entkoppeln**

Simon Finster, Bernhard Kasberger, Simon Rütten

April 2026 • https://www.wifo.ac.at/publication/pid/68027583

1/2026 **Lohnunterschiede von Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2024**

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2026 • https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67391288

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-research-briefs/

Die letzten 10 Hefte

12/2025 Anzeichen einer Stabilisierung der Industriekonjunktur • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2025. Schwerpunktthema: Die Preisentwicklung im Tourismus als Wettbewerbsfaktor • Die WIFO-Schnellschätzung: Revisionsanalyse und Kurzbeschreibung der Methode • Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten. Neue Evidenz aus einer dynamischen Mikrosimulation

1/2026 Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026 • Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025 • Schutzwälder in Österreich. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

2/2026 Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt • Zögerliche Verbesserung der Konjunktureinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026 • Europäische Industriepolitik im Wandel • Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung. Euroconstruct-Prognose bis 2028

3/2026 Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur • Europäische Wirtschaftspolitik 2025. Auf der Suche nach Lösungen für langfristige Strukturprobleme • Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben • Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat

4/2026 Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung. Prognose für 2026 und 2027 • Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031 • Leichtes Wachstum löst Rezession ab. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025 • Ende des Zinssenkungszyklus, zaghaftes Kreditwachstum und Hausse an den Börsen

5/2026 Auswirkungen des Iran-Krieges auf die Konjunktur bereits sichtbar • Energiepreisauftrieb infolge des Iran-Krieges drückt Konjunkturstimmung. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2026 • Konjunkturflaute und Unsicherheit prägen weiter den österreichischen Arbeitsmarkt • Leichte Erholung in der Industrie bei schwachen Exporten und investitionsgetriebenen Importen. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2025

6/2026 Unternehmensstimmung stabilisiert sich auf niedrigem Niveau • Leichter Aufschwung erreicht fast alle Regionen. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2025 • Die Agrarumweltpolitik der EU und das Verursacherprinzip • Externe Kosten der Landwirtschaft: Marktbasierte Instrumente und handelspolitische Flankierung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

7/2026 Energiepreise bremsen Österreichs Konjunktur nur kurz aus. Prognose für 2026 und 2027 • Investitionsdynamik verläuft 2026 durchwachsen. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026 • Budgetpolitik weiterhin auf Sanierungskurs. Bundesvoranschlag 2027/28 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2027 bis 2031 • Der Einfluss des Preisbereinigungsverfahrens auf die Messung der Wirtschaftsentwicklung in Krisenzeiten

8/2026 Ölpreisschock unterbricht die Konjunkturerholung – Industrieproduktion steigt entgegen dem Auftragstrend • Konjunkturstimmung bleibt trotz Verbesserung gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2026 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung nahm 2025 etwas ab • Lohnnebenkosten in Österreich – Abgrenzung, Entwicklung und Traglast

9/2026 Sondereffekt drückte BIP im II. Quartal – Vorlaufindikatoren deutlich aufgehellt • Niedrige Zahl an Schadenfällen sorgte 2025 für Entspannung in der Schaden- und Unfallversicherung • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2026. Sonderthema: Wasser als kritische Ressource • Die Dürre 2026 – eine volkswirtschaftliche Einordnung und Lehren daraus

WIFO ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Harald Mahrer

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Vorstand

Mag. Jochen Danninger, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Anton Mattle, Landeshauptmann von Tirol

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Barbara Novak, MA, Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien

Mag. Tobias Schweitzer, Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Wirtschaftspolitischer Beirat

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien , Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Hendrik Mahlkow, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Birgit Niessner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Tobias Thomas, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Elisabeth Christen, PhD, Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alex Crescentini, Alexander Daminger, Katharina Drescher, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidrmuc, Marian Fink, Simon Finster, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauninger, Lydia Grandner, Gabriel Haintz, Kathrin Hofmann, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Stephan Schreml, Birgit Schuster, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Christopher Arndt, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellinger, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Romana Lüftner, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer